NEUES LEBEN

"Das Lügenkonstrukt einreißen!"

DM 2,50
März '92

Impressum

Neues Schanzenleben
Postanschrift: c/o
Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55 oder
Schanzenstraße 59 in
2000 Hamburg 36

Herausgeberin:
IG Schanzenleben GbR
(v.i.S.d.P) für diese Ausgabe ist:
Rolf-Dieter Klooß
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36

Für namentlich gekennzeichnete Artikel übernehmen die AutorInnen die Verantwortung. Im übrigen handelt die Redaktion wie immer völlig unverantwortlich. Wir haften auch nicht für Manuskripte oder Fotos, die unverlangt eingereicht werden, nehmen aber nach Möglichkeit alles in die darauf folgende Ausgabe auf. MS-DOS und ATARI kompatible Disketten sowie LeserInnenbriefe oder Artikel, die schon einzeilig in 8 cm Spalte getippt sind (nur weißes Papier und tiefschwarzes Farbband verwenden), werden klar bevorzugt. Die zusammen mit einem frankierten Rückumschlag eingereichten Disketten schicken wir umgehend zurück, andere Beiträge nur auf ausdrücklichen Wunsch. Alle Beiträge können a) über die Postanschrift geschickt oder b) direkt in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, abgegeben oder c) demnächst in den Schanzenleben-Briefkasten im Flora-Cafe eingeworfen werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt uns der/die AutorIn ein dauerndes Nutzungsrecht, obwohl wir grundsätzlich kein Honorar zahlen können.

Anzeigenleitung: Christoph Stapmanns
Noch gilt die Anzeigenpreisliste Nr.2 v.8.6.1986. Maximale Anzeigengröße ist eine 1/4 Seite.

Neues Schanzenleben erscheint überraschend unregelmäßig, aber möglichst vierteljährlich und immerhin seit 1980! im Selbstverlag und Eigendruck. Die Verwertung einzelner Artikel, insbesondere durch Vervielfältigung, Nachdruck oder die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen ist zulässig, soweit sie unter deutlicher Angabe der Quelle erfolgt.

Direktbezug über Postanschrift
Einzelexemplare: DM 2.50 zzgl. DM 1.50 Porto und Verpackung in Briefmarken, ab 8 Exemplaren: DM 1.75 (30% Rabatt) zzgl. Porto und Verpackung, bei Abnahme größerer Mengen sind Sonderrabatte möglich.

Eigentumsvorbehalt
Die Zeitschrift bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile- und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

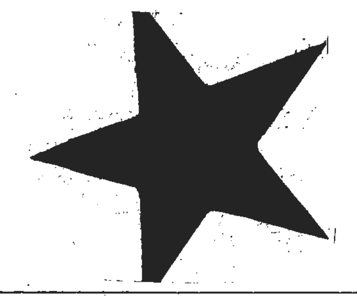
Editorial

Hai sehr, jederkörper !

Puuh, das wär' geschafft.
Diese erste 92er Nummer haben wir mit wenigen Leuten gemacht, deshalb schmettern wir hier allen, die uns dabei geholfen haben, ein freudestrahlendes "Paduaaah" entgegen.

Ansonsten haben wir wie viele Gruppen mit krisenhafter Motivationslosigkeit zu kämpfen, weil einige von uns in der Zeitungsarbeit kaum noch einen Sinn für sich sehen. Aber dazu kommt vielleicht was in die nächste Ausgabe.
Weil die letzte Nummer nicht vollständig verkauft werden konnte, haben wir uns aus Kostengründen wieder auf 28 Seiten beschränken müssen und so manche Seite wenig großzügig layouten können. Qualitativ steigern wollten wir uns bei der Form (neuer Schriftzug im Zeitungskopf, besseres Schriftbild im Text) und beim Inhalt (aktuelle stadtteilbezogene Artikel und internationale politische Entwicklungen).

Um Lobhudeleien oder derbe Anmachen wird gebeten, denn die Inhalte der Zeitung hängen nicht nur von uns, sondern auch wesentlich von Eurem Feedback ab. Diesmal ist viel von außen gekommen - tanks - und wir hoffen, daß das auch weiterhin so gut klappt - und tschüss



Inhalt

Einladung zum vierten bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München

vom 20.3. - 22.3.92 in Kassel

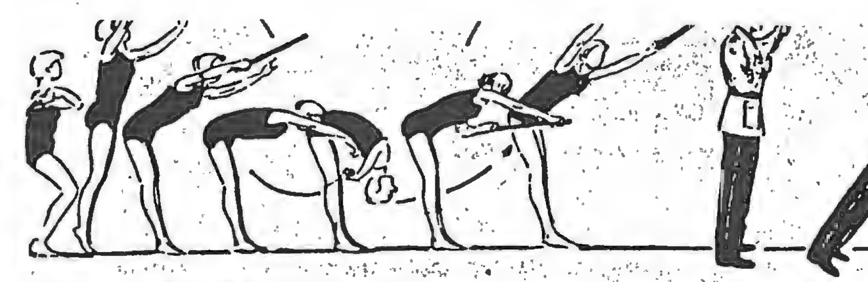
Anreise: Freitag, 20.3.92, Volksküche im Autonomen Zentrum, Wikingenstr. 10, Kassel, (nähe alter Hauptbahnhof) Treffen: Sonnabend, 21.3.92, 12.00 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Henschelstr. 2, Gebäude K10, zweiter Stock.Plenum und Arbeitsgruppen. Sonntag, 22.3.92, 10.00 Uhr - 13.00 Uhr Plenumsfortsetzung.

Spendenaufruf

Die Stresemannstraße in Hamburg, durch Abgase und Verkehr die höchstbelastete Straße Deutschlands, wurde nach dem Unfalltod der neunjährigen Nicola, dem sechsten Kind, das innerhalb von sechs Jahren auf dieser Straße starb, und den darauf erfolgten Protestaktionen der AnwohnerInnen zum Symbol für eine total verfehlte Verkehrspolitik.
Anwohner und Anwohnerinnen der Stresemannstraße, die durch Mahnwachen, Demonstrationen und anderen friedlichen Aktivitäten dem zuständigen Innensenator verkehrsberuhigende Maßnahmen abtrotzten (Tempo 30, Einrichtung einer Busspur, längere Grünphasen der Ampeln für Fußgänger, Einrichtung von Fahrradwegen), werden nun massenhaft mit Ermittlungsverfahren des **polizeilichen Staatsschutzes** überzogen. Im Januar 92 laufen 184 Ermittlungsverfahren gegen 114 BürgerInnen. Die Anschuldigungen der Staatsschützer reichen von Nötigung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bis hin zum Aufruf zur Begehung von Straftaten.
Für die daraus resultierende notwendige Öffentlichkeitsarbeit und Verfahren benötigen wir viel Geld. Wir bitten Sie daher um eine solidarische Spende auf das eingerichtete Sonderkonto:

Sonderkonto Verkehrsberuhigung
Commerzbank Hamburg
Kto.-Nr. 61 81 366 88
BLZ: 200 400 00

Verfahrensgruppe "Stresemannstraße ist überall"



Hester Jonas

FRAUENLESBEN BAUWAGENPLATZ
- HESTER JONAS-

(Hester Jonas war eine der weisen Frauen, die von einem gerechteren Leben träumte und wegen dieser "ketzerischen" Gedanken als Hexe verbrannt wurde).

Am 14.September 91 besetzte eine Gruppe von FrauenLesben mit Hilfe von ca.30 Freundinnen und Unterstützerinnen in einer überraschenden Aktion ein leerstehendes Grundstück bei der Johanniskirche 10. Seitdem leben sie dort in fünf Bau- und Zirkus-wagen, aber das Motto:

NICHTS WAS SCHÖN IST, IST IN DIESEM STAAT ERLAUBT
ist auch hier zu spüren.

Das besetzte Grundstück gehört der Kirche, sie hat angekündigt, dort Sozialwohnungen, ein Pastorat und einen Kindergarten bauen zu wollen. Womit mal wieder ein autonomes Projekt von staat-licher bzw. kirchlicher (Sozial-) Politik bedroht ist. Diese dient dazu, unangepaßte Lebensformen und Widerstand gegen die HERRschende Norm unter dem Vorwand, Wohnungsnot beseitigen und fehlende Kindergartenplätze schaffen zu wollen,zu bekämpfen.
Das ist in einem Viertel, in dem massenhaft Wohnungen leerstehen und Häuser dem Verfall preisgegeben werden, um sie zu Spekulationsobjekten zu machen, nur lächerlich, aber leider immer noch öffentlichkeitswirksam.

Nachdem der Kirchenvorstand bei einem ersten Treffen im September vorgab, sich ernsthaft mit der Forderung der FrauenLesben nach einem Platz, auf dem sie außerhalb der herrschenden Männermaßstäbe mit anderen FrauenLesben kollektiv eigene Bedürfnisse, Ideen und Entwicklungen leben können, auseinanderzusetzen, schweigt er sich jetzt aus.



Die Gruppe hat mehrfach versucht, weitere Gespräche zu führen und im Oktober einen ausführlichen Brief an den Kirchenvorstand verfaßt, in dem sie politisch Stellung genommen und genau dargestellt haben, was sie wollen. Dieser Brief blieb ohne Reaktion.
Nach 4 Wochen wurde den FrauenLesben auf Nachfrage gesagt, daß sich der Kirchenvorstand im Dezember auf einer Sondersitzung mit dem Problem befassen würde. Dieses Treffen ist nun angeblich auf Ende Februar verschoben. Dahinter steckt klar Verzögerungs- und Verunsicherungstaktik. Persönliche Kontakte werden von den Mitgliedern des Kirchenvorstandes, abgesehen von wenigen Gesprächen kurz nach der Besetzung, vermieden. Je mehr die Gruppe isoliert und ignoriert wird, desto leichter fällt es, die unliebsamen Nachbarinnen bei nächster Gelegenheit zu räumen.
DIE KIRCHE LIEBT JA NUR IHRE NÄCHSTEN...

Wie andere Projekte sehen auch sie sich überraschenden Kontrollbesuchen gegenüber. So standen im Januar plötzlich VertreterInnen von Baubehörde, Gesundheitsamt und Kirchenvorstand auf dem Platz, um diesen zu besichtigen. Die freundliche Ankündigung der Inspektion flatterte am kommenden Tag in den Brief-kasten. Es wurde amtlich fest-gestellt: Von den FrauenLesben
geht keine akute Gesundheitsgefahr aus, insbesondere Klo und Kompost ensprechen der Norm.

Angegriffen werden die FrauenLesben auch von ihren NachbarInnen, die auf der Lauer zu liegen scheinen, um bei jedem nichtigen Anlaß (z.B. Lagerfeuer) die Bullen zu rufen. Die NachbarInnen leiden so sehr unter der Situation, daß sie Halluzinationen von Ratten haben, die trotz intensiver gesundheitsamtlicher Suche nicht erspäht werden konnten.

Es zeigt sich wieder mal, wie sehr diese Gesellschaft an gemeinsamen Feindbildern interessiert ist, die vermeintliche Einigkeit schaffen. Daß "Scheißlesbe" zum neuen Schimpfwort der Kiddies aus derNachbarschaft geworden ist, ist nur Ausdruck dieses Systems.

Die FrauenLesben werden trotz der Schwierigkeiten und Anfeindungen auf dem Platz bleiben und sich nicht der dargestellten bürgerlichen Repression beugen. Trotzdem sind sie jederzeit von einer Räumung bedroht.



INTERVIEW MIT RALF UND KNUD

Am 27.1.1992, dem ersten Prozeßtag, wurden die Haftbefehle gegen Ralf und Knud aufgehoben, sie kamen nach fast genau einem halben Jahr Knast ´raus. "Aber bei aller Freude über die Freilassung, trotz dieses Erfolges der Öffentlichkeitsarbeit, der Mobilisierung zum Prozeß, darf nicht vergessen werden, daß die Anklagepunkte ´versuchter gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr' und ´versuchter Mord' weiter bestehen und daß die Grundlage des Prozesses dieselbe geblieben ist: die Lügen von vier Hamburger LKA-lern, die bis heute von der Justiz mitgetragen werden." (aus: clockwork 129a, Nr. 27 v. 13.2.1992)

Wir haben nach dem vierten Prozeßtag am 17.2.1992 mit Ralf und Knud das folgende Interview geführt. Schwerpunkte waren dabei für uns vor allem ihre persönliche Situation nach der Verhaftung und den folgenden Monaten sowie der Alltag im Knast selbst; nicht zuletzt deswegen, weil dieses Lügenkonstrukt auch andere von uns hätte treffen können und diejenigen sich dann mit der Situation, sich urplötzlich im Knast zu befinden, konfrontiert sähen. Einschätzungen zum Prozeß o.ä. werden nur kurz gestreift, wir verweisen auf das Prozeßinfo "Fight back" und di e Zeitung "Sprengsätze", die regelmäßig erscheinen.

<u>NSL:</u> Gab es neue Erkenntnisse oder Ergebnisse am heutigen Prozeßtag (17.2.92)?

<u>Ralf:</u> Den Einstellungsantrag unserer Anwälte, der aus drei Teilen besteht:
1. Situation im Schanzenviertel, Parkräumung, Hetze, Zivis und kleinere Zwischenfälle, Observation und daraus die logische Konsequenz, das Bullen und LKA 'mal Erfolge aufweisen mußten.
2. Wie politische Prozesse allgemein sind, was mit Beispielen belegt wurde. Z.B. der Fall Faruk Boskut, der damals zum HH-Hauptbahnhof ging und in einem Schließfach Sprengstoff findet. Die Bullen hatten einen präparierten Brief an den Arbeiterverein geschickt, bevor sie überhaut das Schließfach geöffnet haben - Verfahren eingestellt.
Es wurde weiter darauf eingegangen, daß Menschen in politischen Prozessen erstmal ihre Identität abgesprochen wird und sie erstmal ihre Unschuld beweisen müssen, wobei es eigentlich andersherum sein müßte.
Auch bei uns ist es ja so, daß wir unsere Unschuld beweisen müssen, und dies gerade auch über unsere politische Identität, was heißt, daß der uns vorgeworfene Anschlag keine Aktion aus dem Widerstand oder unserer Scene ist. Würde man uns als politisch denkende Menschen ansehen, wäre der Prozeß sofort zu Ende.
3. Die ganzen kriminalistischen Verfehlungen, die sie sich geleistet haben.
Wir waren es, die am ersten Tag der Haft eine Spurensicherung an unserer Kleidung und an unseren Körpern beantragen mußten. Bei mir wurde die Spurensicherung abgelehnt, obwohl sie von mir selbst gefordert wurde.
Weitere Verfehlungen wurden von unseren Anwälten dargestellt, dann wurde die Einstellung beantragt. Es folgte eine halbstündige Pause und danach die Erwiderung der Staatsanwaltschaft. und dann war Schluß.

<u>Knud:</u> Heute war der vierte Verhandlungstag und die Anklageschrift ist bisher nicht verlesen worden. Der Prozeß war ursprünglich auf sieben Vormittage angesetzt und ich sehe es so, daß das Gericht das Verfahren bewußt verschleppt. Zuerst dachte ich, dies geschieht nicht bewußt, aber wenn das Gericht den ganzen restlichen Verhandlungstag braucht, um den Beschluß auf den Einstellungsantrag zu formulieren, dann finde ich, wird der Prozeß mutwillig verzögert. Wenn das so weitergeht, sitzen wir noch im August oder September da.

<u>NSL:</u> Beinhaltet eure Prozeßstrategie auch, eure politische Identität als quasi Entlastung mit einzubringen? Es wurden ja Menschen wie z.B. Fritz Storim aufgrund ihrer politischen Gesinnung verurteilt, weil sie zu den Vorwürfen ''paßte''.

<u>Knud:</u> Wir haben vom ersten Tag an gesagt, daß das, was uns vorgeworfen wird, schwachsinnig ist, weil es überhaupt nicht mit unserer persönlichen und politischen Identität zusammenpaßt.
Es macht einen Unterschied, ob man mit etwas konfrontiert wird, das man eigentlich ganz gut findet oder denkt, daß hätte ich auch selber sein können, dann geht man da anders mit um.
Während Staatsanwaltschaft und Gericht versuchen, den Prozeß zu entpolitisieren, versuchen wir gerade den politischen Zusammenhang herzustellen.
Unsere politische Identität und die politische Wirklichkeit gegen dieses Konstrukt zu setzen, heißt klarzumachen, daß es völlig schwachsinnig ist, Leuten aus dem Widerstand vorzuwerfen, sie würden einen Anschlag gegen die Bevölkerung machen, gegen irgendwelche 300 Leute in irgendeinem Zug. Uns war es wichtig, dies immer wieder zu benennen, weil das auch schließlich der Grund war, warum wir verhaftet wurden, eben unsere politische Arbeit in der Flora und in Hamburg. Sonst bleibt es auch für Außenstehende unverständlich, warum vier LKA-Beamte Lügen erzählen.
Unser Ziel ist nicht nur, daß wir nicht verurteilt werden, also Einstellung oder Freispruch, sondern dem Staatsschutz 'mal eine Grenze aufzeigen, daß so etwas auch nach hinten losgehen kann.

<u>NSL:</u> Wie war der Kontakt und Austausch mit anderen Häftlingen in Itzehoe?

<u>Ralf:</u> Der Kontakt kam ziemlich schnell, da wir im Normalvollzug waren und daher am Sport und Freizeitprogramm teilnehmen konnten. Itzehoe ist sehr klein, 40 Häftlinge maximal, und ein reiner Untersuchungsknast. Es gab keinen Einzelhofgang, so ergaben sich rasch Kontakte und das war eine gute Erfahrung. Es gab auch keine großen Hierachien, es bestand eine gewisse Solidarität bei kleinen Dingen wie z.B. Tee und darüber, daß ja alle von der Justiz angegriffen werden.
Die ersten Kundgebungen haben wir gar nicht mitbekommen, am nächsten Tag kamen Mithäftlinge beim Hofgang und haben uns erzählt, daß da Leute waren, die uns gegrüßt haben. Das war für die anderen Häftlinge schon etwas Besonderes und Interessantes. Die Häftlinge, die die Kraft hatten, nicht nur an sich zu denken, das waren die meisten, bei denen kamen die Kundgebungen total gut an, weil zu spüren war, wie ehrlich sie gemeint waren. Die ganzen Kundgebungen waren ja witzig, persönlich und politisch, davon kam viel 'rüber und das Wichtigste: ihr da drinnen seid nicht vergessen. Auch wenn es die Anderen nicht direkt betroffen hat, so fanden sie es gut, daß es draußen Leute gibt, die es nicht einfach so hinnehmen, daß zwei Leute eingeknastet werden. Trotz der Unterschiedlichkeit der Leute im Knast haben sich die meisten gefreut, daß draußen Leute etwas gegen den Knast getan haben. Es gab nur zwei, drei Leute, die dumme Bemerkungen gemacht haben, aber das waren Arschlöcher, Anschwärzer und Egoisten, die isoliert waren.
Da die meisten der Mithäftlinge die Ehrlichkeit und die Power der Kundgebungen gut fanden, bekamen wir gleich einen ganz anderen Stellenwert. Gleich nach den ersten Kundgebungen während unserer ersten drei Tage in Itzehoe kamen die Gespräche in den Freistunden gleich auf die Knastrevolte in Santa Fu und die Kundgebungen dort. Nach dem Haftprüfungstermin (7.8.91) konnten wir uns jeden Tag während der Freistunde im Sport- und Freizeitraum sehen. Im September kamen dann viele ausländische Häftlinge, die in Abschiebehaft saßen. Da wir in Rechtssachen mittlerweile ein bißchen fit waren, konnten wir ihnen manchmal helfen, z.B. bei Anträgen oder wenn sie Schwierigkeiten mit ihren Anwälten hatten. Übersetzen von Schreiben, die von den Justizbehörden kamen, war ganz wichtig, weil viele Häftlinge nicht wußten, was die Behörde eigentlich von ihnen wollte.

<u>NSL:</u> Wieviel Stunden des Tages seid ihr allein in der Zelle gewesen?

<u>Knud:</u> Der Tagesablauf war wie folgt:
7h Frühstück, dann gab es fast täglich die Möglichkeit, Besuch zu bekommen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber in größeren Knästen sagen sie oft, daß das aus organisatorischen Gründen nicht möglkich ist. Also, ab 9h eine halbe Stunde überwachten Besuch, dann ab 10h die Freistunde, 11.30h Mittagessen auf der Zelle, um 13h oder 15h

ERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ IN

eine Stunde Sport, 17h bis 17.30h Freizeitraum.
Sport- und Freizeitraum war aber nur 4-5mal die Woche möglich; wenn mehr als 15 Leute auf der Liste standen, mußte man aussetzen. Die Zeiten dazwischen waren wir auf der Zelle.

Ralf: Wenn gleichzeitig mal Sport und Freizeitraum ausfielen, dann hieß das gleich 23 Stunden Zelle. Dann habe ich 'mal zwei Stunden gelesen und eine halbe Stunde einen Brief geschrieben, und dann hatte ich aber keine Lust mehr, mich intellektuell mit irgend etwas auseinanderzusetzen - und dann bleibt ja erstmal nichts mehr - gut, Fernsehen gucken, aber da hatte ich meist keinen Bock drauf, und wenn dann was körperliches wie Sport möglich ist, ist das gut.
Ich habe zum Beispiel in der Zelle angefangen, Yoga zu machen, doch war die freie Fläche von 3,5 qm natürlich für richtige Übungen viel zu klein. Bewegung ist im Knast besonders wichtig, sonst drehst du irgendwann mal ab.

Knud: Ich habe vorher nie Sport gemacht. Als ich dann drin war, habe ich das gleich auf die Liste gesetzt. Ich habe mit Kraftsport angefangen. Später haben Ralf und ich zusammen Sport gemacht, und da war es teilweise auch so, daß ich manchmal keine Lust hatte. Aber trotzdem bin ich immer in den Sportraum gegangen, weil das hieß, in einem anderen Raum zu sein, aus einem anderen Fenster zu schauen, was anderes zu sehen, was ich sonst nicht sehen konnte, auch wenn es nur eine Viertelstunde war.
So konnte ich vom Sportraum in Itzehoe die Autobahnauffahrt sehen, und das war gleich ein bißchen Leben. Von meiner Zelle sah ich nur das Parkhaus und das Bullenhochhaus. Im Endeffekt waren es sechs verschiedene Orte, in denen ich mich die ganze Zeit aufgehalten habe. Da ist es schon 'mal was besonderes, auf dem Gang woanders zu stehen, weil es eben etwas Neues ist.

Ralf: Das stimmt. Ich hatte ja monatelang den gleichen Blick aus den Knast. Einmal war ich in einem anderen Trakt, weil ich beim Arzt war, da hatte ich eine andere Sicht aus den Knast und das hat mich schon total nervös gemacht und danach war ich total erschrocken, daß mich das nervös macht. Denn nach Monaten 'mal etwas anderes sehen - und das war halt der Blick auf's Gericht und den Rasen davor. Aber es war genial und etwas Neues.
Aus dem Sportraum hatte man eine vierte Sicht, da habe ich aber nur selten 'rausgeguckt, weil du fängst dann an zu träumen ... jetzt wegzufahren.

Knud: Wenn ich ins Fenster vom Freizeitraum geklettert bin und den Kopf voll zwischen zwei Gitterstäbe gepreßt habe, hatte ich die Möglichkeit, 'mal weiter zu gucken. In der Zelle guckst du immer nur drei Meter weit, im Freizeitraum mehr als fünf Meter.
Ich habe dann zwischen Bullenhochhaus und Schule Bäume fixiert, um überhaupt noch ein Gefühl für Entfernung zu bekommen.
Ich mußte ein paar Mal zum Arzt und das war für mich immer voll das Ereignis. Wenn ich morgens um 8 Uhr durch Itzehoe mit dem Bus gefahren wurde und dann in der Arztpraxis herumstand und ein paar andere Leute sah, das war schon aufregend. Es waren ja auch immer dieselben Leute, die ich sonst gesehen habe.

Ralf: Ich hatte nie solche Ausführungen zum Arzt. Ich find das auch entwürdigend - in Handschellen. Und dann war es nach sechs Monaten, daß ich das erste Mal zum Gericht fuhr. Und dann dachte ich, mensch, eine Straße und die Leute die da lang liefen, in Freiheit sozusagen, daß hat mich total, naja, nicht direkt umgehauen, aber ich habe echt große Augen und einen offenen Mund gekriegt.

Knud: Also, daß ist ja auch dieses total eingeschränkte Blickfeld, also dies reale, das auch irgendwann auf den Kopf wirkt, immer die selben visuellen Eindrücke, die du hast, die total beschränkt sind. Da bist du dann froh über jeden anderen Blickwinkel oder auch nur eine nette Geste.

NSL: Wie war das Verhältnis zu den Schließern? Gab es irgendwie Stunk?

Knud: Also, da hat die ganze Unterstützung und Solidarität ziemlich viel 'rausgerissen. Hinzu kommt die Situation in Itzehoe. Da sind nur wenige Beamte, die Athmosphäre ist in gewisser Weise familiär; Weil es so klein ist, ist alles auch relativ überschaubar. Ich denke, daß das in großen Knästen anders ist. So vom Verhalten her waren die Schließer korrekt, also gestzlich korrekt waren eigentlich alle.

Ralf: Wenn du keinen falschen Schritt gemacht hast.

Knud: Ja, aber es war nicht so, mit ein oder zwei Ausnahmen, daß du das Gefühl hattest, die machen eine richtige Schikane, weil sie Spaß daran haben, das erstmal so nicht.

Ralf: Da kommt aber auch noch viel mehr mit 'rein. Einmal sind wir schon sehr selbstbewußt aufgetreten, nicht so wie harte Leute, aber wir wußten schon, was wir wollten, und die Schließer wußten das auch. Sie wußten, daß wir z.B. die Untersuchungsvollzugsordnung kannten oder daß wir Anwälte hatte, die sich für uns einsetzten und das wir auch den Intellekt besaßen, Beschwerden und ähnliches zu schreiben, das machte, glaube ich, ganz viel aus. Leute, die vom Auftreten her scheinbar nicht so viel Ahnung hatten oder ruhiger waren, die sich ein bißchen mehr gefallen ließen, mit den haben sie schon andere Sachen gemacht, so "du bleibst heute in der Zelle".

Knud: Bei ausländischen Gefangenen vor allem, die denen wegen der Sprache schon mal nichts entgegensetzen konnten.

Ralf: Es war nicht so, daß wir uns so voll durchsetzen mußten, aber es war schon klar, daß wir uns nichts sagen ließen, was Schikanen anging. Und dann kam hinzu, daß die Schließer wußten, da stehen alle zwei Wochen 100 oder 150 Leute vor dem Knast; das hat ja auch total Eindruck gemacht. Es war schon so, daß sie Respekt hatten. Die Beziehung zu denen war dann auch davon geprägt. Durch diesen Respekt sind sie auch korrekt draufgekommen und ich würde mal sagen, da waren drei, die waren ganz nett, also solche Leute, die auch mal gelacht haben. Der Rest war halt so, wie Schließer zu sein hatten, nach den Vorschriften und dann gab es drei, das waren die totalen Arschlöcher, also solche, die z.B. bei Besuch gesagt haben: "Sprechen sie lauter, oder der Besuch wird abgebrochen."

Knud: Also einer hat z.B. gesagt, "ich denke, ihr ward das nicht", was ich dem auch so geglaubt habe. Neulich haben wir einen getroffen, der zwei Wochen nach uns entlassen wurde, und der meinte, die Gefangenen haben sich alle gefreut, daß wir 'rausgekommen sind, das war auch so, als wir und von einigen verabschiedet hatten und die Beamten - ich denke, die waren erstmal erleichtert, weil sie mit uns schon die meiste Arbeit hatten, weil wir jeden Tag Besuch hatten; und ihre Arbeit ist halt die Zellentür aufschließen und wieder zuschließen und die Leute abholen. Oder sie mußten uns jeden Tag Post bringen. Die meisten Gefangenen kriegen vielleicht einen Brief im Monat. Also einmal das und dann auch die Kundgebungen, die haben sie bestimmt auch genervt. Und dann denke ich, daß ein Teil von ihnen von dem Vorwurf des Mordversuchs gegen uns umgehauen waren, so nach dem Motto "die gehen zu weit" und haben das auch nicht verstanden, daß das juristisch so hoch gekocht wurde.

Ralf: Die haben es nicht verstanden, weil das auch total viele Leute gesagt haben und das haben sie auch mitgekriegt. Einer hat das so gesagt, mit dem Vorwurf das Mordversuchs sogar mehrere, "ihr ward das nicht". Der Rest hat sich zurückgehalten

Forts. auf S. 23

Alles was Ihr schon Immer über das "Laue-Gelände" wissen wolltet



Seit eineinhalb Jahre stehend die Gebäude der Firma Laue nun schon leer - einige Häuser noch viel länger - und niemand weiß so richtig, was da eigentlich passieren soll.
Um welche Gebäude geht es eigentlich, wem gehören sie jetzt?
Wir als Muskatgruppe, die dort in den leerstehenden Häusern (Schanzenstraße 56 - 62) kollektive Wohnformen verwirklichen wollen haben versucht, die spärlichen Informationen zusammenzutragen und wollen sie hier kurz darlegen. Nicht zuletzt aus dem Grunde, weil wir uns eine verstärkte Einmischung bzw. Widerstand gegen unerwünschte Entwicklungen von AnwohnerInnen und Gruppen aus dem Viertel wünschen. Ein erster Schritt wurde bereits getan.

Das Gelände

Unterschieden wird in den Planungsunterlagen immer in Block 3 und Block 4. Zunächst Block 3: Er liegt zwischen Lager- Stern- Kamp- und Schanzenstraße. Hier gibt es zur Zeit 164 Wohneinheiten und knapp 17 000 m2 Gewerbefläche. Bis auf die Häuser an der Lagerstraße inklusive der Hinterhöfe, Sternstr. 121 bis 125, sowie Kampstr. 9 gehört mittlerweile alles dem Spekulanten Dabelstein. Es gibt zwei Durchfahrten die ins Blockinnere führen, die meistens aus Angst vor neugierigen Nasen verschlossen sind. Trotzdem gelang es uns am 1. März zum wiederholten Mal eine ausführliche Besichtigung der Gebäude vorzunehmen. Fast alles steht leer, bis auf ein Geschoß in der Schanzenstr. 64, das an eine Beschäftigungsgesellschaft der Stadt kurzfristig vermietet ist. Die Gewerbebauten sind zum großen Teil miteinander verbunden. Erstaunt waren viele über den guten Zustand der Häuser und die funktionierende Heizung.
Block 4 ist der Teil zwischen Kamp- Stern- Ludwig- und Schanzenstr. Hier ist ein Bestand von 110 Wohnungen sowie ebenfalls knapp 17000 m2 Gewerbefläche ausgewiesen. Davon gehören zu Dabelsteins Imperium einige Wohneinheiten in der Kampstraße 8 bis 12, sowie ca. 11 000 m2 Gewerbefläche. Der größte Teil davon ist die leerstehende ehemalige "Steinwayhalle", die als denkmalschutzwürdig angesehen wird. Das ist der langgestreckte Bau hinter dem Freigelände gegenüber Schanzenstraße 41. Diese Freifläche gehört zur Zeit (noch?) der Stadt. Davon später mehr. Die anderen Flächen und Gebäude gehören anderen Firmen, wie ARAL, Hanseata, Jugo-Adria, Jürges, Pakula, Louis Taxt, Nobra+Wiko und anderen Besitzern. Beide Blöcke sind seit 1986 Sanierungsgebiet, und damit besonderen Maßnahmen unterworfen.

Der Investor

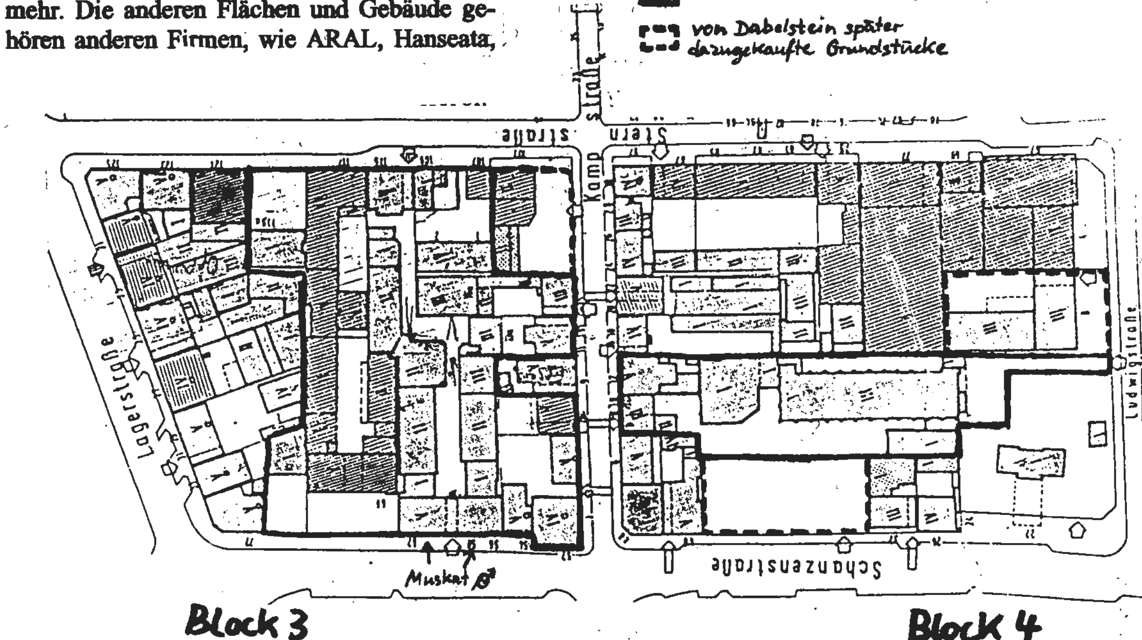
Der offizielle Käufer des Laue Firmengeländes von 1990 ist der Rechtsanwalt Dr. H. E. Dabelstein, wohnhaft im noblen Sasel an der Oberalster und mit hanseatisch gediegener Kanzlei am Cremon 36. Hauptsächlich befaßt er sich mit Seerechtsangelegenheiten. Studiert hat er zusammen mit Voscherau, und auch sonst scheint er über gute Kontakte zu einflußreichen Leuten zu verfügen. Die eigentlichen Geldgeber für seine Projekte (neben dem Laue-Gelände das Iduna Hochhaus am Millerntor, die Bowlingbahn, die Eisengießerei an der Detlev Bremer Straße) sitzen in Holland und heißen German Properties B.V.. Vielmehr ist über diese Geschäftsbeziehungen nicht bekannt. Gerade war in der TAZ einiges über den Stand seiner Planungen am Millerntor zu lesen. Dabelstein selber hält sich sehr bedeckt, scheut die Medien und läßt sich in der Öffentlichkeit durch seinen Partner Michael Backhus vertreten. Durch diesen bzw. den Verwalter Drewe versucht er Gewerberäume für halbe Jahre zu vermieten. Die sogenannte GP-Verwaltungssgesellschaft mit Sitz in Dabelsteins Büro kümmert sich um die Verwaltung der ca. 100 Wohnungen, von denen 20 leerstehen.

Mitte März 1991 legte Dabelstein den Behörden seinen zweiten Vorschlag für die Bebauung vor. Erarbeitet war dieser von den Architekturbüros Hohaus und Medium. Vorgesehen ist darin hauptsächlich der Abriß im Inneren von Block 3 zur Errichtung zweier vierstöckiger Gebäudezüge mit Mischnutzung. Im Block 4 ist eine vier bis sechsstöckige Randbebauung der Schanzen- und Ludwigstr. vorgesehen, sowie ein einstöckiger Gebäudering um die Steinwayhalle. Seit dieser Zeit hat Dabelstein sich lediglich Befreiungsgenehmigungen zur Umnutzung als Wohnraum (bisher als Gewerberaum ausgewiesen) für die Häuser Schanzenstr. 56 -62 und Kampstraße 7 geholt und fängt dort an zu modernisieren. Demnächst werden wohl neue Fenster in der Schanzenstraße eingesetzt.
Die gesamten Um- und Neubaukosten werden auf 100 Mio. DM geschätzt. Unklar ist, wieweit Dabelstein diese Summe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Gelder aufbringen kann. Mit dem Ziel einer späteren profitablen Vermietung strebt er an, sich von staatlichen Eingriffen freizuhalten, d.h. ohne öffentliche Zuschüsse zurechtzukommen. Zudem versucht er, möglichst viele Grundstücke zu kaufen, was ihm z.B. bei dem Eckgrundstück Kampstraße/ Sternstraße gelungen ist.

Die Stadt, die STEG und die Behörden

Die Aktivitäten der Stadt und der zuständigen Behörden sind von mißglückter Standortpolitik für die Fa. Laue, Desinteresse, Kompetenz- und Interessenskonflikten sowie planerischer Inkompetenz bei der STEG geprägt.

Der heute noch gültige Bebauungsplan von 1964 sieht für das Gelände reine Gewerbenutzung vor. 1985 gab es ein Erneuerungskonzept von der Baubehörde, das auf die Interessen der Fa. Laue zugeschnitten war um diese hier zu



halten. noch unter diesen Voraussetzungen beschloß der Senat 1988 daß diese Blöcke überwiegend, d.h. mindestens zu 51 %, gewerblich zu nutzen seien. Die STEG hat seitdem zwei Erneuerungskonzepte vorgelegt, das letzte im Januar 1992. Nach Meinung der STEG stellt es einen Kompromiß aller Beteiligten dar, kommt aber den Vorstellungen Dabelsteins sehr weit entgegen. Es ist nicht nur der Neubau von Wohnungen im Innenbereich von Block 3 vorgesehen, auch der eben genannte Senatsbeschluß ist noch Grundlage: Die profitablere gewerbliche Vermietung wird Dabelstein großzügig ermöglicht, im Block 4 werden das Freigelände und die ehemalige Tankstelle überwiegend zu Büros und Geschäftsräumen.

In den Sanierungszielen liest sich das folgendermaßen : "Vorrang der Arbeitsstättennutzung" und "Wohnungsneubau nur da, wo eine städtebauliche und technisch vernünftige Unterbringung von Arbeitsstätten nicht möglich ist und dort so, daß keine Restriktion für das angrenzende Gewerbe zu erwarten sind". (Erneuerungskonzept 91, S. 2) Vor einem Jahr hieß es bei der STEG noch: "Angebot nicht nur von Standardwohnraum, sondern auch auf individuelle, spezielle Wohnraumbedürfnisse zugeschnitten (z.B. Wohnen und Arbeiten unter einem Dach, Wohngruppen ...)". (Erneuerungskonzept 90, S. 22) Mit dem neuen Konzept hat die STEG diese Vorstellungen über Bord geworfen, ebenso scheint der weitgehende Abriß der Blockinnenbebauung beschlossene Sache zu sein. Damit hat die STEG sich endgültig auf die Seite ihrer Brötchengeber geschlagen, Stichwort westliche innere Stadt. Andererseits spiegelt das Konzept auch unsere politische Schwäche wider.

Der Hauptkonflikt zwischen der Stadt und Dabelstein wird also "nur" noch in der Frage der Finanzierung liegen: freie Finanzierung und Marktmieten oder Gewährung öffentlicher Gelder und Mietpreisbindung. Denkbar ist ein sowohl-als-auch Kompromiß: Einige Sozialwohnungen, einige Luxuswohnungen und jede Menge teurer Gewerberaum. Auf der Strecke bleiben die Wohnungslosen, Leute mit niedrigen Einkommen, Kleingewerbetreibende und spleenige Gruppen die - völlig unzeitgemäß - immer noch davon träumen, zusammen in großen WGs und Kollektiven zu wohnen und zu arbeiten.

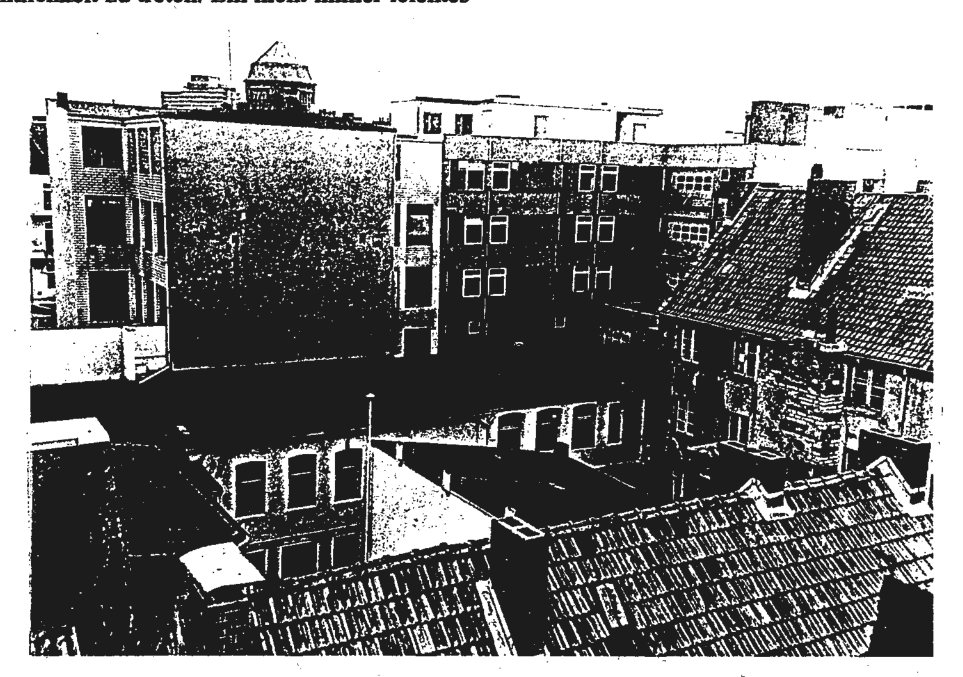
Und wir - Kalkulierbar?

Oft geht ja nicht alles so über die Bühne wie geplant, siehe Flora. Letztendlich haben die reichen Leute, die ihr Geld in die phantomenalen Pläne investieren sollten, den Kurzschen Rückzieher mittels Rückzugs ihrer Gelder eingeleitet. Hier liegt auch die Chance bei den Laue Planungen, denn 100 Mio können nicht so aus dem Ärmel geschüttelt werden...

Es hat sich in letzter Zeit ein lockeres offenes Bündnis aus Wohngruppen, Kleingewerbetreibenden und anderen Initiativen entwickelt, um diese Bühnenschau zu versauen. Uns schwebt vor, die Gebäude auf dem Gelände auf unsere Art, das heißt gemeinschaftlich, bunt und sozialverträglich zu nutzen. Wir sind immer noch dabei, die Muskatgruppe, sogar mit mehr Power seit dem letzten Sommer. Uns gehts vorrangig um die Schanzenstraße 56 -62. Vier andere Gruppen wollen ebenso ihr Ziel vom kollektiven Wahnsinn in den vorhandenen Gebäuden oder in Neubauten umsetzen. Außerdem wollen Gewerbetreibende aus diesem Stadtteil sich auf dem Gelände verwirklichen, z.B. Buchladen, Naturkostladen, Kopierladen. Interesse haben auch sozialpolitische Initiativen angemeldet, wie z.B. Obdachlosenprojekt, Alten WGs, Kulturräume für Immigranten. Eine Kindertagesstätte, bietet sich dort ebenso an wie die Einrichtung eines Badehauses für die Leute aus der Nachbarschaft. Platz ist jedenfalls genug auf dem Gelände vorhanden. Hier sind Initiativen gefragt.

Der Zusammenschluß dieser Gruppen, das sogenannte Laue-Bündnis trifft sich regelmäßig um zu diskutieren und Pläne zu schmieden. Im Augenblick ist dieses Bündnis dabei, die Vorstellungen zu bündeln um dann damit die Öffentlichkeit zu treten. Ein nicht immer leichtes Unterfangen. Wir setzen darauf, daß es gelingt Dabelstein zu vergraulen. Vielleicht ist an den Gerüchten was dran, die von Finanzproblemen bei den Investoren sprechen. Massiver öffentlicher Druck und staatliche Auflagen können profitorientierte Investorenpläne bekanntlich zu Fall bringen... Die Stadt hat im Falle eines Verkaufes dann wieder das Vorkaufsrecht. Mal sehen ob es uns diesmal gelingen wird, eine vorbehaltlose Übergabe des Geländes an uns durchzusetzen. Mehr wollen wir eigentlich gar nicht.

Einige Muskatnüsse, und diverse andere scharfe Gewürze.
Kontakt: Laue-Bündnis, c/o Café Frau Döse, Bartelsstr. 10, 2 HH 36



Wasserturm - keine guten Nachrichten

Springer's "Eimsbütteler Wochenblatt" haute nochmal kräftig auf die Pauke mit einem Leitartikel in der Ausgabe vom 23. Januar.
O-Ton: "Seit Jahrzehnten wird für den stillgelegten Wasserturm im Sternschanzenpark eine kommunale Nutzung gesucht, nachdem die weltmännischen nicht zu verwirklichen waren. Mit dem Münchener Investor Storr hat die Bezirksversammlung, hat Eimsbüttel einen Kaufmann gefunden, der mehr als 24 Millionen Mark in den 1909 errichteten Turm stecken will. Natürlich investiert er nicht, weil ihm die Augen unserer tüchtigen Bezirksamtsleiterin gefallen, sondern er will auch verdienen, nicht Unsummen, aber entsprechend dem eingesetzten Kapital. So eine einfache Grundregel müßte auch von unseren Kommunalpolitikern begriffen werden, selbst dann, wenn sie nicht in wirtschaftlichen Berufen tätig sind, sondern von den Steuern der Produktion entlohnt werden. Zu bewundern ist eigentlich die Geduld der Storr-Gruppe, andere hätten bei den Wünschen und Vorstellungen der Mitglieder des Kerngebietsausschusses längst das Handtuch geworfen. Jetzt geht der Streit um die notwendigen Parkplätze, kein neuer wohlgemerkt, sondern die Fortsetzung alter Belange."
Nun. die Schelte hat gewirkt, jedenfalls scheinen alle Hindernisse für den Baubeginn für Storr aus dem Weg geräumt zu sein. Der Kerngebietsausschuß Eimsbüttel hat in seiner Sitzung am 3. Februar 92 das "Parkplatzproblem gelöst". Storr kriegt neben 30 Tiefgaragenplätzen noch weitere 50 an der Straße Sternschanze. Storr hätte gern noch mehr Parkplätze gehabt, kann er doch von seinen Gästen nicht erwarten, ihre teuren Schlitten zuhause zu lassen. Denn, wieder O-Ton "Eimsbütteler Wochenblatt":
"Im oberen Teil des Wasserturms soll ein Restaurant entstehen, das gehobenen Ansprüchen genügt, dazu eine Bar und Ateliers (...). Kommen keine gutbetuchten Gäste, fällt das Projekt wie ein Kartenhaus zusammen."

Oh. wär das schön. Denn genau das ist ja der Hauptkritikpunkt an diesem Kommerzprojekt, es lockt reichere Menschen aus anderen Stadtteilen an und hat nichts mit den Menschen hier im Viertel zu tun. Es ist ein Teil der geplanten Umstrukturierung der westlichen inneren Stadt. Laue wird das nächste größere Projekt sein, gerade ist auch das Viertel um die Rote Flora zum Sanierungsgebiet erklärt worden.
Was Investor Storr für Geschäfte macht, haben wir im letzten "Neuen Schanzenleben" veröffentlicht, auf weitere Informationen aus München warten wir noch.
An unserer grundsätzlichen Ablehnung einer kommerziellen Nutzung des Wasserturmes hat sich nichts geändert. Nachdem der Turm 1991 unter Denkmalschutz gestellt worden ist, fordern wir nach wie vor, ihn als Industriedenkmal unverändert stehen zu lassen und auch den Park nicht anzutasten. Wir werden weiter in diese Richtung arbeiten.

Die Wasserturminitiative

"Daß die Stimmung insgesamt gestiegen ist,..."

... kommt am Ende eines Interviews, das mit drei Leuten aus der Flora geführt wurde, heraus. Geredet wurde über Entwicklungen in der Roten Flora seit der Park-Räumung - in diesem Zusammenhang auch das Konstrukt gegen Ralf und Knud -, Einschätzungen bezüglich Senat und STEG, Probleme, Bauaktivitäten und vieles mehr.



Inwieweit glaubt ihr, daß mit dem Konstrukt Rote-Flora-AktivistInnen getroffen werden sollten oder galt die Festnahme eher der gesamten HH'er Linken oder sollte darüber vor militanten Aktionen aufgrund der Parkräumung abgeschreckt werden?
Fakt ist natürlich, daß es seit der Festnahme von Ralf und Knud um den Flora-Park ruhig war. Das hing aber nicht nur mit der Festnahme zusammen, sondern auch mit unserem desolaten Zustand nach der Parkräumung und dem allgemeinen Frust. Wir hatten uns vorher zu wenig überlegt, was wir weiter machen können, wenn der Park weg ist, deshalb fehlten und in der Situation die Perspektiven. Wir glauben nicht, daß die Festnahme ausschließlich auf Flora-AktivistInnen abgezielt war, sondern daß die beiden stellvertretend für alle Linken, die sich gegen Senatspolitik wehren, in den Knast gegangen sind.

Mußten viele Aktivitäten zugunsten der Unterstützungs-/Solidaritätsarbeit eingeschränkt werden?
Klar hatte das Auswirkungen, weil ein relativ großer Teil von uns sich voll der Solidaritätsarbeit gewidmet hat. Andererseits sind gerade seit dem aber auch viel Leute neu in die Flora gekommen. Es hat natürlich ein bißchen gedauert bis wir uns alle zusammengerauft haben.

Welche Aspekte der Festnahme bzw. des Konstruktes bewertet ihr als besonders gravierend?
Das uns damit ein ganz konkretes Beispiel dafür geliefert worden ist, was wir vielleicht irgendwie schon wußten, aber auch gut verdrängen konnten. Nämlich: daß sie, wenn sie es wollen, mit jedem Mittel versuchen, uns zu kriegen, selbst mit einem Lügenkonstrukt, das so dermaßen fern jeglicher Realität und Vorstellung ist wie dieses.

Habt ihr aufgrund des Zusammenhanges "Rote Flora + Ralf und Knud" Ablehnung bei BesucherInnen, NachbarInnen etc. gespürt?
Nein.

Glaubt ihr, daß Senat/Behörden langfristig die Rote Flora räumen wollen?
Wir glauben, daß der Senat die Rote Flora so, wie sie jetzt ist, also ein selbstverwaltetes, politisches Stadtteilzentrum, auf jeden Fall weghaben will. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Befriedung, d.h. z.B. Verträge, durch die der Senat mehr Kontrolle über uns bekommt und Flora zu einem "harmlosen Jugendzentrum" verkommt. Wenn ihnen das auf Dauer nicht gelingt, werden sie wohl versuchen wollen, uns zu räumen.

Wie verhält sich die STEG? Gab es wieder neue Aktivitäten ihrerseits?
Außer, daß sie in ihrem Papierchen (Anm.: Quartiersnachrichten Nr. 4) 'mal wieder darüber lamentieren, daß wir nicht mit ihnen verhandeln, verhält sich die STEG nach unserem Wissen ruhig.

Welche Fordeungen wollt ihr durchsetzen?
Daß die Flora das bleibt, was sie ist: ein Zentrum, das von den Grupppen und Menschen, die es nutzen, selbst organisiert wird, unabhängig von irgendwelchen Behörden. Außerdem fordern wir natürlich das Geld, das notwendig ist, um die von der Stadt zu verantwortenden Schäden am Gebäude endlich beheben zu können. Die ständigen Bespitzelungen, Provokationen und Angriffe seitens der Polizei, der politisch Verantwortlichen und der Medien nerven uns natürlich total. Aber es ist wohl müßig, zu erwarten, daß das aufhören würde, schließlich wissen wir nicht erst seit Knud und Ralf, was wir von diesem "Rechtsstaat" zu erwarten haben.

Wie wollt ihr sie durchsetzen?
Dazu brauchen wir vor allen Dingen eine große Öffentlichkeit, die sich solidarisch zur Flora verhält. Die Parkräumung hat gezeigt, daß es viele Menschen und Einrichtungen gibt, die Flora für wichtig halten und unterstützen. In der nächsten Zeit wird es für uns u.a. darum gehen, solche positiven Ansätze wieder verstärkt zu verfolgen, z.B. wird es ab März ein Flora-Info geben, das dann monatlich erscheinen soll.

Wie hat sich die Parkräumung ausgewirkt?
Wie schon gesagt, hat sich nach der Park-Räumung erstmal der große Frust breit gemacht. Nach der körperlich und psychisch sehr aufreibenden Zeit vor der Räumung hatten wir einfach nicht mehr die Kraft, die Rückschläge wegzustecken und neue Aktivitäten zu entwickeln. Es haben sich in der Zeit erstmal viele Leute aus der Flora zurückgezogen. Andererseits führte diese Krise auch dazu, daß sich viele, für die Flora wichtig ist, entschlossen haben engagierter in die Arbeit einzusteigen. Das gab anfangs einige Probleme, z.B. wegen unseren eingefahrenen Strukturen und weil wir viele Diskussionen neu führen mußten. Mittlerweile haben wir das aber ganz gut hingekriegt.

Welche Räumlichkeiten werden z.Zt. wie und von wem genutzt?
Teile des Kellers werden von Musikgruppen als Übungsräume benutzt, außerdem es dort die Motorrad-Selbsthilfe und demnächst auch eine Fahrrad-Selbsthilfe. Beide Selbsthilfen sind natürlich für jede/n offen. Zwei weitere Räume werden von der Schanzen-Food-Coop genutzt. Außerdem gibt es dort regelmäßig Konzerte und Diskos. Im Ergeschoß ist der "Leon-Cavallo-Raum" nach längerer Renovierung jetzt auch richtig schön. Da gibt es z.Zt. eine interessante Fotoausstellung. Im ebenfalls neu eingerichteten Werkraum tummelt sich jeden Samstag ab 12h die Baugruppe. Ansonsten gibt es die Halle, die Druckerei der Werkraum und die Volksküche, die täglich ab 16h geöffnet ist. Im oberen Stockwerk treffen sich hauptsächlich verschiedene politische Gruppen und Sportgruppen, wobei wegen der Kälte die Nutzung manchmal nicht ganz einfach ist.

Welche Bauaktivitäten wurden durchgeführt bzw. sind geplant? Wie sieht's mit dem Geld dafür aus?
Vor allen haben wir in der nächsten Zeit vor, die Volksküche 'mal wieder in neuem Glanze erstrahlen zu lassen und eine neue Rückwand in der großen Halle zu mauern. Dafür brauchen wir noch jede Menge Geld und Leute, die Lust haben zu helfen.

Welche Probleme sind z.Zt. am gravierensten?
Das größte Problem ist das Heizproblem. Ansonsten macht uns der bauliche Zustand ziemlich zu schaffen. Aber was hauptsächlich fehlt ist das Geld.

Wie ist die Grundstimmung?
Optimistisch. Unsere Krise ist, wie schon gesagt, überwunden, von daher haben wir auch wieder mehr Pepp. Es haben sich viele neue Gruppen gegründet, so daß sich die anstehende Arbeit besser und auf mehr Leute verteilt.
Daß die Stimmung insgesamt gestiegen ist, merkt mann und frau auch daran, daß wieder neue NutzerInnen dazugekommen sind (wie z.B. Fotoarchiv, radio st. paula, Sport- und Theatergruppen). Zur Zeit ist es auch wieder viel netter, 'mal auf'n Kaffee vorbeizugehen. Dabei ist uns aber auch klar, daß wir uns nicht auf unsrer guten Stimmung ausruhen können. Es wird auf jeden Fall noch eine Menge Kraft kosten, die Rote Flora durchzusetzen und weiterhin mit Leben zu füllen!

SCHWARZMARKT

Dem Schwarzmarkt am Paulinenplatz ist zum 30.6.92 gekündigt worden.
Diese Kündigung erfolgte wegen dem geplanten Dachgeschoßausbau und dem daraus resultierenden Bedarf nach Kellerräumen, eben jenen Räumen im Souterrain, in denen sich der Laden befindet. Trotz intensivster Suche in den bekannten Stadtteilen konnten, bis auf lockere Vorgespräche, bisher keine geeignten Ersatzräume gefunden werden.
Da ohnehin alle Menschen im Laden ihre Arbeit unentgeltlich verrichten und es als wichtigen Teil ihrer politischen Arbeit verstehen, Informationen und Räumlichkeiten anzubieten, ohne dafür Geld zu nehmen, ist der Laden dementsprechend auch nicht in der Lage, bei den explosionsartig gestiegenen Gewerbemieten unbegrenzt mitzuhalten.
Es wäre ein herber Verlust für die linke/autonome Szene in Hamburg, wenn es nach dem 30.6.92 für den Schwarzmarkt keine Möglichkeit gäbe, weiterzuarbeiten. Der Informationsaustausch mit anderen Regionen wäre gestört, Strukturen müßten über andere Verbindungen aufrechterhalten werden, der Informationsaustausch innerhalb der Stadt wäre behindert und Gruppen hätten keine Möglichkeit mehr, sich dort zu treffen.
Nach Gegenwind und Café und Buch wäre der Schwarzmarkt der dritte linke Buch- und/oder Info-Laden, dem mittels Mieterhöhung bzw. Kündigung das Wasser abgegraben wird. Gerade in Zeiten wie heute brauchen wir solch einen Laden.
Also, wenn ihr etwas mitbekommt von leerstehenden Läden in St. Pauli, Schanze etc., nicht zu klein, nicht zu teuer, im Souterrain oder Parterre und mit Nebenräumen, meldet euch im Schwarzmarkt.

Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 36
Tel. 319 59 50



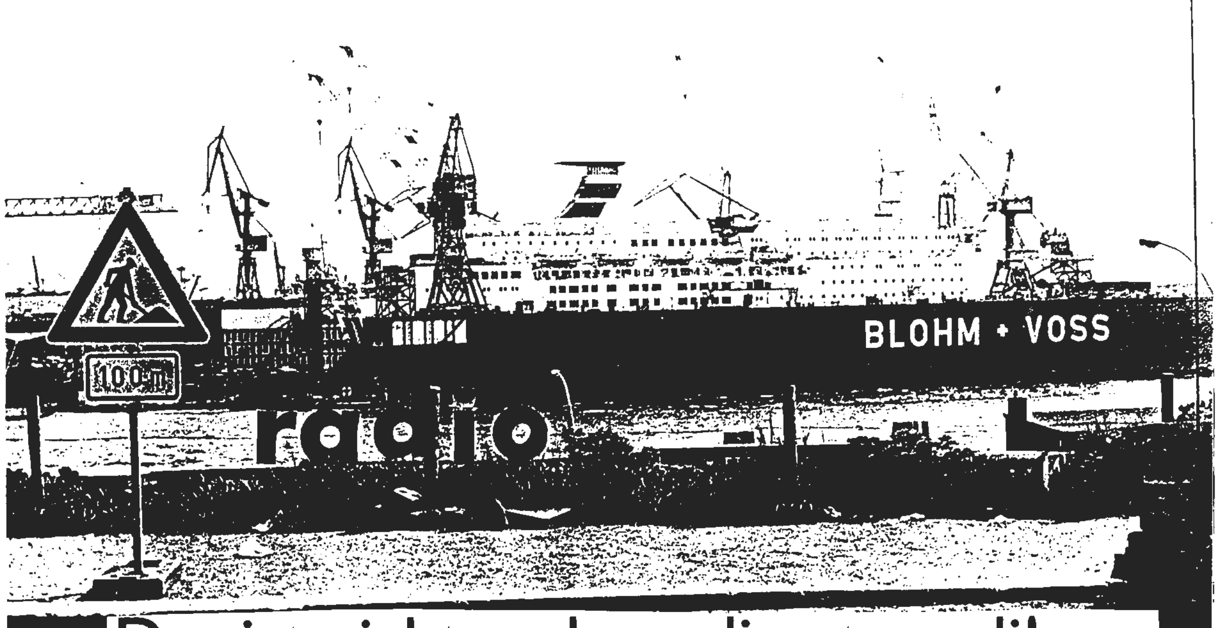
Folgende Regierungserklärung erreichte uns in letzter Minute, zu deren Abdruck wir mit vorgehaltener Wasserpistole gezwungen wurden:
In Erwägung, daß uns die Herrschaften daneben mit ihren Schlägertrupps und geheimen Staatspolizisten von der E-Schicht in Angst und Schrecken versetzen und, wenn deren Straftaten und Gesichter öffentlich gemacht werden, ihre Kettenhunde der Spezialdemokratie auf uns loslassen, haben wir beschlossen, daß wir die Kräfte lieber selbst bestimmen wollen, die hier im Viertel das Sagen haben und Werner Hackmann als Innensenator für den Bereich St.Pauli/ Schanzenviertel fristlos entlassen, weil er sich nicht demokratisch legitimieren kann. Zu den Einzelheiten nehmen wir bezug auf die Broschüre "Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel", die es für 6 Mark in einigen Läden und Kneipen gibt.
Die Bewohnerinnen und Bewohner

Kein Bedarf für ein Info- u. Stadtteilcafé ?Frau Döse in der Krise.

Wir, vom Café Frau Döse, haben schon im letzten Jahr auf unsere Situation hingewiesen. Die Krise hat uns wieder eingeholt! Im Laufe der letzten Monate haben sich viele Menschen und Gruppen aus dem aktiven Cafébetrieb rausgezogen. Die Palette reicht von "kein Bock mehr", Wiedereinbeziehung in Arbeitsprozesse bis zur Auflösung von Gruppen. Für den Cafébetrieb wirkte es sich so aus, daß viele Tage nicht mehr mit Schichten abgedeckt werden konnten und das Café nur noch unregelmäßig offen war. Dadurch blieben natürlich auch die Gäste weg. Verständl- ich! Wer hat schon Bock ins Döse zu gehen, wenn sich eh nur die Nase an der geschlossenen Tür plattgedrückt wird? Vom Döse selbst haben wir uns nochmal ins Zeug geschmissen. Wir haben renoviert und Veranstaltungsreihen durchgezogen, die zum Teil recht gut besucht waren. Grup-pen und Einzelpersonen wurden angesprochen, ob sie nicht Lust hätten, sich am Döse aktiv zu beteiligen. Der Erfolg war leider mäßig. Bei uns ist jedenfalls die Luft raus! Vom früheren Konzept fürs Café Döse wagen wir momentan nicht mehr zu reden. Trotzdem gibt es noch einen Versuch das Café bzw. den Raum zu halten. Denn außer der Flora ist das Döse noch ein Ort, wo wir uns treffen und Abläufe selbst gestalten können. Wir sollten ihn nutzen und ausfüllen - es gehört nicht viel Phantasie dazu sich auszumalen, wie der Hausbesitzer die Räumlichkeiten des Cafés nutzen könnte -Am 13.2.92 hatten wir nochmal zum großen Krisentreffen getrommelt... oh, sehr erfreulich! Es kamen viele Menschen, denen doch wichtig ist, daß das Café weiterhin existiert. Ein Ergebnis, es gibt neue feste Öffnungszeiten:

Montag 15 - 20 Uhr;ab 20 h Gruppentreffen
Dienstag gegen abend; " " "
(Männercafé) die Männer können die Tagschichten nicht abdecken. Tja, da staunt ihr.es werden tatsächlich noch Männer gebraucht.
Mittwoch 15 - 20 Uhr; allerdings nur jeden 1. u.(Frauencafé) 3. Mi. im Monat! Frauen,wo seid ihr?, gibt's nichts mehr zu diskutieren: es ist nur noch ein Mi-abendbelegt!
Donnerstag geschlossen
Freitag 15 -20 Uhr
Samstag geschlossen
Sonntag 11 - 20 Uhr (leckeres Frühstück ohne Aas) ab 20 h Gruppentreffen.

Der Elan, der bei diesem Krisentreffen zu spüren war, gibt neuen Mut. Allerdings darf dies nicht bei Willensbekundun-gen: "ich werd in nächster Zeit auch mal wieder ne Tresenschicht machen" bleiben. Was dem Döse fehlt, ist eine Perspektive, die das Café mit Leben füllt und länger, als 1-2 Monate andauert. Wir können uns einfach nicht vorstellen, daß es keinen Raumbedarf für Gruppentreffen oder Ähnl-ichem (Lesungen, Kleinkunst, Diaabende - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt) gibt, hier nochmal die Tage,
die momentan frei sind: 3 x im Monat der **Mittwoch** für Frauengruppen, **Do**, **Fr** u. nach Absprache auch **Sa**.
Da wir finanziell nicht so rosig dastehen, müssen wir von
den Gruppen, die die Räume regelmäßig nutzen, etwas
Kohle nehmen (dürfte eigentlich nicht abschreckend sein 1 Bier pro Woche weniger zu trinken, oder?
Also gibt's noch Bedarf an einem Info- u. Stadtteilcafé?
(für mich keine Frage; ich hoffe für euch auch nicht)
Nächstes Krisentreffen ist am 19.3.92 um 19 Uhr, Café Döse, Bartelsstr. 10.



Das ist nicht mehr radio st. pauli!

Die Entwicklung von Radio St. Pauli führte zur Spaltung. Die Hamburger Linke kann also künftig zwischen zwei unabhängigen Projekten wählen - ein echter Sieg der Meinungsvielfalt. Wie sind zur Zeit die Chancen zur Durchsetzung von Freiem Radio? Kommt der vereinigte "Basiskanal" mit der totalen Vielfalt?

Vor einem Dreivierteljahr erteilte die "Hamburgische Anstalt für Neue Medien" der kommerziell orientierten Jazzwelle plus die für gemeinnützige Programme vorgesehene Frequenz 97,1, um die sich auch Radio St. Pauli beworben hatte. Dieses Datum war der Schlußpunkt einer massiven Öffentlichkeits- und Sympathiekampagne des Freien Radio - Projekts: Obwohl alles leistbare getan worden war, obwohl das Projekt von Teilen der Autonomen über praktisch die gesamte unabhängige lokale Musikszene bis zu Teilen der (Jung)-Sozialdemokratie stark unterstützt worden war, konnte doch (erstmal) keine Frequenz durchgesetzt werden.
Obwohl vor langer Zeit, als alles begann, vorsorglich davon ausgegangen worden war, daß es beim ersten Anlauf eh nicht klappen würde, machte sich Frust breit. Einige Aktive stiegen aus: Keine Perspektive mehr.
Daß sich die Krise nach der Ablehnung aber zum völligen Zerfallsprozeß ausweitete, hatte andere, eher hausgemachte Gründe: Der politische/strategische Konsens der verschiedenen im Projekt verbundenen Strömungen zerfiel in Fraktionen, Mißtrauen breitete sich aus, verschiedene Analysen der Lage, Manöverkritik mit gegensätzlichen Ergebnissen entstanden.

Die MV vom 22.6.91

Der erste Einschnitt war die Mitgliederversammlung des Fördervereins am 22. Juni 91. Die MV wurde nach einer Stunde ohne Ergebnis abgebrochen, nachdem eine Mehrheit der anwesenden Frauen den Saal verlassen hatte.
Der Hauptanlaß dafür war: Ein männliches Mitglied der Musikredaktion hatte unangenehme Fragen gestellt und sich dabei eingestandenermaßen im Ton vergriffen. Der Zeitpunkt dieser Tat war der obligatorische Kassenbericht des Vorstands - in einem demokratischen Verein die Gelegenheit für Mitglieder, Unregelmäßigkeiten im Finanzgebahren des Vereins anzusprechen.

Auf dem Höhepunkt der Kampagne, kurz vor der Lizenzvergabe, hatte RSP ein Festival, den Radiofrühling, organisiert. Bei diesem Festival traten verschiedene Bands, zum Teil aus dem Ausland, auf. Alle diese Bands spielten fast umsonst, was wichtig war, weil das Festival wegen sehr niedriger Eintrittspreise sowieso schon eine mittlere Finanzkatastrophe war.
Lediglich eine Hamburger Band bekam für ihren Auftritt 1500 Mark, nämlich die recht etablierte Frauenband "upsession". Diese Gage hatten eine Frau des Feminstischen Radios und der damalige (männliche) Kassenwart des Vereins, beide ohne Absprache mit irgendwem, zugesagt. Dieses Vorgehen sorgte für monatelangen Streit, der dann in der besagten MV seinen Höhepunkt fand.
Die Frauen waren über die Debatte über die Spezialgage empört. Diese Gage sei gerechtfertigt, weil es Frauenbands in der Männerwelt viel schwerer hätten, und überhaupt mißachte das "Männerradio" die Beschlüsse der Frauen.
Die Position der Kritiker war, daß Frauensolidarität nicht gegenseitige Frauenausplünderung heißen könne, daß RSP keine Sondersubventionen für angeblich benachteiligte Bands zahlen könne, sondern Geld ranschaffen muß, um ein Medium z.B. für ebensolche Bands aufzubauen; und drittens, daß niemand ohne Absprache Beträge dieser Größenordnung ausgeben kann.
Diese Argumentation wurde als frauenfeindlich bezeichnet, die MV war gesprengt.
Drei Monate später trat das Feministische Radio offiziell aus dem Projekt aus. In ihrer Austrittserklärung benannten die Frauen als konkreten Anlaß die eben geschilderte Auseinandersetzung: "Obwohl schon unter einzelnen Leuten Auseinandersetzungen über das leidige Thema Geld für den Frauentag beim Radiofrühling stattgefunden hatten (speziell Gage der Frauenband) wurde es vor den Mitgliedern - die noch gar nichts davon mitbekommen hatten - wieder auf den Tisch gezerrt und so getan, als sei das "verschwenderische Verhalten" des Feministischen Radios eine ganz empörende Neuigkeit."

Das FR hätte den Konflikt also lieber im stillen Kämmerlein ("unter einzelnen Leuten") statt vor den Mitgliedern ausgetragen. "Unsere Gründe ... wurden nicht ernstgenommen." Außerdem führten sie sexistisches Gesprächsverhalten an, das sowieso schon immer das Projekt bestimmt habe. "Wir betrachten unseren Versuch der Zusammenarbeit mit einem gemischten Projekt als gescheitert."

Radio St. Paula

Nach dem Austritt des FR bildete die Mehrheit der verbliebenen aktiven Frauen des Projekts eine neue Frauengruppe, die sich in der Folge Radio St. Paula nannte. Obwohl sich diese Frauen zum Teil früher selbst überhaupt nicht grün waren mit dem FR, übernahm die neue Frauengruppe nun im wesentlichen Funktion und Positionen des FR.
Nach der MV im Juni verfiel RSP erstmal in einen sehr ausgedehnten Sommerschlaf. Es gab regelmäßige Treffen der Frauengruppe und unregelmäßige Männertreffen.
Das erste gemeinsame Plenum fand erst wieder im November statt. Es hatte die Aufgabe, eine neue MV vorzubereiten.
Dazu kam es allerding nicht - wegen eines neuen Skandals: Fünf Aktive des Projekts hatten der Einladung für die Mitglieder ein Papier beigelegt ("younger than yesterday", unterzeichnet mit Marcel (Kampagne), Ralf (Bergedorf) Olaf (Musik) Martin (Vorstand) Tine (Kampagne, Sport)), das als "kurzfristig eingereichtes Diskussionspapier einiger Leute" gekennzeichnet worden war.
Die Frauengruppe lief Sturm. "Das Zustandekommen sowie die Art und Weise der Verschickung dieses Papieres sind Ausdruck der patriarchalen Strukturen, die das Projekt mittlerweile beherrschen:
Zwei Männer
schreiben ein Papier, erwecken durch die äußere Form den Eindruck, es sei ein repräsentatives Diskussionsergebnis, und ignorieren nicht nur, daß wir (7 Frauen) uns regelmäßig treffen, sondern auch, daß für uns z.Z. erstmal ein ganz anderes Problem gelöst werden muß: Können wir mit diesen Männern noch zusammenarbeiten, und wenn, wie?"
Das war in einem weiteren Papier zu lesen, das die Frauengruppe eine Woche später in einer zweiten Briefaktion an alle Mitglieder verschickte.
Ihnen sei nicht gesagt worden, daß inhaltliche Diskussionspapiere schon mit der Einladung verschickt werden sollten, ein weiteres Beispiel dafür, daß "die Männer" "reaktionär" und nach dem "Recht des Stärkeren" handelten. Durch die Verschickung des Papiers sollten die Frauen an die Wand gedrückt werden. "Das ist nicht mehr Radio St. Pauli!"

Das ist nicht mehr Radio St. Pauli!

Die Fünfergruppe, die das "younger than yesterday" - Papier geschrieben hatte, fühlte sich allerdings unschuldig, weil seit eh und jeh Positionspapiere zur MV verschickt wurden. Das brauchte niemand den Frauen extra sagen. Außerdem könne der Eindruck , es handle sich um ein repräsentatives Diskussions-ergebnis, gar nicht entstehen, da es namentlich unterzeichnet und als "Diskussionspapier einiger Leute" markiert worden war.

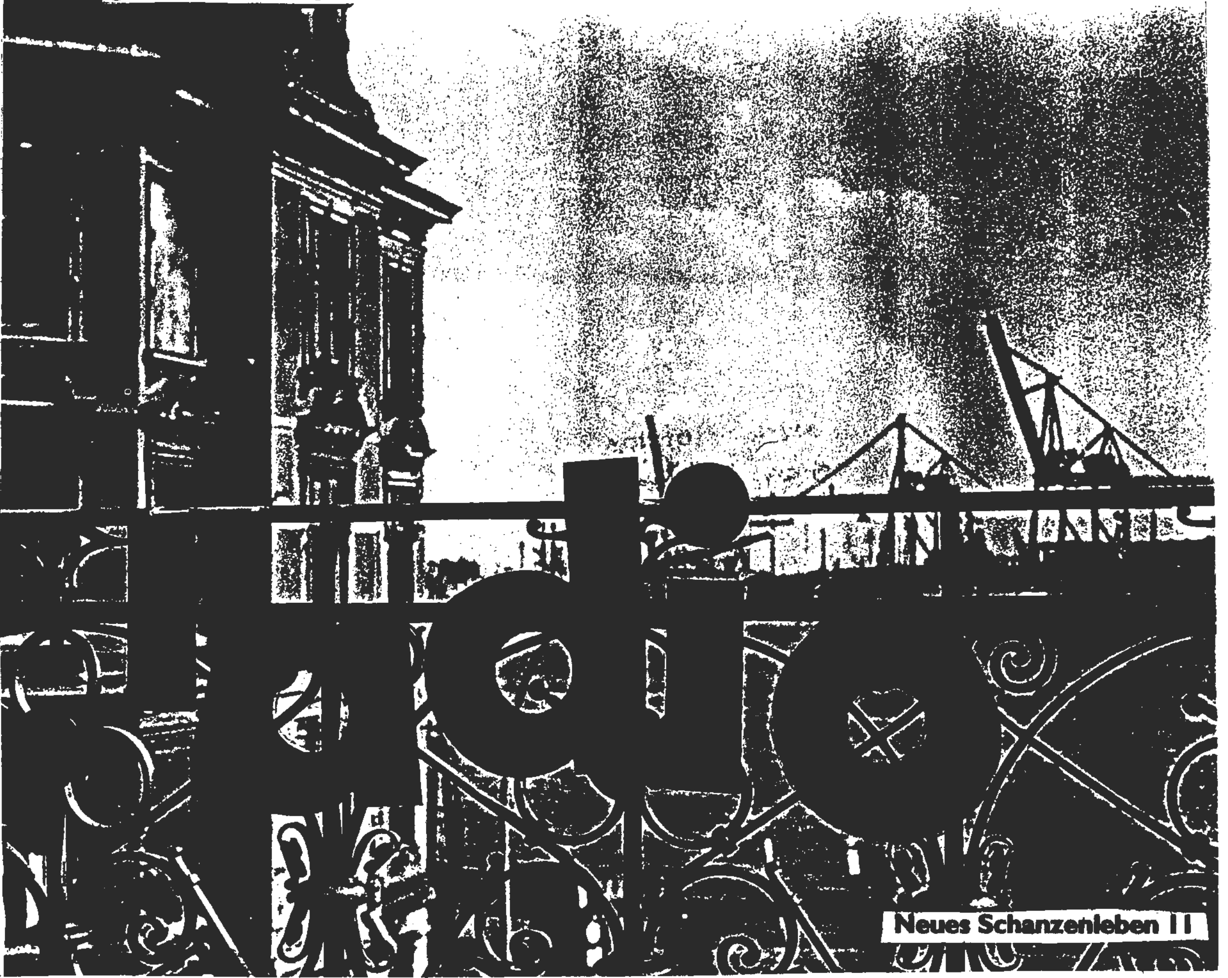
Trotzdem waren fast alle anderen Teilnehmer des Plenums vom November mit der Frauengruppe der Meinung, die "yty - Gruppe" hätte sich unfairerweise einen Vorteil erschlichen.
Nicht weniger gerügt wurde allerdings später auch der von den Frauen verschickte Brief. Die Titulierung "Brief der Frauen von RSP" ignorierte, daß es auch Frauen gab, die nicht in der Frauengruppe mitarbeiteten und auch eine ganz andere Position vertraten. Ebenso absurd war der Satz "Zwei Männer schreiben ein Papier": Es handelte sich nämlich für alle ersichtlich um vier Männer und eine Frau.
Es bleibt noch zu sagen, was in dem umstrittenen Papier überhaupt drinstand.
"Wir gehen von einem relativen Erfolg unserer über dreijährigen Arbeit aus. Der Erfolg besteht in einem enormen Bekanntheitsgrad unseres Projekts und darin, daß wir überall, wo wir präsent waren, die größtmögliche Unterstützung gefunden haben. (Natürlich konnten wir nicht überall sein.)
RSP ist eine der mitgliederstärksten Organisationen der Linken, in einer Zeit, in der linke Organisationen reihenweise absterben.
Wir erinnern daran, daß wir anfangs gar nicht damit gerechnet haben, daß wir in einem ersten Anlauf eine Lizenz kriegen. Die Kulturrevolution findet im Stellungskrieg, nicht im Handstreich statt. (Gramsci)
Die schwerwiegendste Niederlage besteht nicht in der Ablehnung durch die Pfeffersäcke, sondern im internen persönlichen Scheitern, von der Unfähigkeit zur Auseinandersetzung bis zum Gipfeln in psychische und somatische Krisen, in die mehrere von uns geraten sind.
In der Krankheit spiegelt sich die kulturelle Verelendung, die wir im Projekt reproduzieren.
Jetzt gilt es, in kleinen Schritten einen Neuanfang vorzubereiten. Dazu müssen wir aus unseren Fehlern lernen.
Erstens: Wir müssen unsere blinden Flecken beseitigen. Das sind Verkehr, Ökologie, Arbeit und Gesundheit, "bürgerliche Kultur". Die Aufgabe von RSP ist es, zur Überwindung der Szenestrukturen beizutragen - mit dem Ziel einer neuen klassenkämpferischen Bewegung - und nicht diese stagnierenden Strukturen zu reproduzieren.
Zweitens: Wir müssen uns von der Kinderkrankheit des falschen Radikalismus lösen (frei nach Lenin). Aus heutiger Sicht sehen wir in der Besetzung des Offenen Kanals eine blinde Aktion ohne Folgenabschätzung. Zum Glück ging die spontane Begeisterung für diese Aktion quer durch alle Fraktionen des Projekts, sodaß es keine Schuldigen geben kann.
Wir haben den Offenen Kanal zu einem falschen Feindbild gemacht, obwohl er das offenste und fortschrittlichste Element im staatlichen Rundfunksystem ist. (Bei aller Unzulänglichkeit)
Unser Gegner ist das Kapital in Form der Medienkonzerne und ihrer Vertretung in der HAM durch die Wirtschaftskammer und Konsorten, nicht der Offene Kanal.
Was damals genau im Offenen Kanal abgelaufen ist, wurde nie endgültig und befriedigend geklärt. Wer am Ausfall unserer Sendungen schuld hatte, darüber steht Aussage gegen Aussage.
Drittens: Wir kommen nicht umhin, das Projekt Autonomes Frauenradio als gescheitert anzusehen. Der Anspruch eines gleichwertigen Projekts neben RSP ist nie erfüllbar gewesen. Die duale Struktur war eine ständige Quelle von Mißverständnissen, Desinformation und Querelen. Wenn sich wieder eine rein aus Frauen bestehende Gruppe bildet - was wir in jedem Fall begrüßen - soll sie genau gleichberechtigt behandelt werden wie jede andere Gruppe im Projekt.
In einem so komplexen Gebilde wie radio st. pauli muß das Solidaritätsprinzip stärker wiegen als das Autonomieprinzip. Wir sind für Gleichberechtigung statt "positiver" Diskriminierung".

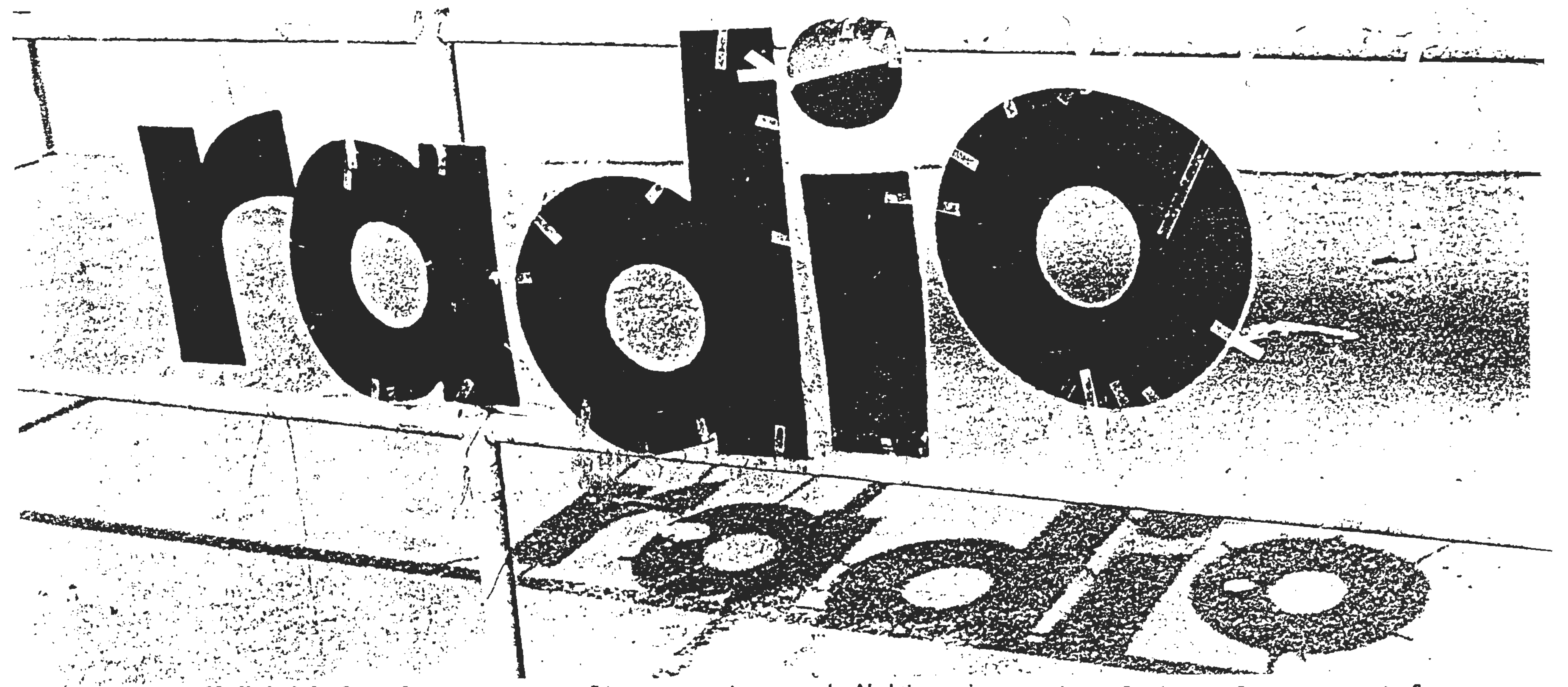
Die MV vom 14.12.91

Am 14. Dezember fand die MV dann statt, obwohl bereits die meisten Aktiven des Projekts nicht mehr als nötig miteinander redeten.

Die Frauengruppe, jetzt unter dem Namen Radio St. Paula, präsentierte ein Papier "Die Hälfte des trockenen Kuchens". Ein Auszug:
"Wir wollen weiter Radio machen! ...nicht etwa, wie ja anscheinend immer noch einige denken, ständig über sogenannte "Frauenthemen" zu berichten (statt über Sport, Verkehr und Gedichtbändchen), sondern über ALLES - aus feministischer Sicht."
"Das Projekt Feministisches Radio ist gescheitert, weil es an vielen Punkten an das gemischte Projekt gekettet war." Die Folgerungen: "radio st. paula ist nicht verantwortlich für z.B. Papiere, Sendungen oder Aussagen, die radio st. pauli veröfendicht und umgekehrt. radio st pauli und radio st. paula verfügen über jeweils die Hälfte des Geldes auf einem jeweils eigenen Konto"

Auch die "yty" - Gruppe ließ sich nicht lumpen und wartete mit dem Papier "Ergänzungen zum Diskussionspapier" auf. Darin ging es um die Stellung eines neu zu gündenden FR.
"Das Feministische Radio ist also ein fester Bestandteil der Vereinsaktivität von radio st. pauli, steht also nicht neben, sondern in dem Projekt. Für alle Gruppen, FR eingeschlossen , gelten eine Satzung, die Beschlüsse der MV und die Vertretung durch den auf der MV gewählten Vorstand."
" ... Was zwar nicht in der Satzung steht, aber ebenso von Anfang an zum Konzept von rsp gehört, ist, daß jede Gruppe und jede Redaktion im Rahmen der Satzung (sowie nach Erhalt einer Lizenz den Programmrichtlinien der Anbieterinnengemeinschaft) ihre Politik selbst bestimmt und zum gegebenen Zeitpunkt auch einen Etat selbst verwalten kann. Darin unterscheidet sich das FR nicht von einer Redaktion. Das FR ist lediglich dadurch privilegiert, daß seine Existenz in der Satzung festgeschrieben ist. Falls der neuen Frauengruppe diese Unabhängigkeit nicht reicht, gibt es keinen anderen Weg als einen eigenen Verein zu gründen; unsere Kooperation liefe dann rein auf der Ebene der Vereinsvorstände sowie der Anbieterinnengemeinschaft ab.
Diese zweite Lösung wäre zwar besser als der das Projekt lähmende Zustand im vergangenen Jahr; sie wäre aber nur die zweitbeste Lösung, weil wir nicht wollen, daß überhaupt eine Gruppe den Verein verläßt."
Zwei weitere männliche Altaktive bereicherten die Diskussion ebenfalls mit einem Papier:
"Während die eine Seite nicht bereit ist, die Erschleichung taktischer Vorteile (Verschickung des Diskussionspapiers ohne Rücksprache) einzugestehen, blockiert die andere Seite die inhaltliche Diskussion, indem sie anhand dieses taktischen Winkelzuges das gesamte patriarchalische Verhalten aller Männer enttarnen möchte.... nicht das Projekt autonomes Frauenradio ist gescheitert, sondern der gesamte Verein mit seiner diffusen dualen Struktur. Die Konsequenz daraus darf jedoch nicht die Degradierung einer feministischen Arbeitsgruppe zur bloßen Redaktion sein. Eine autonome feministische Gruppe muß verbindlich Verantwortung übernehmen, damit die Handlungsfähigkeit des gesamten Projekts gewährleistet ist. Dazu ist entweder die verpflichtende Teilnahme an Gremien eines Gesamtvereins (quotiert) notwendig oder die Gründung eines eigenen Vereins....Die "Frauenfraktion" ist nicht im Besitz der alleinigen Wahrheit, sie muß ihre Auffassungen zur Diskussion stellen."





Kollektivhaftung?

Die beiden Männer sprachen sich außerdem gegen die "Kollektivhaftung aller Männer für das Verhalten einzelner" aus
Gegen diesen letzten Punkt wandte sich ein weiteres Papier eines männlichen Aktiven. "Und wenn sich einer aus unserer Gruppe so verhält, daß er anwesende Frauen sexistisch anmacht? Es ist dein und mein Verhalten, das die Frauen vertreibt, nicht..." (X's).

Ein letztes Papier bezog sich noch einmal auf den Radiofrühling.
"Ich frage mich, was ich die ganzen fünf Radiofrühlingstage unter freiwilliger Selbstausbeutung gemacht habe." Der Autor - damals gewissermaßen der Tonmeister von RSP - wollte durch sein Engagement jedenfalls nicht eine professionelle und etablierte Band wie "upsession" "alimentieren".
Der alles beherrschende Punkt auf der MV war erwartungsgemäß die Stellung des feministischen Radio St. Paula. Die Ausgangspunkte waren in den zitierten Papieren umrissen.
Nach etwa zwei Stunden wurde klar: RSP wird die Autonomie - Debatte (Die Hälfte des Projekts) nicht überleben.
Die Diskussion ging vom "Ob" Spaltung zum "Wie". Die Mehrheit der Männer und die Minderheit der Frauen würden nicht mehr akzeptieren, was für die Mehrheit der Frauen im Bund mit einer Minderheit der Männer essentiell geworden war.
In dieser Situation kam von der "yty" - Gruppe ein Vorschlag: Auflösung des Vereins, Neugründung von zwei unabhängigen Vereinen, Aufteilung des Vereinsvermögens Halbe - Halbe bzw.Befragung der Spenderinnen, was mit ihrem Geld passieren soll, dennoch gemeinsame Kampagne für eine Frequenz.
Radio St. Paula lehnte diesen Vorschlag ab, mit der Begründung, sie hätten gar keine Lust darauf, einen neuen Verein zu gründen. Sie zogen es vor, den alten für sich zu behalten.
Anstatt daß der geschilderte Antrag nun zur Abstimmung gekommen wäre, wurde von Radio St. Paula beantragt, abzustimmen, ob der Antrag abgestimmt werden sollte. Diese Abstimmung, die vereinsrechtlich gar nicht möglich ist, wurde durchgeführt, mit dem Ergebnis, daß der "yty" - Antrag nicht zur Abstimmung kam. Damit hatte die MV praktisch die Zwei - Vereine - Lösung abgelehnt. Daraufhin traten zwei anwesende Altaktive - ein Mann und eine Frau - spontan aus dem Verein aus und verließen die Versammlung. Davon unbeeindruckt, ging die MV zur Vorstandswahl über. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt, der aus drei Frauen von Radio St. Paula, einem Mann, der Radio St. Paula unterstützt und einem Mann aus der "yty" - Gruppe besteht, der zugleich Radio Freies Bergedorf vertritt.
Damit war eindeutig die neue Linie des Projekts festgelegt.

Die neue Gruppe

Seit dieser MV vom 14.12. treffen sich ausgetretene RSP - Aktive, Noch - RSP - Mitglieder und mehrere neu dazugekommene Personen auf einem wöchentlichen Plenum, wo über die Erfahrungen der Radioarbeit, die Konsequenzen und die Perspektiven geredet wird. Diese Gruppe versteht sich zur Zeit noch als ein Teil des "Zusammenhangs Radio St. Pauli" (neben Radio St. Paula und der kleinen Gruppe der Radio St. Paula unterstützenden Männer), bereitet aber bereits die Gründung eines eigenständigen neuen Projekts vor. Sie trifft sich donnerstags, 20 Uhr, im Haus 3, Hospitalstraße, Kinderküche. Für Anfragen nach Informationen (zum Beispiel den gesammelten in diesem Artikel zitierten Papieren) kann auch die Postadresse c/o Libertäres Zentrum, Lagerstraße 27, HH 36 benutzt werden, Telefon: 430 1396.

Die zunächst wichtigste Konsequenz aus den Erfahrungen bei RSP ist für die neue Gruppe, zunächst auf Ruhe und Besinnung zu machen. Im Vordergrund stehen zur Zeit die Neubestimmung medienpolitischer Positionen und Grundsatzfragen wie das Verhältnis Politik - Kultur oder sozialer, rassistischer und sexistischer Unterdrückung.
Für Ideen bezüglich eines neuen Namens wäre das Projekt sehr dankbar. Überhaupt ist die Gruppe für neue Leute offen.
Die Gründung eines Vereins steht vorläufig nicht auf der Tagesordnung. An die Stelle eines Vereins wird zunächst und auf mittlere Sicht ein anderes Modell zum Aufbau einer Basis treten: Es soll ein monatlicher Infodienst erscheinen, der folgendes enthalten wird: Eine Presseschau mit Schwerpunkt Medienpolitik, Manuskriptauszüge wichtiger vom Projekt gestalteter Sendungen, Songtexte von in Sendungen gespielten Songs, Besprechunggen vom Projekt präsentierter Konzerte, Besprechungen von in Sendungen verwendeter Literatur/Platten, theoretisch/politische Diskussionsbeiträge, Dokumentationen schwer zugänglicher Texte, Flugblätter, Comics. Es ist in der Diskussion, dieses Info mit anderen Gruppen im Libertären Zentrum (Hungrige Herzen, Direkte Aktion, Theoriegruppe...) oder auch andere darüber hinaus gemeinsam herauszugeben.
Dieses Info soll in erster Linie dadurch finanziert werden, daß es zu einem "überhöhten" Preis (10, ermäßigt 5 Mark im Monat) abonniert werden kann. Der Überschuß finanziert die Arbeit des Projekts.
An die Stelle einer Vereinsmitgliedschaft tritt also vorläufig ein Abonnement, finanziell bedeutet es dasselbe.

Perspektiven

Von vielen Leuten wird die berechtigte Frage gestellt, ob nach der Ablehnung von RSP überhaupt noch Chancen für Freies Radio in Hamburg bestehen. Deshalb abschließend noch dazu eine kurze Einschätzung.
Damit es zu einer neuen Ausschreibung kommt, muß entweder ein bestehender Sender pleite gehen, wie es KORAH und 107 vorgemacht haben, es muß eine Lizenz durch die HAM (Hamburgische Anstalt für Neue Medien) entzogen werden oder es muß von der Post eine neue Frequenz bereitgestellt werden.
Mit einer Pleite ist in nächster Zeit nicht zu rechnen. RH und OK sitzen nach den Umfragen fest im Sattel, nach einer neuen (allerdings von Alsterradio und OK selbst in Auftrag gegebenen) Umfrage hat auch Alsterradio bei der älteren HörerInnenschaft eingeschlagen. Klassikradio hört zwar kaum jemand, dafür hat es aber die dicke Kohle (Bertelsmann) im Rücken. Das schwächste Glied in der Kette ist die Jazzwelle, weder mit Kapital noch mit Werbeeinnahmen reich gesegnet. Wie lange sie durchhalten, läßt sich nicht sagen; immerhin stieg gerade im Januar 92 der erste (Hamburger) Anbieter nach internem Gerangel zwischen Hamburger Jazzszene und Münchner "Jazzeitungs" - Fremdherrschaft aus der Jazzwelle + aus.
Vier der fünf Hamburger Privatradios sind rechtlich sehr bedenklich: Bei OK wurde die

Lizensierungsgrundlage Zweisäulenmodell (Trennung in eine kommerzielle Betriebsgesellschaft und eine gemeinnützige, das Programm bestimmende Anbieter-gemeinschaft) schrittweise aufgehoben, nach der Ansicht von Medienrechtlern ein Grund, die Lizenz zu entziehen.
Klassikradio hat seine Lizenz ohne öffentliche Ausschreibung bekommen, ein klassischer Fall von Schiebung. Die Jazzwelle hat ihre Lizenz gegen die Konkurrenz von RSP bekommen, obwohl RSP die Ausschreibungsbedingungen Gemeinnützigkeit, Pluralität und Stadtteilbezug viel besser erfüllt hätte. Alsterradio hat seine Lizenz ebenfalls ohne öffentliche Ausschreibung bekommen, sondern als Teil der Konkursmasse von 107 erschlichen, obwohl alle Lizensierungsgrundlagen (Zielgruppe, Art der Berichterstattung) nicht mehr gelten.
Obwohl das alles zum Himmel stinkt, wäre es eine echte Überraschung, wenn sich die Herren des Verfahrens einmal an die von ihnen selbst gemachten Gesetze hielten.
Bleibt als Hoffnungsträger hauptsächlich der dritte Fall, die Freigabe einer neuen Frequenz. Laut undichten Stellen aus dem Reich der Bundespost soll tatsächlich in Bälde eine solche (low - power, also Niedrig - Reichweiten-) Frequenz freigegeben werden. Daß es solche Frequenzen gibt, ist kein Geheimnis: Schließlich war es für HAM und Post auch kein Problem, für Klassikradio ganz plötzlich und unbürokratisch eine solche Lokalfrequenz aus dem Hut zu zaubern, als Bertelsmann dies wünschte. Denselben Gefallen tat sich die HAM selbst für den von ihr veranstalteten Offenen Kanal.
Daß diese Frequenz dann auch für Freies Radio zur Verfügung gestellt wird, muß natürlich erst noch erkämpft werden. Gerüchteweise will die HAM auf dieser Frequenz eine Filiale des Berliner News - Channel (Nachrichten rund um die Uhr, ähnlich wie im US - TV CNN) einrichten.

Die Basiswelle

Damit nicht genug, spielt noch eine weitere strategische Diskussion eine Rolle: Die Bündnisfrage.
Außer den in der Szene hinreichend bekannten Projekten Radio St Pauli (pauli, paula und ex) und Radio Freies Bergedorf gibt es noch Radio Winterhude, Radio Hamm, Radio Bizarr Willemsburg, Uniradio, Taxiradio, und Eldoradio, , die schwule Gruppe, die sich früher Pink Channel nannte. "Wir wollen eine Frequenz, die von verschiedenen Lokalradios gemeinsam genutzt werden kann," meint zumindest Radio Winterhude. Wer sich dieser Forderung anschließen wird, ist noch in der Diskussion.
Der Vorteil einer solchen Frequenzteilung wäre, daß für alle Beteiligten die Kosten jeweils erheblich sinken und die Durchsetzungschancen wegen der politischen Breite steigen. Der Nachteil wäre, daß die Frequenz insgesamt etwas profillos erscheinen könnte, also als eine Art verbesserter Offener Kanal. Es stellt sich die Frage, ob die HörerInnen bei einem solchen "Basiskanal" noch die verschiedenen Projekte auseinanderhalten könnten.
Außerdem wäre ein solcher gesplitteter Kanal nur realisierbar, wenn sich alle Projekte für die aufwendige Finanzierung auf Mitgliederbasis entscheiden, statt irgendwelchen Träumereien von "alternativer Werbung" nachzuhängen. Wie in dieser Frage die Würfel fallen, wird sich danach entscheiden, als wie groß die Basis für linkes, antikommerzielles, basisdemokratisches Radio in Hamburg einzuschätzen ist.

Radioplenum im Haus 3 vom 13.2.92



So oder ähnlich könnte ein Programm anfangen, in dem Frauen die Möglichkeit hätten, ihre Ansichten auszusprechen, selbst Sendungen zu machen und vieles mehr, ohne daß Männer ihnen dabei auf die Finger sehen. So könnte das Programm von radio st.paula anfangen.
radio st. paula besteht aus fast allen Frauen, die vorher bei radio st.pauli mitgemacht haben, und neu hinzugekommenen. Uns gibt es seit dem 14. Dezember 1991, seit auf der Mitgliederversammlung von radio st.pauli beschloossen wurde, daß die Hälfte des Gesamtprojektes in Zukunft ausschließlich Frauen zur Verfügung stehen wird. Das bedeutet eine inhaltliche und organisatorische Autonomie für beide Teile des Projektes. radio st.paula ist nicht radio st.pauli und umgekehrt; kein Projekt übernimmt die Verantwortung für das jeweils andere.
Für uns ist diese Trennung notwendig geworden, weil sich radio st.pauli zu einem Projekt entwickelt hatte, in dem das Verhalten und die Politik der meisten Männer uns eine feministische Arbeit unvorstellbar gemacht hatten.
Obwohl der Verbleib radio st.paula's im Förderverein radio st.pauli e.V. - d.h. unter einem Dach mit einem gemischtgeschlechtlichen Projekt - Widersprüche hervorbringt, waren wir nicht bereit, den Männern die Strukturen zu überlassen, die wir zu gleichen Teilen aufgebaut haben. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, daß es so gut wie immer die Frauen sind, die sich zurückziehen.
Feministische Radioarbeit bedeutet für uns nicht, uns auf sogenannte Frauenthemen zu beschränken. Vielmehr wird jedes Thema, über das wir als Feministinnen berichten werden, in dem Moment zu einem feministischen, in dem wir uns damit beschäftigen. Ein fertiges Konzept können und wollen wir im Moment noch nicht liefern. Unsere Diskussionen sind noch lange nicht zu Ende geführt. Klar ist nur, daß wir in jedem Fall senden werden. Ab April sind wir alle zwei Wochen für eine Stunde auf dem offenen Kanal zu hören. Den genauen Termin der ersten Sendung werden wir noch bekannt geben.

Als frisch geborenes Projekt fänden wir es natürlich prima, größer zu werden.
Wir treffen uns jeden Dienstag um 20h in der Roten Flora.

Hafenstraße

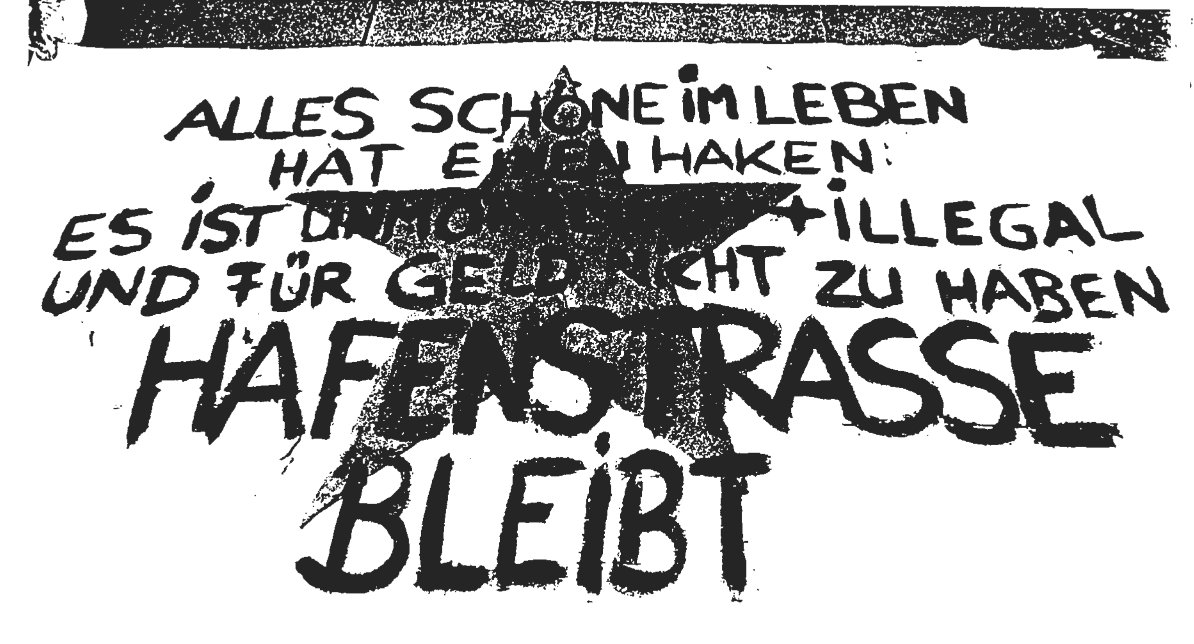
Hafenrand gegen Hafenstraße und kein Ende

Am 10. Februar hat die neue Runde in den gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Häuser in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße begonnen.
Die senatseigene Hafenrand GmbH stützt sich dabei auf das rechtskräftige Räumungsurteil gegen den Verein Hafenstraße, um jetzt dessen Untermieter aus den Wohnungen zu klagen.



Dabei geht das den Senat vertretende Rechtsanwaltsbüro Weiland und Partner wohnungsweise vor, so daß die 106 Untermieter einzelner Zimmer in 35 Räumungsverfahren einzelner Wohnungen gebündelt verklagt werden. Der Anfangsbuchstabe des Nachnamens desjenigen Untermieters, der als erstes im Alphabet erscheint, entscheidet darüber, zu welchem der 17 Mieterichter beim Amtsgericht die Klage verhandelt wird. So kommt es, daß einige Richter gleich mehrere Verfahren verhandeln und andere keins. Am 10. Februar gab der erste Richter Dr.Langenberg den Anwälten zu verstehen, daß er die Klage des Senats für aussichtsreich hält, die beiden nächsten Richter Lüker und Breuer dagegen sind der Meinung, die Untermietverhältnisse bestünden auf unbestimmte Zeit weiter. Zwischenergebnis: 5 Klagen abgewiesen, 3 kurz davor, 1 mit schlechten Aussichten, macht zusammen 9 zu 1 für den Hafen. In der zu erwartenden Berufungsinstanz vor dem Landgericht wird sich dann herausstellen, ob die drei dort über Mietesachen entscheidenden Zivilkammern die überwiegende Meinung der Amtsrichter bestätigen oder nicht. Bis dahin, voraussichtlich im Sommer, wird der Senat auf Gesprächsangebote des Hafens nicht eingehen, weil er die Räumung will.
Das also ist der aktuelle Stand (bei Red.-Schluß), aber um was geht es eigentlich ?

Juristisch dreht sich alles um einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 11.Juni 1991. Zitat:
"Der Mieter, der Wohnraum unmittelbar - ohne Dazwischentreten eines Dritten - vom Eigentümer mietet, genießt gegenüber einer Kündigung des Mietverhältnisses den gesetzlichen Mieterschutz. Von den Fällen der fristlosen Kündigung (vgl. §§ 553, 554 und 554a BGB) abgesehen, kann ihm der Vermieter nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat (§ 564b BGB).- (...)"
Nun folgt eine Begründung, warum das eine gute Sache ist. Der Mieter, der stattdessen von einem gewerblichen Zwischenmieter mietet, sei demgegenüber:
"(...) nicht in gleicher Weise geschützt. Sein Vertrag mit dem gewerblichen Zwischenvermieter wird als Untermietvertrag qualifiziert. Der Eigentümer kann von ihm nach § 556 Abs.3 BGB die Räumung verlangen, wenn das Mietverhältnis zwischen Eigentümer und Zwischenmieter beendet ist. Damit wird dem die Wohnung nutzenden Mieter nicht nur ein geringerer Schutz gewährt als dem Mieter, der die Wohnung unmittelbar vom Eigentümer gemietet hat. Der Schutz vor einem Verlust der Wohnung bleibt vielmehr auch hinter dem Schutz zurück, den der typische Untermieter genießt, der einen Teil der vom Hauptmieter genutzten Wohnung angemietet hat. Während der Untermieter in diesen Fällen mittelbar dadurch geschützt ist, daß der Eigentümer das Vertragsverhältnis zum Hauptmieter nur unter Einhaltung der Kündigungsschutzvorschriften beenden und der Hauptmieter sich gegebenenfalls auf die Sozialklauseln berufen kann, unterliegt das Vertragsverhältnis zwischen dem Eigentümer und dem gewerblichen Zwischenmieter nicht den Kündigungsvorschriften für Wohnraum. Das führt zu einer Lücke im Mieterschutz.- (...)"
Und das ist total ungerecht, denn:
"(...)Gründe, die eine so weitgehende Schlechterstellung des Mieters im Falle der gewerblichen Zwischenvermietung rechtfertigen könnten, sind nicht ersichtlich.(...)In welcher Weise die Fachgerichte dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichbehandlung solcher Mieter Rechnung tragen, ist nicht vom Bundesverfassungsgericht zu entscheiden."
Weil damit eigentlich alles gesagt ist, steht es jetzt 9:1 für den Hafen. Die Senatsanwälte haben natürlich völlig Recht, wenn sie behaupten, daß die Verfassungsrichter nicht die HafenstraßenbewohnerInnen schützen wollten. Aber es ist eben ihr Pech, daß der Richterspruch genau paßt. Mit einem einzigen Argument könnte der Senat allerdings in der Berufung noch gewinnen: Der Pachtvertrag mit dem Verein Hafenstraße wurde <u>fristlos</u> gekündigt mit der Folge, daß es auf Kündigungsschutzvorschriften nicht mehr ankam.



Die RAF-Stasi-Connection - Ein Buch

Eigentlich ist das Thema schon vom Tisch. Der Vertrieb des Buches der beiden Monitor-Redakteure Müller und Kanonenberg, welches im Rowohlt-Verlag (Berlin) herausgebracht wurde, ist per einstweiliger Verfügung durch eine im Buch erwähnte Frau unterbunden worden. Das heißt vom Verlag aus gelangen keine Bücher mehr in den Groß- und Buchhandel.
Es ist auch nichts besonderes, daß inhaltlich schlecht recherchierte Bücher erscheinen, die suggerieren, sie hätten wichtige politische Ereignisse im nachhinein aufgeklärt, in Wahrheit aber nur unbelegbare Spekulationen präsentieren und den Gesamtzusammenhang keinesfalls vorurteilsfrei behandeln oder erhellen, sondern Herrschaftsinteressendienen dienen. Zu diesen Büchern gehört die RAF-Stasi-Connection.
Mit massiver Werbung, auf der ersten Seite der taz über Tage, in der Konkret und in allen vielgelesenen Zeitungen der BRD und einem Titel, der sowohl die Ängste der Ostdeutschen (Stasi), als auch der bürgerlichen BRD-Gesellschaft(RAF) bedient und in einem Satz bündelt, war ein guter Verkauf zu erwarten.
Nicht umsonst war die Neugründung des Rowohlt-Verlages Berlin darauf gerichtet den ostdeutschen Markt zu bedienen (siehe dazu das Lang-Buch über Mielke). Von der vermeintlichen Progressivität des Hamburger Rowohlt Verlages ist in Berlin wenig zu spüren. Im Gegenteil.

Zum Buch
Vorweg: Niemand bestreitet, das es RAF-Stasi Kontakte gegeben hat. Die FRage ist nur, wie mensch sie interpretiert und was damit für den RAF-Widerstand in der BRD intendiert werden soll, nämlich eine Fremdsteuerung der RAF durch den MfS, also eine externe Macht. Als hätte es in diesem Staat nicht genug-Gründe zum Widerstand gegeben.

Das Buch baut auf der Spekulation, denn mehr ist es nicht, auf, daß Inge Viett, damals Bewegung 2. Juni, seit Mitte der 70ziger Jahre informelle Mitarbeiterin der Stasi war.Das meint, das die Stasi zuerst über die Bewegung 2.Juni und über deren Kontakte zur RAF Einfluß auf das Agieren der beiden Gruppen nahm, wobei sich der Einfluß beim Zusammenwachsen der beiden Gruppen verstärkte.
Je nach Einschätzung der politischen Weltlage oder des deutsch-deutsch Verhältnisses durch die DDR, ließ der MfS Aktionen der beiden Gruppen klappen, verhinderte sie durch Gespräche oder sogar durch Verrat an westliche Geheimdienste.Im Südjemen saß zu dieser Zeit die im Buch stets sogenannte "Schöne Frau", laut Müller/Kanonenberg ebenfalls IM der Stasi und anderer Geheimdienste, auch westlicher. Diese "Schöne Frau" erreichte die einstweilige Verfügung gegen das Buch.
So hing die RAF und der 2. Joni durchsetzt und betreut von Stasi-Mitarbeiterinnen an den Fäden der Stasi/DDR und war zu einem authentischen Widerstand in der BRD nicht fähig.
Dies suggeriert das Buch.

Eigentlich alles, von Ausbrüchen in Moabit (Knastpläne angeblich vom Stasi geklaut), Anschlägen auf General Kroesen, Verhaftungen in Bulgarien, die Vorbereitung von Anschlägen vor der Bundestagswahl 1980, das Auffliegen von konspirativen Wohnungen in Paris, ein Autounfall, bei dem zwei RAF-Mitglieder umkamen und die Verhaftung der Komandoebene der RAF 1982, gehen nach dem Buch auf Stasi-Einflüsse zurück. Das auf 250 Seiten aufgeblasene Buch liefert masenhaft altbekanntes, das einen neuen Drive bekommen soll, indem ein "Welt"schnipsel zitiert wird, der wiederum auf die Aussage eines CIA/BND-Agenten zurückgehen soll, der in Ost-Berlin tätig war, und selbst die Bedeutung des Tarnnamens IM "Maria" nicht kannte, der aber nun mit Inge Viett in Verbindung gebracht wird.



Von Stasi-Offizieren, Inge Viett oder anderen RAF-Kadern gibt es dazu keine Aussagen, Akten ebenfalls nicht. Die andere IM, die "Schöne Frau", bekam die einstweilige Verfügung gegen das Buch durch.
Aber nur diese beiden Annahmen halten alles weitere an Konstrukten aufrecht.
Es ist nur leider immer schlecht, nicht belegbare Vorgänge als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen und Schlußfolgerungen zunehmen, oder wie es die Autoren mit ihrem Lieblingsstatement formulieren "darüberläßt sich trefflich spekulieren", um dann umstandslos zu dem Satz "das ist die einzige logische Schlußfolgerung" zu kommen.
Desweiteren wird ein Kübel Häme über die AussteigerInnen ausgeschüttet, die sich in die kleinbürgerliche DDR zurückzogen, anstatt in Stammheim zu vermodern, sich dem finalen Todesschuß auszusetzen oder in der süjemenitischen Wüste zu buddeln. Eine ekelhafte Arroganz.
Eine interessante These ist auch die Spekulation, die Hälfte der RAF-Kader der 2. Generation wäre dabei erwischt worden, für Boock Drogen zu besorgen und hätte sich dafür nach Amsterdam begeben. Als wären im Südjemen keine Drogen zu bekommen.

Ende

Zwar wird niemand bestreiten, daß die RAF einige Leichen im Keller hat, die einer zwingenden Aufbearbeitung bedürfen. Dieses Buch aber, eine aifgeblasene Spekulation, bringt dabei kein Stück weiter. Im Gegenteil, es versucht über den Moloch Stasi, VerräterInnen, Drogen den bundesdeutschen Widerstand, wovon die RAF ein Teil war/ist, zu diskreditieren und ihm eine komplette Fremdsteuerung zu unterstellen.
Der Widerstand entsprang also nicht den realen BRD-Gesellschaftsverhältnissen, sondern den Kämpfen der Machtblöcke und der Unterstützung der menschenverachtenden Stasi.
Nichtsdestotrotz wäre es wünschenswert, mal etwas authentischeres aus RAF-Kreisen zu hören. Das Papier der RZ zu Gerd Albartus ist dabei ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Nachfolgend dokumentieren wir in deutscher Übersetzung eine Erklärung zum Hungerstreik der Gefangenen von Action Directe:

Die französischen Bürgerrechte, sowie die europäischen juristischen Anstrengungen wollen den täglichen Rassismus rechtfertigen. Die Doppelstrafe (Knast und Abschiebung der Emigranten), das Recht auf Asyl sowie das Schengener Abkommen haben die Konsolidierung der Nord-Süd-Abschottung zum Ziel; eine juristische Mauer, um auf andere Weise Krieg zu führen. Die Charterflüge von Pasqua (franz. Innenminister 1986) wurden so institutionalisiert und die Politiker, links-rechts, rechts-links im Gleichschritt, haben diese willkürliche Politik einer imperialistischen Führung geschwungen wie ein Recht.
Die Abschiebelager durchlaufend, unter dem Schlag der "absoluten Wichtigkeit" (sic !), oder direkt aus dem Gefängnis in das Flugzeug, der Fremde, der Immigrant, werden unsere Brüder verhöhnt in Ihrer Menschenwürde, in Ihrer Freiheit, menschlichen Schönheit: Abschiebung !

Das Recht auf Asyl zerfetzt von den bürgerlichen Demokratien durch die schändliche Doppelstrafe, die Barbarei des "Marktgesetzes", das die Menschen aufteilt in "gute oder schlechte" Rassen, "gute oder schlechte" Immigranten.
Angesichts dieser Unterdrückung, der Repression und der dadurch bewirkten Ausbeutung kann die Passivität nichts anderes sein als die komplizenhafte Billigung der kapitalistischen Diktatur und ihrer immer faschistischeren Methoden.

Diesen Monat Januar 1992 unseres abwechselnden Hungerstreiks gegen die Klassenjustiz und gegen das Gefängnis, den wir seit dem 2. Januar 1991 führen, widmen wir der seit zwei Jahren engagierten Aktion des Komitees gegen die Doppelstrafe, den freien und gefangenen Hungerstreikenden im Kampf für die Abschaffung dieses ungerechten Gesetzes und den kurdischen Streikenden für die Rückgewinnung des Rechts auf Asyl.
Zurückhaltend aber mit Kraft wollen wir so unsere Solidarität und unsere revolutionäre Hochachtung all denjenigen bezeugen, die innerhalb und außerhalb der Mauern gegen die Unterdrückung und Ausbeutung Ihres Lebens kämpfen.

Kampfkomitee der Gefangenen von Action Directe

Verkehr(t), Teil 2:Radfahren

RadfahrerInnen haben es nicht leicht in dieser Stadt, das ist ja bekannt. Daß mensch sein Recht erkämpfen muß und im Leben nichts geschenkt bekommt, ist ebenso bekannt. Deshalb kann die Frage aufrechter RadlerInnen nur sein: **Wie fahre ich schnell und offensiv Fahrrad, ohne unter die Räder (der Autos) zu kommen ?**
Ohne Verstöße gegen die Alte Straßenverkehrsordnung, die alle menschlichen Bedürfnisse dem fließenden Autoverkehr unterordnet, ist das nicht zu machen. Im Gegensatz zu FußgängerInnen, den wirklich armen Schweinen im Straßenverkehr, haben die RadfahrerInnen aber ein den AutofahrerInnen im Stadtverkehr überlegenes Verkehrsmittel zur Verfügung, daß ständig verbessert wird. Wer häufig Rad fährt und über ein stadttaugliches Modell verfügt, wird schnell feststellen, daß mensch zumindest während der Hauptverkehrszeiten schneller vorankommt als AutofahrerInnen, vor allem dann, wenn die Parkplatzsuche mitgerechnet wird und RadfahrerInnen einige Standardregeln beachten, die zwar nicht erlaubt, aber weit verbreitet sind. Solche Ordnungswidrigkeiten werden immer weniger verfolgt, je mehr Leute sie begehen. Beispiele sind: als FußgängerIn bei Rot über die Kreuzung, als FahrradfahrerIn verkehrt rum durch die Einbahnstraße.

1. Nach oben treten, nach unten kuschen !
Wenn Du auf dem sogenannten Radweg im 21.Gang so richtig in Fahrt kommst und mit den Autos mithalten kannst, dann ärgere Dich nicht über die Oma mit dem Dackel, die einfach auf den Radweg läuft und Dich zu einer Vollbremsung zwingt. Der Fußweg ist eng genug und gehört den FußgängerInnen. Die haben ein Recht zu träumen oder einfach stehenzubleiben. Benutz den Radweg nur, wenn Du langsam fahren willst, weil Du zB gerade einen Kasten Bier transportierst.

2. Fight The Power !
Denk daran, daß Radwege auf die Straße gehören und Du sowieso, wenn Du so schnell wie ein Auto fährst. Auf der Straße kommst Du schneller voran, auch wenn Dich die Autos anhupen und wegdrängen. Entscheide jedes Mal, ob Du Dich dafür fit genug fühlst, denn es herrscht Krieg auf Deutschlands Straßen. Aber wer sich nicht wehrt, fährt verkehrt. Ein leichter Tritt gegen die Tür genügt meistens, um Dir Platz zu verschaffen. Aber achte darauf, wie der Fahrer reagiert. Einige haben schon eine Schußwaffe gezogen, zumindest aber den/die RadfahrerIn verprügelt. Versucht der Fahrer, Dich abzudrängen, fahr auf den Radweg und ruf laut um Hilfe oder verpiß Dich. Immerhin hast Du kein Nummernschild. Falls Du Bock auf die Auseinandersetzung hast, ist der günstigste Zeitpunkt dafür dann, wenn der Fahrer versucht, aus- zusteigen. Du kannst gegen die Tür treten oder ihn irgendwie einklemmen, aber check das Kräfteverhältnis vorher. Beim Losfahren mit dem Rad ist jeder Läufer schneller.

3. Soziale Verteidigung
Geparkte Autos werden häufig beschädigt, wenn sie auf Rad- und Fußwegen geparkt werden. Das ist auch kein Wunder, denn nicht jede/r RadfahrerIn trifft auf Anhieb die kleine Lücke, die noch übrig ist. Effektive Normverdeutlichung bedeutet aber nicht, abzusteigen und den Wagen zu zerlegen. Andererseits langt es einigen in ihrer Wut nicht aus, nur einen Außenspiegel zu verdrehen. Der/die eine verklebt "Parke nicht auf unseren Wegen", verliert aber viel Zeit und auch Geld dabei. Der/die andere versucht, einen Fußabdruck auf dem Lack zu verewigen oder mit dem Schlüsselbund einen neuen Rallyestreifen anzubringen. Neben Sprühaktionen werden auch Antennen und Scheibenwischer auf Biegen und Brechen getestet. Luftablassen ist dagegen meist ein Eigentor, denn der Wagen soll doch da weg, wo er steht. All das, auch das Luftablassen, gilt als strafbare Sachbeschädigung. Nicht strafbar ist dagegen, wer im Vorbeifahren versehentlich einen Wagen leicht schrammt und das nicht mal merkt (sonst unerlaubtes Entfernen vom Unfallort). Keine Sachbeschädigung begeht wohl auch, wer statt umweltfeindlichem Farbspray Theaterblut, Kot oder Urin auf dem Wagen deponiert.
Eins muß trotz verständlicher Wut aber klar sein: Blinder Vandalismus ist immer kontraproduktiv. Die zu vermittelnde Message an die, die in Ihrer Parkplatznot ihre Interessen gegen die Interessen anderer gewaltsam durchsetzen, indem sie ihre Karre mitten auf Rad- und Fußweg stellen, ist:



Damit kommt ihr nicht durch, das kommt euch auf die Dauer teurer! Wo noch genug Platz bleibt, kann mensch ruhig mal Verständnis für Falschparker zeigen, schließlich machen RadfahrerInnen nicht Polizeiarbeit. **RadfahrerInnen wollen durchkommen und nicht rechthaben !**

4. Nochmal nach oben treten !
Nicht jede soziale Verwarnung kommt beim Falschparker an. Vor allem die modernen Flippspiegel der teureren Autos lachen einem da höhnisch ins Gesicht, wenn sie in ihre Ausgangsposition zurückklappen. Ein Fahrradkurier wurde dabei gesehen, wie er, ohne sein Tempo zu verringern, so an einem Außenspiegel eines auf dem Radweg quergestellten Autos vorbeifuhr, daß er ihn mit seiner Armbeuge erwischte. Im Moment der Berührung zog er die Armbeuge blitzschnell hoch und der Außenspiegel fiel erst einige Meter weiter auf den Boden, ohne daß es jemandem aufgefallen wäre. Anscheinend sind die Dinger auf Druck von unten nicht vorbereitet. Wissen ist Macht.

5. Lebe wild und gefährlich, RadfahrerIn !
Wer bei Rot über die Ampel fährt, fährt besser über den Fußweg. Wenn Du erwischt wirst, kannst Du nur wie ein/e FußgängerIn bestraft werden, was außerordentlich billiger kommt. Animier dazu keine Kiddies, denn die checken noch nicht, wann die Rennstrecke wirklich frei ist. Fahr wie Du willst, wo Du willst, nur nicht auf Kosten Schwächerer.

6. Laß Dich nicht erwischen !
Wenn die Bullen Dich anhalten wollen, denk dran, daß sie Dich mit einem einzigen Streifenwagen kaum stellen können und es einfach peinlich ist, wegen einem/r RadfahrerIn Verstärkung anzufordern. Fahr danach aber nur Schleichwege, denn sie werden versuchen, Dich irgendwo abzupassen. Notfalls such Dir einen Hinterhof, schließ da Dein Rad an und geh zu Fuß weiter, wenn Du nicht genau gesehen wurdest. Mach Deine Jacke auf und zieh die Handschuhe aus.
Laß Dein Rad nicht von den Bullen registrieren, denn sonst können sie Dich kriegen, wenn sie Dein Rad haben. Es langt, wenn nur Du Deine Rahmennummer kennst. Die Kannst Du bei einem Diebstahl Bullen und Versicherung immer noch mitteilen, um Kohle zu kriegen. Dein Rad ist sowieso weg, die Aufklärungsquote liegt unter 8%.

7. Bildet Banden !
Tauscht Eure Erfahrungen aus, gebt Tips und Tricks weiter, zB für die nächste Ausgabe des Schanzenlebens. Nutzt die Fahrrad-Inis (zB Autonome oder Grüne RadlerInnen) für Öffentlichkeitsarbeit. Die sammeln auch wichtige Infos und Verkehrsurteile und kennen die rechtliche Situation. Organisiert gemeinsame Aktionen; Fahrraddemos sind schnell und geil.
Es lebe die Fahrrad-Spaßguerrilla !
!Viva la guerrilla divertida de bici!

Eure ShiMano Negra

Verlorene Träume?
Zum Friedensvertrag in El Salvador

Beide Kriegsparteien, die Regierung und die Befreiungsbewegung FMLN, preisen auf langen Listen ihre Erfolge. Und beide Seiten haben sich auf erhebliche Kompromisse eingelassen. Die Regierung auf Druck des großen Bruders im Norden, die FMLN infolge eines politischen Kalküls, da die Weiterführung des Krieges wohl kaum ein glückliches Ende mit der Beseitigung der politisch-sozialen Antagonismen gebracht hätte. Doch wer ist jetzt Sieger und wer Besiegter? Seit kurzem liegen uns die erzielten Vereinbarungen im Wortlaut vor. Deutlicher, als es sich die FMLN und die oppositionellen Volksorganisationen erhofften, offenbaren sich da Gefahren und Risiken für die Zukunft des Landes, und dicke Kröten, die die FMLN schlucken mußte. Doch werden erst die nächsten 9 Monate zeigen, ob sich die optimistischen Erwartungen des salvadorianischen Volkes auf eine Verbesserung ihrer Situation erfüllen. Bis dahin nämlich sollen die wichtigsten Verhandlungsergebnisse umgesetzt sein.

"I feel absolutely terrific."
US-Botschafter Wiliam Walker
"Für die Konsolidierung des Friedens in einem Rechtsstaat."
Widmung von Präsident Cristiani unter dem Friedensvertrag von Chapultepec
Als sie die Aufforderung der Regierung "Das Licht des Friedens ist gekommen! Zündet am 16.Januar bei Euch zuhause eine Kerze an!" hörte, lachte die Frau in der Hütte am Bahngleis: "Wir zünden immer Kerzen an. Eigentlich hätten wir gerne elektrisches Licht."

Szenen der Versöhnung nachdem das Verhandlungswerk vollbracht und der umfassende Friedensvertrag unter Dach und Fach gebracht sind: Am Vormittag des 1.Januar in New York besucht der FMLN-Feldkommandant Raul Hercules den US-Unterstaatssekretär für Lateinamerikafragen Bernard Aronson. Aronson revanchiert sich mit dem Vorschlag, sogleich das FMLN-Generalkommando aufzusuchen. Später kommentiert Aronson den Gedankenaustausch: "Es war wichtig, sie wissen zu lassen, daß auch für uns der Krieg zu Ende ist." Oder: Nachdem die Präsidenten, die Presse und die meisten Gäste den Saal im Schloß von Chapultepec in Mexico-Stadt verlassen hatten, umarmte die Präsidentengattin Margarita de Cristiani jeden der FMLN-Oberkommandanten einzeln.

Die Szenen wären kitschig, markierten sie nicht nach über 10 Jahren Krieg und Zehntausenden von Toten einen Bruch und den Beginn einer neuen Zeit in El Salvador.

Was aber die neue Zeit bringen wird, ist noch völlig offen. Ende Oktober 92, wenn die Umsetzung des umfangreichen Friedensvertrages weitgehend abgeschlossen sein soll, wird mensch mehr dazu sagen können. Dann wird sich auch herausgestellt haben, ob Shafik Handals Vorhersage in seiner Rede namens der FMLN am 16.Januar eingetroffen sein wird: "Von jetzt ab wird die ganze Nation die Hauptrolle spielen in ihrer eigenen Veränderung."

Die Tinte unter den Verträgen war noch nicht trocken, da zählten die kriegsführenden Parteien die Errungenschaften auf, die sie im Krieg und in den zähen Verhandlungen erkämpft haben, da hagelte es Warnungen vor den Tücken der jetzt angebrochenen Übergangszeit, da brach aber auch Freude aus unter den Menschen in den Dörfern und Städten El Salvadors.

Für uns als BeobachterInnen und gelegentlich TeilhaberInnen an den Höhen und Tiefen des salvadorianischen Befreiungsprozesses stellt sich zunächst die Frage, war steht genau drin in den Friedensverträgen, wie sehen die Hintergründe einzelner Vereinbarungen aus und was läßt sich, davon ausgehend für die Zukunft erwarten?

Säuberung der Streitkräfte

Betrachten wir also einige wichtige Punkte des Friedensvertrages:
Das Kapitel über die Streitkräfte ist erwartungsgemäß umfangreich geworden, war dieses Thema doch 20 Monate und 24 Verhandlungsrunden lang das schwierigste, dasjenige, bei dem Regierung und Armee am nachhaltigsten geblockt und die FMLN mit Konzessionen und immer neuen Vorschlägen Initiativen ergriffen hat. Wenn die neue Doktrin der Streitkräfte El Salvadors zum Tragen kommt, wird sich Lateinamerika einen Schritt wegbewegt haben von der berüchtigten Doktrin der Nationalen Sicherheit. Die Aufgabe der Armee wird beschränkt auf den Schutz der Souveränität und des Territoriums. Die öffentliche Sicherheit fällt nicht mehr in ihre Kompetenz - außer im Falle eines erklärten Ausnahmezustandes. Damit die neue Doktrin aber zum Tragen kommen kann, sieht der Friedensvertrag einige Veränderungen in den Streitkräften vor.

Für die Säuberung der Streitkräfte wird spätestens 105 Tage nach Beginn des Waffenstillstandes am 1.Februar 1992 eine Ad-hoc-Kommission eingesetzt. Das Instrument geht auf einen Vorschlag der Vereinten Nationen vom November 1990 zurück und es war lange umstritten, ob Militärs daran teilhaben und ob unter den Mitgliedern der Kommission auch Ausländer sein sollen. Jetzt steht fest: es werden drei SalvadorianerInnen mit einwandfreiem demokratischem Leumund sein. Auf Vorschlag des UN-Generalsekretärs wurden auch bereits die beiden Gründungsmitglieder der salvadorianischen Christdemokratie Abraham Rodriguez und Eduardo Molina sowie Reynaldo Galindo Pohl ernannt. Die beiden Offiziere, die an der Ad-Hoc-Kommission beteiligt werden, sollen nur bei den Beratungen, nicht aber bei den Untersuchungen und Schlußfolgerungen dabei sein.

Die Kommission wird die Offiziere und gegebenenfalls auch Unteroffiziere "evaluieren", d.h. ihren Umgang mit den Menschenrechten und Rechtsordnung, ihre berufliche Kompetenz und ihre Fähigkeit, mit der neuen Realität umzugehen, überprüfen. Fällt die Kommission ein negatives Urteil, hat sie recht bescheidene Sanktionen zur Verfügung: Versetzung oder Entlassung. Entlassene Offiziere sollen eine Entschädigung in Höhe eines Jahresgehaltes bekommen. Außerdem wird es Programme für ihre Reintegration ins Zivilleben geben. Im wesentlichen wird die Säuberung also mit Mechanismen vollzogen. die die salvadorianische Armee schon immer benutzt hat. So gab es auch Anfang diesen Jahres routinemäßige Umsetzungen. Dabei wurde der berüchtigte Kommandeur der 1. Infanteriebrigade, Oberst Elena Fuentes zum "Mittelamerikanischen Verteidigungsrat" (CONDECA) nach Guatemala versetzt. Damit ist nach vorherrschender Interpretation begonnen worden , die von der US-Regierung vorgelegte Säuberungsliste abzuarbeiten.



Amnestie?

Eng verbunden mit der Frage der Säuberung ist natürlich die der Amnestie. Logischerweise könnte eine Amnestie frühestens nach Beendigung der Arbeit der AD-Hoc-Kommission und der Wahrheitskommission (diese ist bereits im April letzten Jahres vereinbart worden. Auch ihre Mitglieder stehen bereits fest: Belisario Betancur, vormaliger Präsident Kolumbiens, Reinaldo Figuereda, ehemaliger Außenminister von Venezuela und Thomas Buergenthal, Präsident des Interamerikanischen Menschenrechtsinstituts der Organisation Amerikanischer Staaten. Die Wahrheitskommission soll in sechsmonatiger Arbeit die gravierendsten Menschenrechtsverbrechen aufarbeiten. Bis heute ist freilich nicht klar, welche Fälle besonders untersucht werden sollen. Die rechtextreme Tageszeitung "La Prensa Grafica" hat zuletzt, am 24.1.92, die Ermordung von Erzbischof Romero, das Massaker von El Mozote, die Ermordung der sechs Jesuiten und ihrer beiden Hausangestellten sowie die Fälle von Rodriguez Porth und Francisco Guerrero, die mutmaßlich FMLN-Attentaten zum Opfer gefallen sind, genannt. Es ist wohl davon auszugehen, daß die Wahrheitskommission "symmetrisch" vorgehen wird.), also gegen Ende des Jahres verabschiedet werden. Indem aber vor dem 1.Februar die "TerroristInnen" der FMLN amnestiert werden mußten, auf daß sie in der Friedenskommission COPAZ und ihren Unterkommissionen mitarbeiten kann, verhandelte die Interpartidaria (Gremium aller im Parlament vertretener Parteien) drei Tage lang, um dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten, der dann am 23.Januar als "Gesetz zur Nationalen Versöhnung" verabschiedet wurde. Der Vorschlag der Opposition, zuerst FMLN-Kommandanten und -KämpferInnen, Kriegsverletzte der FMLN und die politischen Gefangenen zu amnestieren und Militärs erst nach Abschluß der Arbeiten von Ad-Hoc- und -Wahrheitskommission, konnte sich nicht durchsetzen. Herausgekommem ist stattdessen ein Gesetz, das annähernd einer Generalamnestie gleichkommt, indem zunächst nur die von der Wahrheitskommission zu bearbeitenden Fälle und jene, die bereits vor Schwurgerichten abschließend verhandelt wurden, ausgenommem werden. Das ist erheblich weniger als das, was sich z.B. die FMLN und die Erzdiözese von San Salvador unter Vergangenheitsbewältigung vorgestellt haben. So sagte Weihbischof Rosa Chavez am Tag der Vertragsunterzeichnung: "Wegen seiner politischen Verbindungen mit den Gruppen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, wird Präsident Cristiani versucht sein, sich für Vergeben und Vergessen auszusprechen. Wir würden die Option der Gerechtigkeit vorziehen und danach, wenn nötig, verzeihen." Und Comandante Joaquin Villalobos: "Es muß Wahrheit geben und Gerechtigkeit, und dann Verzeihung."





Reduzierung der Armeen

Bezüglich der Truppenreduzierung, mit der neben der Säuberung die veränderte Rolle der Streitkräfte materialisiert werden soll, konnte der Armee im Vertrag von New York ein grundsätzliches Einverständnis abgerungen werden (25.9.91). In der Zusatzvereinbarung zu diesem Vertrag band sich die FMLN aber in dieser Frage die Hände: dort wurde nämlich vereinbart, daß die Regierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen spätestens bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes einen Plan über den Truppenabbau vorzulegen hat, der dann der FMLN zur Kenntnis gebracht wird.

Damit waren die aktuelle Truppenstärke als Ausgangspunkt der Berechnungen und der Umfang der Reduzierung aus den Verhandlungen herausgenommen. Am 10.1. legte die Regierung dann ihren Plan vor - und siehe da: die Streitkräfte hatten plötzlich 63.175 Mann unter Waffen und 3.325 Offiziere. Reduziert werden soll das Ganze innerhalb von zwei Jahren auf 31.000 Soldaten und 2.300 Offiziere. Die FMLN war von einer Ist-Stärke der salvadorianischen Streitkräfte von ca. 35.000 Mann ausgegangen und stellte fest, daß im Personalplan für 1990 2086 Offiziere angegeben waren. Von Reduktion kann also kaum die Rede sein, schon gar nicht, wenn Mensch sich daran erinnert, daß es 1978 7.000 und 1981 auch "erst " 20.000 Soldaten gab.

Während die Auflösung der Zivilverteidigung und der "Patrullas cantonales" (eine Form des Reservedienstes, die abgeschafft und durch ein neues Gesetz ersetzt werden soll, nach dem die Reserve keine Funktion mehr in der öffentlichen Sicherheit und Bevölkerungskontrolle haben soll) unproblematisch und die Auflösung der Nationalgarde und der Finanzpolizei (über die Nationalpolizei s.u.) schon seit längerem vereinbart war, wurde in der **allerletzten Verhandlungsrunde Anfang Januar noch einmal heftig um die Auflösung der Elitebataillone, genauer gesagt um den Zeitplan gerungen.**

Haben Regierung und Armee immer wieder mit mit Symmetrien hantiert, etwa bei der Gleichsetzung von FMLN mit der nicaraguanischen Contra oder beim Aufrechnenwollen von Staatsterror gegen Verletzungen der Genfer Kriegskonventionen seitens der FMLN, so wollten sie in der Frage der Truppenreduzierung bzw. FMLN-Demobilisierung ganz und gar nichts von Symmetrie wissen. Unter dem Druck der US-Regierung mußten sie ein wenig nachgeben, weil eine Auflösung der militärischen Strukturen der FMLN ganz ohne Preis einfach nicht zu haben war. Trotzdem ist der Zeitplan für die FMLN ungünstig: neun Monate für ihre Demobilisierung gegenüber 24 Monaten für den Truppenabbau, der keiner ist. Während in den ersten drei Monaten nach Beginn des Waffenstillstandes mindertens 20 % der FMLN-KämpferInnen die Waffen niedergelegt haben müssen, beginnt die Auflösung der Elitebataillone erst ab dem 6.Monat. Das berüchtigte Atlacatl-Batallion wird als drittes (nach dem Belloso und dem Aronal und vor dem Bracamonte und Arce) erst im 8. Monat aufgelöst - zu einem Zeitpunkt, da sich schon 80 % der FMLN-KämpferInnen ins zivile Leben integriert haben werden.

Das System der Truppentrennung zwischen Regierungsstreitkräften und der FMLN-Armee "Nationales Heer für die Demokratie" (abgekürzt END) und der Wiedereingliederung der FMLN-KämpferInnen ist ausgefeilt. In einer ersten Phase zogen sich beide Seiten an 100 bzw. 50 Standorte zurück. Ab dem 6.Februar begann dann die zweite Phase: die Armee begibt sich in "Friedenspositionen", die END-Truppen mit sämtlichen Waffen, Munition, Minen, Sprengstoff und Militärausrüstungen, einschließlich des klandestinen Materials an 15 Orte. Dort werden die ganzen Ausrüstungen mit Ausnahme der persönlichen Waffen der KämpferInnen unter Verschluß genommen (einen Schlüssel hat der ONUSAL-Offizier, den anderen der lokale FMLN-Kommandant). Zwischen dem 15. und 31. Oktober 1992 wird dann die FMLN unter ONUSAL-Aufsicht besagte Waffen vernichten. Unter diesen Umständen ist die FMLN-Rede vom "bewaffneten Frieden" durchaus zweideutig.

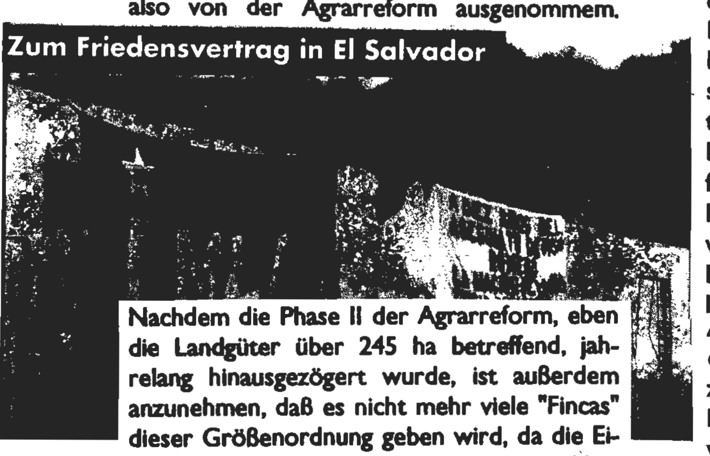
Polizei

Der lange Marsch der FMLN von der radikalen und logischen Forderung, beide Streitkräfte in einem parallel verlaufenden, schrittweisen Prozeß abzuschaffen. bis zu einer möglichen, aber nicht vorab quantifizierten Beteiligung von ehemaligen FMLN-Kämpferinnen an der neu zu schaffenden Zivilen Nationalpolizei (PNC) war mühselig und für die FMLN-Führung und -Basis sicherlich gleichermaßen schmerzlich, wirft aber ein Licht auf das reale Kräfteverhältnis, von dem bei der Fortsetzung des Befreiungskampfes mit anderen Mitteln auszugehen ist. Im Einzelnen sehen die Übergangsbestimmungen der Vereinbarung über die PNC, die zwei Jahre und neun Monate gelten werden, vor, daß ehemalige Mitglieder der (alten) Nationalpolizei nach einer "Evaluierung" durch den Generaldirektor der PNC in die neu zu schaffende Nationale Akademie für Öffentliche Sicherheit aufgenommem weden können, wenn sie darüber hinaus die allgemeinen Zugangsbedingungen erfüllen. Ebenso verhält es sich mit ehemaligen KämpferInnen der FMLN. ONUSAL wird dabei prüfen, daß die Interessenten "wirklich und endgültig den bewaffneten Kampf aufgegeben haben" - wobei im 500.Jahr der Eroberung Lateinamerikas vor allem die Optik von spanischen Armeeoffizieren zum Tragen kommen wird. Die Zugangsbedingungen werden im Einzelnen noch von der Friedenskommission COPAZ erarbeitet. Fest steht, daß AnwärterInnen für den einfachen Dienst neun Jahre Schulbildung (PolizeibeamtInnen) bzw. Abitur (Hauptwachtmeister) haben müssen, für den gehobenen Dienst drei Jahre Universität und für den höheren Dienst eine abgeschlossene Hochschulausbildung. Beim einfachen Dienst werden das Bildungsniveau und der zukünftige Einsatzort berücksichtigt. Wer die Zugangsbedingungen zunächst nicht erfüllt, kann sich in Kursen auf die Aufnahmeprüfung zur Polizeiakademie vorbereiten. Ob diese Übergangsregelung auch für den gehobenen und höheren Dienst gilt, steht nicht in dem Vertrag. Für die ersten sechsmonatigen Grundkurse sollen 24 Monate lang jeden Monat 330 RekrutInnen aufgenommen werden. "Die Auswahl wird so geschehen, daß die Mehrzahl der RekrutInnen nicht direkt am bewaffneten Konflikt teilgenommen hat und daß die Beteiligung von Ex-KämpferInnen der FMLN nicht höher ist als diejenige von ehemaligen Mitgliedern der Nationalpolizei und umgekehrt." In den vormaligen Konfliktzonen sollen besondere Regelungen gelten, die der Versöhnung und einem stabilen Übergang zuträglich sind. So sollen sich dort die Polizeieinheiten aus AbsolventInnen der Polizeiakademie unterschiedlicher Herkunft zusammensetzen. Die dapartamentalen Polizeiführungen sollen in Absprache mit COPAZ ernannt werden.

Soviel zu der Quote an der künftigen Ordnungsmacht, die die FMLN erreicht hat. Comandante Shafik Handal hat unmittelbar nach der aufregenden Silvestermacht bemerkt, daß ein Gleichgewicht beim Aufbau der neuen PNC gewährleistet sei.

Ökonomische Schwachstellen - verlorene Träume?

Tatsächlich hängt die Beurteilung des Friedensvertrages vom Blickwinkel ab. Wenn wir die Schwachstellen des Vertrages aufzeigen, so nicht um die Errungenschaften des Befreiungskampfes wegzureden, sondern um auf die Gefahren der Zukunft hinzuweisen.
Zum Beispiel was die Agrarfrage betrifft, die zweifellos am Ursprung des Konkliktes und des Krieges in El Salvador steht. Hier hat Comandante Handal eingeräumt, daß dieses Problem nicht ganz gelöst ist. Die Bereitschaft der Regierung, endlich Landgüter über 245 ha an Landlose zu übergeben, bleibt hinter der Agrarreform von 1980 zurück, die eine Freigrenze von nur 100 ha vorsah. Die produktiven Kaffeeplantagen, die just vor allem in der Beriebsgrößenklasse bis 250 ha liegen, bleiben also von der Agrarreform ausgenommem.



Nachdem die Phase II der Agrarreform, eben die Landgüter über 245 ha betreffend, jahrelang hinausgezögert wurde, ist außerdem anzunehmen, daß es nicht mehr viele "Fincas" dieser Größenordnung geben wird, da die Eigentümer Zeit hatten, das Land unter Verwandten und Strohmännern aufzuteilen. Auch von dem Land in Staatseigentum und jenem, das der Regierung zum Kauf angeboten wird, gibt es nicht viel. In dem Maße aber, in dem der historische Landraub durch Rückkauf der Ländereien von den Großgrundbesitzern mit Mitteln der internationalen Wirtschaftshilfe rückgängig gemacht werden soll, werden die Marktpreise, zu denen die Landeigentümer entschädigt werden sollen, hochklettern. Die NutznießerInnen solcherlei Agrarreform müssen das Land zu Kreditbedungungen wie bei der I.Phase der Agrarreform üblich, bezahlen - Kreditbedingungen, die just zur absoluten Verschuldung der schon bestehenden Agrarreformkooperativen geführt haben. Die Möglichkeit, bei den neuen Landüberschreibungen im Gegensatz zur Phase I nichtkapitalisierte Zinsen zu benutzen, ist eine Kannbestimmung des Friedensvertrages - darum wird also noch zu kämpfen sein.

Die vielzitierte Vereinbarung, wonach die aktuellen Bodenverhältnisse in den Konfliktgebieten respektiert werden, verschweigt erstens, daß es sich in diesen Gebieten um maximal 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von größtenteils kärglichem Potential handelt und zweitens den Nachsatz aus dem Vertragstext. Da gibt es nämlich den Vorbehalt, daß die endgültigen Eigentumsverhältnisse in den Zonen noch geklärt werden müssen. Die FMLN hat innerhalb von 30 Tagen nach Vertragsunterzeichnung ein Inventar der entsprechenden Grundstücke vorzulegen. Dann gibt es die Möglichkeit der legalen Klärung durch Verkauf des Landes durch die "legitimen Eigentümer" an die derzeitigen Nutzer ("tenedores"). Wollen die legitimen Eigentümer nicht verkaufen, bemüht sich die Regierung um Ersatzland, nach Möglichkeit in derselben Zone. Es ist also durchaus möglich, daß die wegen der Landknappheit und Armut der Böden eh schon schwache wirtschaftliche Grundlage der Rücksiedlungen und Gemeinden in den Konfliktgebieten weiter geschmälert wird.

Bezüglich der Landbesetzungen vom letzten Jahr wird zwar die Vereinbarung vom 3.Juli, wonach es keine Räumungen der bis dahin besetzten Ländereien geben soll, bestätigt. Die Regierung behält sich aber das Recht vor, Besetzungen, die nach diesem Datum erfolgt sind und weiter erfolgen werden, zu räumen. Dergestalt ist in diesem Abschnitt des Vertrages ganz deutlich gemacht, daß das Privateigentum sakrosant, die "legitimen Eigentümer" unantastbar und die militante Verteidigung des Privateigentums selbstverständlich bleiben. Die in den Vertrag aufgenommene Bemerkung der FMLN, daß sie Konzertierung für ein geeigneteres Mittel als Räumungen hält zur Lösung von Landkonflikten ist ebenso peinlich wie die Akzeptanz der Philosophie und Orientierung der Wirtschaftspolitik der ARENA-Regierung. Übrig bleiben dann nur die Vereinbarung eines Gesetzes zum Schutze der KonsumentInnen, die Möglichkeit, daß auch ArbeiterInnen Zugang zu privatisierten Betrieben bekommen - bei Garantie der Unternehmerfreiheit - und der Ausbau der bereits bestehenden sozialen Kompensationsprogramme - wiederum in Abhängigkeit von der Einwerbung zusätzlicher ausländischer Wirtschaftshilfe.
An mindestens vier Stellen des Vertrages wird die Realisierung einzelner Vereinbarungen von zusätzlicher Auslandshilfe abhängig gemacht. Die wiederum kann nur - was ebenfalls an verschiedenen Stellen des Vertrages festgehalten ist - formal von der Regierung beantragt werden. Was die Regierung zu beantragen gedenkt, hat sie bereits in einem "Plan des nationalen Wiederaufbaus" beschrieben und verschiedenen Regierungen und multilateralen Geldgebern vorgelegt. An der Erarbeitung des Plans wurden weder die FMLN noch die soziale und politische Opposition beteiligt und der Friedensvertrag sieht lediglich vor, daß die Regierung der FMLN den schon allseits bekannten Plan 30 Tage nach Vertragsunterzeichnung vorzulegen hat, damit ihre "Empfehlungen und Vorschläge" berücksichtigt werden können.

Die Vereinbarungen zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen sind derart mager ausgefallen, daß der Genossenschaftsverband COACES völlig richtig liegt, wenn er seine Glückwunschadresse zum Friedensvertrasg mit dem Satz beendet: "Setzen wir die Verhandlungen in der konzertierten Aktion fort." (gemeint ist das vereinbarte Forum der sozialen und wirtschaftlichen Konzertierung). Oder wie es Guerilla-Kommandant Jorge Melendez ausgedrückt hat: "Einige Aspekte sind zwiespältig und machen uns Sorgen, z.B. das Land für die Bauern, der nationale Wiederaufbauplan und die Sicherheit unserer KämpferInnen ... es wird großer Reife und einer Menge Arbeit der sozialen Kräfte und der politischen Parteien bedürfen."

Wir verkörpern sozusagen die gute Seite des Kapitalismus, und damit einen schlechten Film

Cuba im Jahre 32 nach der Revolution. Konnte das Land bis zum Zusammenbruch der SU sowie der anderen realsozialistischen Staaten ganz gut mit der seit 3 Jahrzehnten andauernden Wirtschaftsblockade der USA leben, so wird die Lage zunehmend ernster. Die US-Amerikaner können es nicht mit ansehen, wie auf Cuba nach wie vor bolschewistische Verbrechen wie z.B. kostenlose medizinische Grundversorgung oder freier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen begangen werden und daß den Cubanern bis heute das Schicksal der Menschen in den Lateinamerikanischen Demokratien erspart blieb. Slums, Analphabetismus, Massenepidemien, Todesschwadrone; diese, und ähnliche für eine lateinamerikanische Demokratie schlechthin konstitutionellen Grundvoraussetzungen wollen einfach nicht einkehren. Deshalb ziehen die Yankees die Schlinge enger und verstärken unter massiven Drohungen gegen potentielle Handelspartner in Lateinamerika ihr Embargo.
Hilfe für Cuba ist deshalb angesagter denn je! Vor diesem Hintergrund bekommen die Internationalen Arbeitsbrigaden für Cuba eine besondere Bedeutung. Nachfolgend drucken wir den leicht gekürzten Bericht einer Teilnehmerin der Internationalen Arbeitsbrigade Jose Marti '91 ab:

Internationale Arbeitsbrigade Jose Marti '91

- gibt es seit 17 Jahren
- Ziel der Brigade ist es, materiellen und solidarischen Beitrag für die cubanische Gesellschaft zu leisten
- wird von westeuropäischen Freundschaftsgesellschaften und cubanischem Institut für Völkerfreundschaften (ICAP) organisiert
- dieses Jahr gab es rund 260 TeilnehmerInnen aus 11 westeuropäischen Ländern: Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich, Österreich, Schweiz, Belgien, Niederlande, BRD, Großbritanien
- ca. 70 TeilnehmerInnen aus der BRD

Vorbereitung

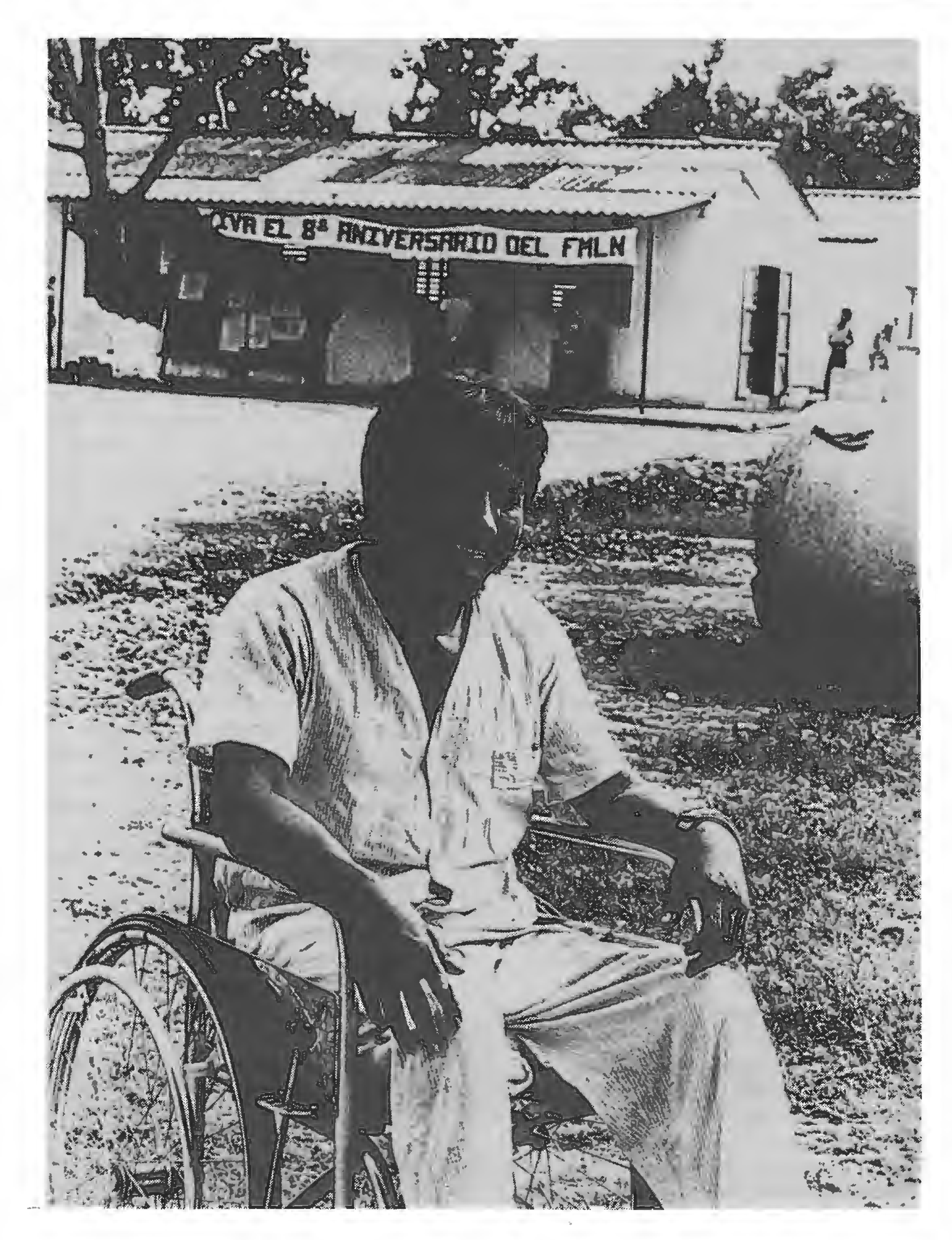
Die BRD-Brigade setzte sich aus interessierten Einzelpersonen, Menschen aus internationalistischen Gruppen, Frauengruppen, DKP, und einem im Vergleich zu den vorherigen Jahren verhältnismäßig großem Teil aus autonom/antiimperialistischen Zusammenhängen zusammen(ca. ein Drittel).
Es gab zwei Vorbereitungswochenenden. Weil sich erst spät herausstellte, daß es für die 70 TeilnehmerInnen nur 50 Plätze gab, und durch den Versuch der FG, die Zahl durch Losverfahren zu begrenzen, entstand eine Konkurrenzsituation, die eine weitere Diskussion nahezu unmöglich machte. Verschiedene Spektren formierten sich zu Fronten. Die FG warf Autonomen/Antiimps vor, sich mit Entscheidungen ihrerseits nicht zufrieden zu geben, während wir darauf drängten, daß dafür gesorgt wird, daß alle mitkommen können. Beim 2. Treffen war das geklärt, aber die Stimmung untereinander ermöglichte keine inhaltliche Vorbereitung auf Cuba. Es wurde uns lediglich ein Referat zur Geschichte Cubas vorgetragen, was im Besonderen eine Geschichte des Widerstands gegen die Conquista ist. Der Widerstand der Frauen war scheinbar - mal wieder - höchstens einer der bekannten Nebenwidersprüche und fand in der historischen "Berichterstattung" keine Beachtung. Als von einigen Frauen dazu inhaltliche Ergänzungen gemacht wurden, und Fragen zum Männer-Frauen-Verhältnis auf Cuba kamen, erhielten wir als Antwort: "Meine (cubanische) Frau sagt auch, daß die cubanischen Frauen mehr Macho sind als Männer." Außerdem war die FG sehr darauf bedacht, "bloß keine Patriarchatsdiskussion" zu führen. Wäre auch wohl zu peinlich für sie gewesen.
Es gab keine inhaltliche Vorbereitung

- zur Situation auf Cuba jetzt,
- welche Maßnahmen der cubanische Staat als Reaktion auf den Zusammenbruch der realsozialistischen Länder ergriffen hat,
- was wir als BRD-Linke davon halten,
- was für einen Stellenwert die Brigade jetzt hat oder haben könnte,
- wie Soliarbeit zu Cuba bisher gelaufen ist,
- wie Internationalismus unter den neuen Bedingungen überhaupt aussehen kann.

Nichts davon. Dieser Vorwurf richtet sich insbesondere gegen die FG, aber auch gegen uns, die wir nicht dafür gesorgt haben, daß das läuft. Wir haben es auch in unserem 17-köpfigen hamburger Teil der Brigade nicht geschafft, diese Diskussion zu führen. Wir waren vielmehr damit beschäftigt, Technos, Soli-Abtänze etc. zu organisieren.

Presse zur Brigade

Ich hatte für einen Spendenaufruf ein Interview bei der taz gemacht und kurz was zur Brigade erzählt. Der taz-Schmierer hat im Tenor sonstiger Presse zu Cuba einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel "Devisenbeschaffer für letztes Dorado", womit



FMLN-KämpferInnen in Rekonvaleszenz auf Cuba



[illegible]-KämpferInnen in Rekonvaleszenz auf Cuba

er uns meinte.
Frau sollte eben lieber vorher lesen, was die publik machen.
Die "Welt" hat uns unaufgefordert einen Artikel gewidmet, in dem die Brigade mit RAF, ETA, PLO, IRA etc. in einen Topf geschmissen wird. Da stand drin, daß wir nur nach Cuba wollen, weil wir ein neues Hinterland suchen, wo es den Ostblock nicht mehr gibt (Ort für gebunkerte Kalaschnikovs).
Aber gefilzt haben sie uns beim Flughafen denn doch nicht.

Ablauf der Brigade

Die Brigadedauer betrug drei Wochen. Davon haben wir zwei Wochen auf dem Land gearbeitet und eine Woche am Strand verbracht. In den ersten Wochen gab es zusätzlich ein vom ICAP organisiertes Veranstaltungsprogramm; am Strand haben einige BrigadistInnen Veranstaltungen zu politischen Gefangenen in Europa, Frauen, Kommunistischen Parteien in Westeuropa, u.a. gemacht.

Campamento Antonio Julio Mella

Es liegt ca. 30 km von Habana entfernt, wird rund um die Uhr bewacht (nach außen oder innen? der Tippser), ist umzäunt und Fahrzeuge kommen durch eine Schranke. BesucherInnen dürfen nur nach vorheriger Absprachee mit dem ICAP aufs Gelände.

Das Gelände ist groß und weitläufig. Es gibt ca. 10 Schlafbarracken à 60 Personen, die für BrigadistInnen, OrganisatorInnen und das Personal aufgeteilt sind. Die BetreuerInnen sind com ICAP für ausländische Brigaden ausgebildet worden. Sie werden jeweils zu dritt auf die Subbrigaden aufgeteilt. Die Leute (fast ausschließlich Männer), die die Organisation der Arbeit, der Besichtigungen und Veranstaltungen übernehmen, werden ebenfalls vom CAP eingesetzt. Das Personal arbeitet auf dem Campamento teils für Lohn wie die Putzfrauen, teils unentgeltlich wie das Küchenpersonal. Das Küchenpersonal sind alte Frauen und Männer, die auf freiwilliger Basis dort arbeiten. Wir hatten einige Diskussionen darüber, daß für uns gekocht und daß der Müll, den wir machen, nicht von uns selbst weggeräumt wird. Die eine Geschichte ist, daß das seit Jahren von ICAP so organisiert ist. Für die Putzleute ist das auch einfach eine Arbeitsstelle. Problematisch finde ich aber, daß gerade die Toiletten tierisch versifft wurden und sich daranauch wieder eine Mentalität von Privilegierten gezeigt hat, die für die Putzleute nicht gerade entgegenkommend ist. Was das Kochen angeht, sieht das ICAP -nicht ganz zu Unrecht- ertsmal auch, daß von WesteuropäerInnen, die den ganzen Tag unter klimatisch ungewohnten Bedingungen arbeiten nicht erwartet werden kann, daß sie sich noch selbst versorgen. Trotzdem war das Essen für cubanische Verhältnisse ungleich viel und reichhaltig. Es gab z.B. dreimal täglich Fleisch, woran sich u.a. zeigte, daß das, was wir erarbeitet haben, höchstens das abdeckte, was für uns ausgegeben und rangeschafft wurde.
Auf dem Campamento gab es außer den Schlafbaracken Arztpraxis, Speisesaal, Veranstaltungssaal, Fernsehraum, Intur-Laden, Bar, zwei Bühnen, viele Sitzgelegenheiten draussen, Sportplatz, Versammlungsplatz, Sanitärbereich.
Wir schlafen in einer Baracke mit 28 Frauen. Für die Arbeit werden wir in Subbrigaden à ca. 25 Leute aufgeteilt. Aus der BRD-Brigade werden also 3 Subbrigaden mit jeweils drei BetreuerInnen. Davon sprechen zwei Englisch und eine(r) die jeweilige Sprache des Landes. Das heißt, die Arbeitsbrigaden sind nach Ländern getrennt, was den Austausch unter den Ländern sowie mit den cubanischen ArbeiterInnen beschränkt.
Wir haben auf den Bau, in den Orangenplantagen (Bäume beschneiden, pflanzen, Orangen ernten) , auf dem Reisfeld und dem Süßkartoffelfeld gearbeitet. Das war abwechslungsreich und interessant.

Der Ablauf:
06.00 aufstehen, Frühstück,
06.30 mit den Bussen zur Arbeit,
10.00 kurze Trinkpause,
12.00 Mittagspause im Campamento mit Essen,
13.30 wieder zur Arbeit, Trinkpause,
17.00 offizielles Arbeitsende

Wir haben aber meistens nur bis15.00 oder 16.00 gearbeitet, weil nachmittags der große Platzregen einsetzte, so daß es unmöglich war, weiterzuarbeiten. Insgesamt waren die Arbeiten nicht so anstrengend oder schwer. An die Hitze konnte mensch sich auch einigermaßen gewöhnen. Zur besseren Vorstellung eine **Beschreibung der Arbeit auf den Orangenplantagen:**
Wir sind aufs Zitrusfeld gefahren, um dort Bäume zu pflanzen. Das läuft so: Ein Kranfahrzeug fährt vor, und bohrt in bestimmtem Abstand und Reihenfolge Löcher in den Boden. Wir kriegen Schippen, und teilen uns in zwei Gruppen auf. Die erste Gruppe passiert die vorgebohrten Löcher, neben denen schon ein eingepacktes Bäumchen liegt. Je nachdem wie lang die Wurzel ist, müssen die Löcher vertieft werden. Also Erde raushacken. Die Erde ist oft hart und schwer, oder es sind große Steine dazwischen. Ist eine Reihe fertig ausgehoben, kommt die zweite Gruppe. Die cubanischen Vorarbeiter hauen die Verpackung mit der Machete von der Wurzel und setzen das Bäumchen so, wie es eingepflanzt werden soll. Die Gruppe schüttet die Löcher dann wieder zu ... Das Hacken und Schaufeln ist sehr anstrengend, weil dabei der ganze Körper zum Einsatz kommt...
Trotz der Anstrengung eine Arbeit mit Erfolgserlebnis; hinterher war ein großer Teil des Feldes bepflanzt.Die Cubaner erzählten uns, daß so ein Zitrusbaum nur zwei Jahre braucht, bis er genießbare Früchte trägt und nach zehn Jahren ausgewachsen ist. Wir stellten uns vor, wie es wäre, nach zehn Jahren wiederzukommem und unsere Bäume zu bestaunen.

Besichtigungen und Veranstaltungen

Während der Brigade haben wir verschiedene Bereiche der cubanischen Arbeit seit der Revolution besichtigt. Außerdem gab es fast jeden Abend Informationsveranstaltungen. Die Besichtigungen fanden meistens in oder um Habana statt. Dabei trafen wir mit den Leuten aus allen Ländern zusammen. Wir haben uns dazu in Interessengruppen aufgeteilt, deshalb ist meine Aufteilung beschränkt: Seniorentreff, Pionierstadt,Krankenhäuser, Campamento der Salvadorenos del FMLN, Metallfabrik, Agracollectivos, Alphabetisierungsmuseum u.a. Diese Besichtigungen waren zwar oftmals interessant, es war jedoch nahezu unmöglich, einen genauen Einblick zu bekommen, wenn du mit einer Horde in ein Kollektiv einfällst und kurz überall herumgeführt wirst. Spätestens dort zeigte sich auch die Distanz der Brigade zu cubanischen Alltag.

Die Veranstaltungen für die gesamte Brigade liefen auf dem Campamento im großen Saal. Funktionäre haben dann zu ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich Reden gehalten. Diese Reden wurden simultan übersetzt und waren meistens endlos lang. Am Ende, als die meisten schon ganz erschöpft waren, durften Fragen gestellt werden, die, einer Liste folgend, nacheinander beantwortet wurden. Somit war eine lebendige Diskussion unmöglich. Wir haben dann Vorträge zu Gewerkschaften, CDR`s Stadtteil- und Bezirkskommitees), cubanischer Außenpolitik,KP Cuba u.a. gehört.

In der letzen Woche gab es dann eben noch Veranstaltungen, die einen Austausch unter den Ländern ermöglichten. Am interessantesten fand ich da die Veranstaltung zu den politischen Gefangenen in Europa, weil da zumindest ein grober Überblick über die Situation in den Knästen vermittelt wurde. Wir haben da aus Irland, Italien, Türkei, BRD Informationen zum aktuellen Stand auch der jeweiligen Soli-Bewegung bekommen.

Auch wenn ich die letzte Woche lieber sinnvoller genutzt hätte, als am Strand abzuhängen, war hier mehr Zeit für Gespräche vorhanden.

Auseinandersetzungen während der Brigade

Die schlechte Vorbereitung kennzeichnete die Konflikte innerhalb der BRD-Brigade. Die Spaltung in Gruppen, die sich schon bei den Vorbereitungstreffen abzeichnete, durchzog auch den Ablauf der Brigade. Viele kritisierten das Konzept der Brigade, welches die Kluft zwischen privilegierten BrigadistInnen und CubanerInnen nur noch vertiefte. Die geradezu Neckermann-touristischen Freizeitangebote waren dafür ein Beispiel. (Mit 260 Leuten wurden cubanische Strände okkupiert oder eine "typisch cubanische Show" im campamento mit hintern- und busenwackelnden cubanischen Tänzerinnen.)

Der große Knall kam bei der Auseinandersetzung wegen einem sexistischen Franzosen, der eine Italienerin angegriffen hat, die sich gegen sein Gegrabbel zur Wehr setzte. Wir BRD-Frauen entschlossen uns, ein Plakat im campamento aufzuhängen, auf dem wir öffentlich machten, daß solche Männer, und die, die sowas tolerieren, keine genossen sein können. Außerdem forderten wir einen sofotigen ausschluß aus der Brigade. Durch die mangelhafte Möglichkeit zur Diskussion mit den anderen europäischen Delegationen kam es zu heftigen Spannungen wegen der Plakate(nicht wegen des sexistischen Angriffs).

Die Konflikte waren am härtesten bei der Frage, inwieweit die BrigadistInnen überhaupt Einfluß auf das Brigadeprogramm haben (dürfen!) oder Entscheidungen unabhängig vom ICAP treffen können(das ICAP war gegen den Ausschluß). Aufgrund der Infragestellung der Entscheidungsgewalt des ICAP wurde uns mangelnde Solidarität mit Cuba vorgeworfen. Mit dem Wort "Solidarität" wurde vor allem von denen hantiert, die meinten, besonders solidarisch zu sein. Ihre Solidarität war eben bedingungslos, während unsere Kritik von einigen sogar als konterrevolutionär bezeichnet wurde.

Internationalismus?

Die westeuropäischen Brigaden kamen zum Großteil aus kommunistisch/sozialistischen Splittergruppen und Parteien. Auf Brigade haben wir die Vorzüge des Sozialismus und die Errungenschaften der Cubanischen Revolution kennengelernt. Es fehlte der Austausch über die Schwierigkeiten, vor denen Cuba, aber auch die europäische Linke jetzt steht und eine gemeinsame Diskussion über Solidarität. Viele Informationen wurden so beschönigend übermittelt, daß es den Anschein hatte, daß das ICAP den Multiplikator-Effekt einer Brigade überbewertete und kontroverse Diskussionen als Gefahr für die Cuba-Solidarität ansah.

Es wäre interessant gewesen zu hören, was die Gruppen in ihren Ländern zu Cuba machen; wie sie Internationalismus in ihre politische Arbeit miteinbeziehen (so könnte eine europaweite Koordination mal eine inhaltliche Bestimmung kriegen).

Auch, wenn wir bei der Vorbereitung dafür plädiert haben, daß alle mitfahren können, stellt sich für mich jetzt die Frage, ob die Ansammlung von 260 Leuten überhaupt eine präzisere Diskussion ermöglicht, sowohl mit CubanerInnen und dem ICAP als auch mit anderen BrigadistInnen.

Es gab eine große Diskrepanz zwischen den Anspruch, internationale Solidarität zu üben und der Realität der Brigade, die sich am besten mit Polit-Tourismus umschreiben läßt.

Für mich hat sich besonders nach meiner Rückkehr gezeigt, was für eine Kluft zwischen Erfahrungen auf Cuba und den Auseinandersetzungen in meinem Land besteht. Mir war bereits vor der Brigade klar, daß ich mich hinterher nicht auf Cuba-Solidarität fixieren werde und die Kämpfe hier als Nebensache betrachten kann. Ich lebe hier, und habe genau hier die Verantwortung das System zu bekämpfen, welches für die patriarchiale, rassistische und kapitalistische Ausbeutung weltweit mitverantwortlich ist. Das ist gut gesagt, wirft aber lauter Fragen auf, die es zu klären gilt, damit dies greifbar werden kann, z.B.:

- Was haben wir mit Befreiungsbewegungen zu tun?
- Was erhoffen wir uns von der Befreiung des Trikonts, wenn wir hier nicht in der Lage sind, das System zu kippen?

Warum gab es eine relativ große Bewegung zu den Befreiungskämpfen im Trikont, aber im Verhältnis dazu wenig Widerstand mit den Betroffenen gegen die Flüchtlingspolitik der BRD?

Wenn das Ziel von Brigaden ist, materielle und ideelle Unterstützung für das Volk zu leisten, ist das zwar richtig, aber nicht ausreichend. "Da der Widerstand in den Metropolen nicht gerade zu den ausgeprägtesten zählt ...., ist der relative Reichtum das augenscheinlichste Moment, das wir dort darstellen. Wir verkörpern sozusagen die gute Seite des Kapitalismus- und damit einen schlechten Film." Zitat einer Nicaragua-Brigadistin 1988. Es muß die Möglichkeit der Diskussion geben, sprich, daß wir auch von unserer Situation in Westeuropa berichten und ein Bild von unserem Alltag vermitteln. Ansonsten bleiben wir für die Menschen dort, was wir primär sind: Privilegierte, die sich ihren (und den eigenen) Schwierigkeiten jederzeit entziehen können.

eine Teilnehmerin der Cuba-Brigade 1991
Januar 1992



Forts. von S. 5

und auch 'mal gefragt, was denn jetzt laufen würde und wenn wir geantwortet haben "Vorwurf des Mordversuchs", dann meinten sie, daß das ja wohl übertrieben sei.
Aber was Gespräche mit denen angeht, daß war so, daß wir beide schon total distanziert waren, ganz klar! Also eine innere Distanziertheit war einfach total da und das ist auch ganz logisch und damit habe ich mich auch am besten gefühlt. Ich kann mit solchen Leuten nicht ins Gespräch kommen, die vielleicht drei Tage ganz nett sind, und am vierten Tag die Zelle durchsuchen, wenn auch mit dem Zusatz, "wir können ja auch nichts dafür, wir halten uns ja nur ans Gesetz". Das war mir dann in dem Momment egal, wenn ich betroffen war. Insofern habe ich mit denen nie ein großes Gespräch gehalten. Es waren eigentlich nur zwei oder drei, mit denen ich mal ganz kurz geredet habe, so "schönes Wetter" oder "St.Pauli gewonnen", das war es; höchstens mal zwei, drei Sätze und dann mit den zwei oder drei Schließern. Ansonsten war es immer nicht unfreundlich, aber bestimmt.

<u>NSL:</u> Wie gut ward ihr darüber informiert, was draußen für euch ablief, über die Aktionen?

<u>Knud:</u> Hypermäßig! Ich glaube, ich habe mehr erfahren, was draußen passiert, also nicht nur zu uns, auch sonst, als teilweise hier draußen; es kamen ja auch sehr viele Sachen und Info's 'rein.

<u>NSL:</u> Ihr habt auch fast alle Sachen gekriegt, die euch 'reingeschickt wurden?

<u>Ralf:</u> Die meisten Sachen schon; das "Angehörigen-Info" wurde zur Hälfte zensiert bzw. beschlagnahmt.

<u>Knud:</u> Die Nummern 79 bis 83 sind nicht 'reingekommen. Zuerst waren wir beim Amtsgericht und da ist eigentlich alles durchgekommen bis auf den Ratgeber für Gefangene; der ist zwar 'reingekommen, der kam nach drei Tagen, aber nach drei Wochen haben sie ihn mir wieder weggenommen, weil sie wohl gemerkt haben, der soll eigentlich gar nicht in die Knäste. Sonst ist alles durchgelassen worden, es ist nichts beschlagnahmt worden. Dann, im Oktober, war das Landgericht zuständig und die ersten ein, zwei Wochen kam auch noch alles durch. Da war ein bearbeitender Richter, der war Berichterstatter, und der hat wohl 'mal irgendwann geschnallt, daß das "Angehörigen-Info" auch ein 129a-Verfahren hat. Beim ersten Mal hat er inhaltlich am "Angehörigen-Info" entlang abgelehnt und danach immer pauschal. Beim Ratgeber für Gefangene hatten wir zu der Zeit auch immer noch Beschwerden laufen und die hat er, der berichterstattende Richter, dann abgelehnt und die Ablehnung umfaßte ca. 20 Seiten. Leute, die sie jetzt gelesen haben, meinen, das hätten sie noch nie erlebt, daß sich ein Richter soviel Mühe macht; der hat wirklich Seite für Seite durchgeblättert, hat gesagt, dies und das ist gegen den Staat oder ist illegal, das darf nicht 'rein etc. Und zum Schluß steht noch, daß außerdem das Justizministerium Schleswig-Holsteins verfügt habe, dieser Ratgeber dürfe prinzipiell nicht in Gefängnisse; aber er hat eine total ausführliche Ablehnung geschrieben, auch für andere Sachen.

<u>Ralf:</u> Sie haben empfindlich reagiert bei Sachen, die speziell zu Knästen waren, da wurde dann alles angehalten, was so kam. Ich hatte das Gefühl, je klarer es wurde, was das für ein Verfahren ist, was hier für Leute sind, welches Spektrum, desto genauer haben sie dann auch geguckt und desto mehr wurde auch angehalten.

<u>NSL:</u> Ein wenig verwundert war ich, als ich hörte, die Broschüre "Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel" sei anstandslos durchgekommen.

<u>Knud:</u> Das waren wir auch. Die haben aber manchmal lange gebraucht; Anfang November kam z.B. eine riesige Sendung mit ganz viel Sachen, Artikel, Broschüren etc., und die haben wir erst Ende Dezember bekommen, die haben sich fast zwei Monate lang alles durchgelesen, aber sie haben nichts angehalten. Vielleicht haben sie ja auch nichts gefunden. Das hängt aber auch einfach mit Itzehoe zusammen, die Richter da haben ja nicht unbedingt die Erfahrung; z.B. am Oberlandesgericht die Staatsschutzsenate, die kennen sich ganz anders damit aus und die hier, die haben sich das erstmal auch aneignen müssen, und dann ist irgendwann klar, wie sie damit umgehen.

<u>NSL:</u> Wie habt ihr die Verhaftung, den evtl. Haftschock und die spätere Entwicklung verkraftet und verarbeitet?

<u>Knud:</u> Als wir in Pinneberg verhaftet wurden, habe ich die ganze Zeit gedacht, "was soll das", auch so in die Richtung "jetzt bin ich hier und gleich gehen wir nachhause".

<u>NSL:</u> Du hast 'mal irgendwann folgenden Gedanken erzählt: "Gleich kommt jemand 'rein und sagt, das war ein Irrtum und dann bin ich draußen".

<u>Knud:</u> Ja, aber das war später. In Pinneberg war es eher so, "ok, jetzt haben sie uns verhaftet" und ich wußte gar nicht genau, worum es ging, das hatte ich bei der Verhaftung nicht gehört oder nicht richtig begriffen; ich habe später nochmal nachgefragt, da meinten sie nur, das hätten sie vorhin schon gesagt. Ich wußte also nicht genau, worum es ging. Und in der Zelle dachte ich, "gut, jetzt sitze ich hier in der Wache" und habe mich noch ganz gut beschäftigen können, habe immer daran gedacht, daß ich etwas zu rauchen haben will, mit den Anwälten telefonieren will und etwas zu essen haben will. Ich dachte aber "Scheiße, du bist ja um acht Uhr verabredet, hoffentlich kommst du da noch rechtzeitig hin, hoffentlich erfahren das die Leute, daß ich nicht komme oder machen sich keine Gedanken". Als dann klar war, daß wir die Nacht da bleiben, habe ich gedacht, "was erzähl ich bloß den Leuten morgen abend, was uns passiert ist, das glaubt uns ja doch keiner". Der Schock kam eigentlich erst dann, als die Haftrichterin sagte "Haft!"; da hatten wir uns auch das erste Mal wiedergesehen, die Anwälte waren da und wir saßen während dieser Haftprüfungsverhandlung zusammen in Handschellen da. Ich hatte nochmal kurz mit den Anwälten geredet und habe gedacht, "wir kommen nicht 'rein, oder vielleicht doch", aber eher so geprägt von "das kann eigentlich nicht sein". Danach bin ich das erste Mal zusammengebrochen und später in der Zelle habe ich dann eine halbe Stunde geheult und begriffen "es ist wahr, du bist im Knast".
Die ersten Tage war ich dann schon noch ziemlich fertig, ziemlich fassungslos; aber das fing auch schon am nächsten Tag an, daß ich dachte, "ich gucke 'mal, wer hier herumläuft" oder zurechtkommen oder überlegen, den ersten Brief geschrieben und den zweiten. Die habe ich später nochmal gelesen, da stand dann, "schreibe 'mal von ein paar Sachen, die noch so loswaren, und ein taz-Abo wäre gut" etc., also, wo ich schon begann, mich wieder mit anderen Sachen zu beschäftigen oder auch mit Leuten im Knast zu reden oder auch zu schnallen, wie ich an etwas herankomme, wie alles geregelt ist. Das waren die ersten Tage, wo ich so fertig war, und das stabilisierte sich dann.

<u>Ralf:</u> Jetzt im nachhinein, nach sechs Monaten, finde ich das ganz "interessant", ich kann jetzt für mich die Phasen sagen, wie der Knast war. Für uns war es ja so, daß jedesmal die Chance bestand, 'rauszukommen aufgrund dieses absurden Vorwurfs. Ich kann ja 'mal die Phasen nennen, wie ich sie sehe.
Zuerst war die Verhaftung, dann in der Bullenzelle selber hatte ich Angst und war auch zitterig, auch einfach davor, daß wir noch ein paar auf's Maul kriegen oder ähnliches; das war ja auch zwei-, dreimal knapp davor. Und dann Knast, da ist erstmal eine Welt zusammengebrochen, ich habe das zuerst gar nicht geschnallt, auf der einen Seite hätte ich heulend zusammenbrechen können, auf der anderen Seite mußte ich erstmal klarkommen mit der Situation. Wenn ich jetzt nochmal daran denke im nachhinein, dann

kriege ich immer noch total Angst; ich bin in den Knast gekommen, konnte ihn aber von draußen nicht so richtig sehen, ich wußte nicht, wo ich war, wie groß der Knast ist, ich wußte nicht, wie das so abgeht, wie die Leute drauf sind draußen vor den Zellen. Das hat mich total ängstlich gemacht, du weißt nicht, was Sache ist.
Und dann ging es auch ziemlich schnell los mit dem Zurechtkommen, z.B. immer wenn die Zellentür aufging, oder, wie Knud das eben schon sagte, Abo's besorgen, Kontakt zu den anderen Gefangenen kriegen, 'mal gucken, wie es überhaupt abgeht mit den anderen Gefangenen, erstmal abchecken, wie der und der Schließer drauf ist, erstmal auch ein bißchen vorsichtig mit den anderen Gefangenen umgehen, aber auch schauen, wie man in die Bibliothek und in den Freizeitraum kommt, was es noch für Gruppen gibt etc. Und trotzdem war ich auch immer noch völlig verunsichert.
Die nächste Phase war die, ein bißchen klarer zu kommen, aber immer dabei zu denken "ich will 'raus, ich will 'raus", immer noch völlig verbunden mit draußen, immer mit dem Gefühl, das alles noch nicht so begreifen zu können; gedanklich immer noch draußen sein und sich eigentlich immer noch ziemlich verunsichert fühlen, nicht direkt klein, aber einfach verunsichert. Mit den Monaten, in denen ich immer klarer damit kam, wie es im Knast abläuft, wie die Leute drauf sind, wie es allgemein in Knästen abläuft mit der Erfahrung von einer Woche Kiel, wurde ich immer ruhiger. Nach vier, fünf Monaten ging das los, wo ich mir gesagt habe, "ich bin jetzt hier", die Welt im Knast war schon mehr oder weniger meine Welt geworden; ich habe es natürlich nie akzeptiert, wollte immer 'raus, aber es war schon irgendwie meine Welt geworden. Ich habe nicht mehr gedacht, was ich machen würde, wenn ich draußen wäre. Ich habe auch nicht mehr dieses Denken gehabt wir vorher draußen in Bezug auf Knast, wenn ich versucht habe, mit vorzustellen, wie es wäre, wenn ich ein, zwei Jahre Knast kriege; dann habe ich gedacht, was ich vor dem Knast gemacht habe, die ein, zwei Jahre, die Knastphase, habe ich mir als schwarzen Fleck vorgestellt, und dann das, was ich danach machen will, hoffentlich ist diese Phase so kurz, daß ich danach das machen kann, was ich draußen gemacht habe. Und dies empfand ich als eine gute Erfahrung, das finde ich auch wichtig, daß es so nach draußen vermittelt wird: bei mir war es so, daß ich mir nach ungefähr vier Monaten gesagt habe, "gut, Knast, jetzt bin ich hier drin", gar nicht mehr so doll, "ich muß jetzt hier raus, sondern, jetzt bin ich hier und das ist mein Alltag." Obwohl - natürlich waren fast alle meine Gedanken "ey, ich muß hier raus", aber trotzdem ging das so, also mehr ein rationaler Umgang. Das ist aber auch so eine Erfahrung, weil draußen dachte ich, je länger das dauert, umso fertiger werde ich. Jetzt kann ich aber sagen, so hart das auch klingt, je länger das dauert, um so mehr kommt man klar.

NSL: Ist das denn auch so ein Selbstschutz, eine Art Verdrängung, damit du das ohne Schäden überstehen kannst?

Ralf: Ich würde sagen, das ist ein Anerkennen der Realität. Es war immer so, daß ich eine realistische Hoffnung hatte rauszukommen, eine realistische Hoffnung und immer ein bißchen mehr; das Leben im Knast ist ein Leben mit einem permanenten Widerspruch im Hinterkopf, dessen Lösung eigentlich nur die Freiheit ist, und diesen Widerspruch kann man besiegen, und wenn du ihn auch nur phasenweise besiegst, ist das auch wie ein Sieg. Aber manchmal kommt er vom Hinterkopf nach vorne gestürmt und dann habe ich überhaupt kein Land mehr gesehen, da war mir alles scheißegal, ich wollte nicht lesen, nicht in den Sportraum, ich dachte nur "Freiheit, der Rest ist mir echt egal, ich bleibe jetzt so lange liegen bis ich frei komme."

Knud: Die Haftprüfung im September war dann nochmal ein großer Schock, klar, die Verhaftung war ein totaler Schock, weil du aus allem 'rausgerissen wirst, aber bei der September-Haftprüfung war ich eigentlich sicher, daß wir 'rauskommen. Als die Entscheidung dann da war, habe ich das Wochenende fast nur im Bett gelegen, ein bißchen Fernsehen geguckt und einfach nichts gemacht. Und nach drei Tagen kamen die Gedanken, "ich bin immer noch drin und daran ändert sich auch nichts, wenn ich liegen bleibe." Dann habe ich überlegt, was ich drinnen weitermachen kann, aber auch nach draußen, z.B. wem ich schreibe. Das war die Phase, wo ich ruhiger wurde und mit dem Knast besser zurecht kam. Du entwickelst Mechanismen, wie du schlechte Phasen überwindest. Klar, du bist auch 'mal zwei Stunden scheiße drauf, oder weißt nicht, was du machen sollst - ob liegen, stehen, gehen oder in der Zelle herumlaufen, lesen, Aber währenddessen war auch klar, in drei Stunden kann ich mich wieder mit etwas auseinandersetzen oder beschäftigen, oder ich gehe zum Sport, oder denke daran, daß morgen Besuch kommt. Klar, das ist schon eine Art Selbstschutz. Wenn ich ständig an draußen gedacht hätte, wäre ich verrückt geworden.

Ralf: Die Phasen von denen ich eben gesprochen habe kann ich auch ganz gut festmachen an den Briefen, die ich geschrieben habe. Zu Anfang steht halt in den meisten Briefen etwas von Schock und alles Scheiße und das wir hier 'raus müssen, wie ich mich fühle, etc. und je länger ich drin war, desto zielgerichteter wurden die Briefe, ausgerichtet auf eine konkrete Auseinandersetzung; zum einen um mich zu beschäftigen, zum anderen, weil es mir auch wichtig war, zu Sachen etwas zu sagen und auch zu hören. Und auch die politische Diskussion, die ich draußen hatte, weitergehen zu lassen; das war für mich drinnen wichtig, auch als Ansporn für den Kopf. Und je länger ich drin war, um so mehr mehr Lust hatte ich zu gucken, was ich drinnen machen kann, was können da die Ziele sein. Das war für mich z.B Kontakt zu anderen politischen Gefangenen; wenn politische Gefangene sich untereinander schreiben, dann ist das Verständnis auch besser da. Außerdem ist der Kontakt wichtig, weil Kommunikation unter uns politischen Gefangenen immer eine Voraussetzung für Veränderungen war, für Veränderungen dieser beschissenen Situation, z.B. in Richtung Zusammenlegung oder in Bezug auf die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen. Allein über Kommunikation, in dem Sinne, ob wir etwas zusammen verändern können oder ob wir unter den Gefangenen gemeinsan etwas anpacken können. Ein Brief mit einer Diskussion darüber brachte immer das Gefühl, es geht voran, es verändert sich etwas.

NSL: Seht ihr den Staat bzw. die politischen Kräfte in Hamburg jetzt nach euren Erfahrungen mit anderen Augen, oder war euch das vorher klar, daß das jedem passieren könnte?

Knud: Damit hätte ich so nie gerechnet, sonst wäre der Schock auch nicht so schwer gewesen. Insgesamt hat mich die Dreistigkeit der Festnahme und der Lügen der Bullen ganz schön umgehauen. Natürlch hat es mich auch umgehauen, daß es mich voll getroffen hat, aber nicht in die Richtung, wie können die so etwas machen, sondern, was mich überraschte, war die konkrete Umsetzung.

Ralf: Das war nicht die erste Erfahrung für mich, das kennt ihr auch alles von Demos, irgendwelchen Festnahmen oder Ermittlungsverfahren. Da ist also die Theorie und ein bißchen Erfahrung und in der Praxis war das dann doch voll der Schock. Das hat mir noch einmal die Augen geöffnet, daß sie wirklich so sind, wie wir es iun unseren düstersten Flugblättern schildern. Ein Beispiel sind die DüsseldorferInnen und DuisburgerInnen, die für Anschläge auf Jahre eingeknastet sind, die sie nicht begangen haben.

Theoretisch hat sich meine Sichtweise nicht geändert, aber von innen her schon. Meine Erfahrung ist jetzt die, wie ich den Apparat kennengelernt habe, die Richter, die ganzen Justizangestellten, die Schließer usw. Diese ganzen Leute würde ich auf der einen Seite als jämmerlich bezeichnen, als jämmerliche Marionetten und Affen, auf der anderen Seite, weil sie ihren Apparat haben und stark sind, als furchtbar. Gerade wenn ich mir die Gerichtsbeamten anschaue in ihren hellgrünen Uniformen, das sind voll die Affen. Wenn ich Richter wäre und würde sagen "Machen Sie einen Handstand", die würden einen Handstand machen. Deswegen sage ich, es ist eine Mischung aus Überzeugungstätern, Marionetten, Affen und jämmerlichen Waschlappen, die aber aufgrund ihres Apparates total furchtbar sind. Das Knastsystem würde ich als "technokratischen

Faschismus'' bezeichnen; ich benutze diesen Begriff, weil die Situation im Knast die ist, daß jede und jeder Gefangene völlig rechtlos ist; es gibt nichts, was dir zusteht, alles kann dir wieder weggenommen werden. Wenn es ihnen paßt, kannst du verlegt werden, wenn du einmal den Mund aufmachst, kriegst du 'was drauf. Wenn du z.B., wie Knud neulich in der Freistunde, den Weg verläßt und dich dahin stellst, wo die Sonne scheint, heißt es sofort ''Herr Andresen, kommen Sie da 'raus!'' Ich habe ein T-Shirt nicht 'reingekriegt mit einer Comic-Figur drauf, weil ''Räumt die Knäste!'' draufsteht; ich bin mit der Beschwerde bis zum Oberlandesgericht gegangen und in der Ablehnung hieß es, daß alle zwei Wochen vor dem Knast Demonstrationen stattfänden, und die würden andere Gefangene aufwiegeln und aggressiv gegenüber den Schließern machen... Oder z.B. mußte Knud einen Antrag auf eine Tischlampe stellen; der Landgerichtsbeschluß: ''Hiermit wird Ihnen eine Tischlampe (am Tisch zu befestigen) genehmigt.'' Ich meine, es ist bei denjenigen, die mit dem 129a konfrontiert werden, noch viel härter. Das ist einfach die Konfrontation, diese ganze Auseinandersetzung - über Anträge - das hat nichts mehr mit Menschlichkeit oder Emotionen zu tun. Diese totale Rechtlosigkeit der Gefangenen, rechtsstaatlich begründet in dem Sinne, daß dies zu deinem Besten ist. Z.B. kriegst du das T-Shirt nicht; nicht weil du ein linker Arsch bist, sondern du kriegst es nicht, weil der Prozeß der Resozialisierung gefährdet ist. Solche oder ähnliche Sachen und deswegen habe ich es technokratischer Faschismus genannt.

Knud: Praktisch ist es so, daß du z.B. bei Aufschluß, wenn du zum Sportraum gehst und etwas in der Zelle vergißt, nicht mehr zurück darfst; der Schließer kommentiert das dann so: ''Wir sind hier ja nicht im Kindergarten. Denkt doch an die Sachen, die ihr mitnehmen wollt.'' Du wirst ständig bevormundet und mußt für alles Anträge stellen. Doch teilweise ist der Alltag auch anders; die Schließer haben manchmal keinen Bock, so daß ihnen vieles egal ist. Sie gucken dann nicht so genau, wenn sie 'mal durch die Zelle laufen, ob z.B. das Bild richtig hängt. Dadurch ist es in der Praxis auch so, daß Sachen möglich sind - das ist dann aber Zufall und du mußt schauen, ob etwas gerade in dem Moment geht oder nicht, ob du etwas erkämpfen oder erschleichen kannst. Z.B. kannst du Glück haben und einen Beamten erwischen, der dir auch 'mal 40 Minuten Besuchszeit läßt, aber das ist immer nur Zufall.

Ralf: Z.B. ist es nur erlaubt, Sachen in der Zelle an einer Holzleiste aufzuhängen, woanders ist es verboten. Ab und zu habe ich ein Poster woanders hingehängt, das ging einige Zeit gut; aber drei Wochen später, als ich aus der Freistunde kam, war es weg. Oder ich lag im Bett, dachte ein bißchen über mich nach und plötzlich geht die Tür auf, es stürmt jemand 'rein, macht das Licht an, reißt das Fenster auf und ich lag da, gucke ihn so an, aber der reißt völlig selbstverständlich den Schrank auf, um kurz 'reinzuschauen, tritt verächtlich gegen die Steckdose und geht einfach wieder 'raus. Du hast überhaupt kein Recht, kein Privatleben.

Knud: Ich würde es Würde nennen, sie lassen dir keine Würde; das trifft es besser als ''kein Recht.''

NSL: Was denkt ihr, wer dabei welches Interesse hat, auch in Zusammenhang mit einer möglichen ''Konkurrenz'' zwischen VS und LKA ?

Ralf: Ich denke, daß die Hamburger Bullen überhaupt nicht damit zufrieden sind, daß sie sich so ein Teil 'reingesetzt haben. Der Vorwurf des Mordversuchs kam von der Staatsanwaltschaft. um die Haft aufrecht zu erhalten. Ich denke, das paßt den Bullen nicht, weil sich daran auch soviel entwickelt hat.

Knud: Ich denke, daß das LKA bzw. die vier LKA'ler nicht das Interesse hatten, daß wir mit einem Mordvorwurf konfrontiert werden und u.U. acht Jahre dafür kriegen. Es ist aber ganz schwer, das einzuschätzen, anfangs dachte ich, daß sie es selber waren. Es ist schon ein Unterschied, ob sie es von Anfang bis Ende geplant hatten oder ob sie es in dem Moment entschieden und sich dabei nicht soviele Gedanken um mögliche Konsequenzen gemacht haben.
Ich denke auf jeden Fall, die Staatsanwaltschaft in Itzehoe, und da ganz konkret die Staatsanwältin, trägt die Hauptverantwortung an der Haftlänge und am Aufbauschens des Verfahrens, aber auch die Haftrichterin und das Landgericht in der Besetzung des letzten Jahres. Bei der Staatsanwältin hat das viel mit ihrer Person zu tun, ich denke nicht, daß sie nur nach Vorgaben arbeitet. Es gibt zudem ja auch ein paar informelle Sachen; mit Klingner (Justizminister Schleswig-Holstein) sollte z.B. in der Schule geredet werden und der wußte schon Anfang Dezember von der ganzen Geschichte, der wußte aber auch, daß alle Leute Zweifel daran hatten und sagten, die beiden waren das nicht. Klingner hat ja auch gleich in einem Brief geschrieben, als wir 'raus waren, er sei froh, daß mit unserer Entlassung jetzt die emotionale Schärfe genommen ist. Die waren alle nicht so glücklich darüber, wie die Staatsanwaltschaft Itzehoe das hochpeitscht, weil sie bei politischer Betrachtung sehen, daß ihnen das Teil auf die Füße fällt, daß sie davon wenig Nutzen haben. Und ich glaube, so hat es auch das LKA Hamburg eingeschätzt, daß das mehr Unruhe bringt als daß sie etwas davon haben. Der geplante Effekt hat sich eigentlich schon voll umgekehrt.

NSL: Auf einer Veranstaltung fiel der Begriff ''innerer Komplott'' in Bezug auf dieses Verfahren.

Knud: Es bleibt ja Spekulation. Am Anfang dachte ich, die vier haben das auf jeden Fall von oben abgesichert gemacht, konkret geplant und durchgezogen. Inzwischen glaube ich, daß sie eher eine allgemeine Vorgabe hatten, z.B. mehr Erfolge bringen o.ä., also aus der Motivation heraus, daß sie sich gesagt haben, sie hätten freie Hand.
Ich würde aber schon trennen zwischen dem, was das LKA angerichtet hat mit dem, was sie uns unterschieben, und dem, was die Staatsanwaltschaft Itzehoe daraus gemacht hat; die sind ja für den Vorwurf ''Mordversuch'' verantwortlich. Ich denke in unserem Fall nicht, daß sich die Staatsanwaltschaft und das LKA zusammen hinsetzen und überlegen, wie sie weitermachen.

NSL: Ihr sprecht von Mobilisierung; glaubt ihr, daß die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien wie z.B. FR, Süddeutsche, NDR-Fernsehen etc., die ja eher in eurem Sinn war, Einfluß genommen hat?

Ralf: Ja, total. Ich denke, daß gerade die Breite von der Mobilisierung ein ganz entscheidender Faktor war. Die Leute, die am meisten gemacht haben, das ward natürlich ihr, also unser Spektrum, die haben natürlich die Akzente gesetzt und alles ins Rollen gebracht, sonst wäre überhaupt nichts passiert. Aber es ist schon diese Breite, die dafür gesorgt hat, daß sie nicht so einfach dran vorbeikommen. Da war ja alles, die Schule samt Rektor, meine Arbeitsstelle, viele ArbeitskollegInnen von Knud, Nachbarn und die Eltern sowieso usw. Ich finde, dies zusammen mit der Kraft unserer Szene, das hat total viel ausgemacht, eine totale Stärke gebracht. Das hat auch erstmal eine Stimmung erzeugt, und wenn erstmal eine Stimmung da ist, läßt sie sich auch zu unseren Gunsten kippen und davor hatten sie Schiß. Sie haben sich z.B. für Selbmann gerechtfertigt, bevor wir ihn groß zum Thema gemacht haben. Oder z.B. hat die ProzeßbeobachterInnen-Gruppe einen Brief an die Kammergerichtspräsidentin geschrieben und es kam prompt eine Antwort D.h. da war eine breite Öffentlichkeit und die war und ist auch unser Schutz.

NSL: Jetzt, wo ihr draußen seid, besteht doch die Gefahr, daß über verschiedene Verzögerungsstrategien z.B. die Mobilisierung abebbt.

Knud: Die Kampagne zu uns hatte zwei Ziele, daß wir 'rauskommen und daß das Konstrukt entlarvt wird. Jetzt sind wir 'raus, aber das Konstrukt ist noch da und dagegen müßte jetzt mit derselben Schärfe weiter angegangen werden; zuerst war natürlich die Erleichterung bei vielen Leuten, daß wir 'raus sind, aber ich denke, es wird weitergehen, die Stimmung ist so und auch das Interesse ist immer noch vorhanden, heute waren auch wieder 60, 70 Leute da.

Ralf: Es ist auch wichtig, die Schärfe dieses Verfahrens nochmal zu zeigen. Die Atmosphäre im Gerichtssaal, ausgehend vom Richter und der Staatsanwaltschaft, ist emotional so, als ob sie sich über irgendwelche Mathematikprobleme unterhalten würden, der eine sagt 'mal etwas, dann der andere und am Schluß sagt der Professor die Lösung. In Wirklichkeit geht es doch um unser Schicksal und auch darum, ob sie das Konstrukt absichern können oder nicht; für uns geht es um Knast oder Nicht-Knast. Manchmal kriege ich auch Schiß, da wieder 'reinzugehen. Da kommen Visionen in den Kopf, z.B. daß die Staatsanwältin am Schluß drei Jahre fordert und der Richter dann sagt, das er das macht. Und dann finde ich das wichtig, daß die Leute da sind, daß die Unterstützung breit ist. Es gibt ja die Erfahrung, daß sie wieder dreister werden, wenn die Unterstützung abebbt. Das haben wir in unserer Prozeßerklärung noch einmal gesagt, in Bezug auf die Zusammenlegungsforderung. Fritz Storim ist für die Forderung nach Zusammenlegung in den Knast gegangen und zwei Jahre später wäre er noch nicht mal angeklagt worden, weil 1989 während des Hungerstreiks viel passiert ist. Deswegen sage ich auch, daß die Öffentlichkeit ein Schutz für uns ist, der einzige eigentlich; Öffentlichkeit wie auch immer. Die Lügen müssen jetzt weiterhin angegriffen werden, wie auch immer.

NSL: Eine Frage zum Schluß. Habt ihr etwas mit euren Pullovern vor, die ja eine gewisse Berühmtheit erlangt haben?

Knud (lacht): Also meinen roten Pullover trage ich ja schon seit Jahren. Vor Jahren hat mich 'mal in Altona ein Freund deswegen mit dem Taxi nach Hause gefahren, weil er mich aufgrund des Pullovers erkannt hat.

Ralf: Mich fragen die Leute immer, ob ich noch andere Pullover außer dem Gestreiften habe. Diesen habe ich mir 'mal aus Liebeskummer geholt. danach war ich richtig gut drauf. Darum habe ich ihn auch im Prozeß angezogen, ich dachte da. er mir Glück bringen könnte. War ja auch richtig so.
Es hatte mir mal jemand gesagt, daß man mich am gestreiften Pulli erkennen könne. Deswegen habe ich den bei den Kundgebungen immer angezogen.

Knud: Ich hatte auch mal einen gestreiften Pullover an - zu Anfang - dann war da aber einer während einer Kundgebung, der machte immer so Zeichen. Ich dachte "was soll das." Ich habe mir dann überlegt, ob er findet, daß Streifen dick machen. Dann meinte aber später einer, der zu Besuch kam: "Wenn ihr beide Streifenpullover anhabt, können wir euch gar nicht auseinanderhalten.

Ende:

Wichtig ist nochmal zu unterstreichen, daß diese Anklage, daß dieser Prozeß ein Konstrukt ist. Und es geht in diesem Prozeß für uns darum, etwas gegen dieses Konstrukt, daß ja nicht nur hier, sondern bundesweit angewendet wird, zu setzen. Wir haben die Hoffnung, daß das klappt.
Der Prozeß wurde nur auf sieben Tage angesetzt. Die LKA Bullen, die als Belastungszeugen aufteten sollten, werden wohl erst in zwei oder drei Wochen kommen (9.3. oder 16.3.).
Dann werden auch noch andere Zeugen aussagen. Zudem soll es noch einen neutralen Zeugen geben, der die ganze Geschichte beobachtet haben soll. Dieser Zeuge soll aber keine Beschreibung der Personen machen können.
Wenn das Prozeßtempo so weiter geht, wird das noch drei Monate dauern.

Nachtrag:
Am fünften Prozeßtag wurde, wie eigentlich auch erwartet, der Einstellungsantrag der Verteidigung abgelehnt. Weiterhin wurde an die Generalstaatsanwaltschaft der Antrag gestellt, die Staatsanwältin aufgrund ihrer kriminalistischen Verfehlungen und "Täterfixiertheit" zu entlassen. Zudem erläuterte Richter Selbmann "seine" Prozeßstrategie, er will demnächst die LKA-Bullen ihre Aussagen machen lassen.

Haben Sie schon mal...?

Haben Sie schon mal, Herr Landgerichtsdirektor,
als Gefangener eine Nacht durchwacht?
Haben Sie schon mal vom Herrn Inspektor
einen Tritt bekommen, daß es kracht?
Standen Sie schon mal, total verschüchtert,
vor dem Tisch, wo einer untersuchungsrichtert?
Ihnen ist das bis zum Ruhestand
dienstlich nicht bekannt.

*

Haben Sie schon mal acht heiße Stunden
ein Verhör bestanden, das Sie nicht verstehn?
Haben Sie schon mal die Nachtsekunden
an der Zellenwand vorüberlaufen sehn?
Oben dämmert ein Quadrat mit Gittern;
unten liegt ein Tier und darf nur zittern...
Diese kleinen Züge sind in Ihrem Stand
dienstlich nicht bekannt.

*

Aber Kommunistenjungen jagen,
wegen Hochverrat ins Loch gesperrt;
vor Gericht die Spitzel mild befragen,
Saal geräumt, wenn eine Mutter plärrt;
Fememörder sanft verschoben,
mit dem leisen Schleierblick nach oben,
Existenzen glatt vernichtet,
die von Waffenplätzen was berichtet.
Unglück rings verbreitet, Not und Qual -
Ja, das haben Sie schon mal!

Tucholsky für Ernst Toller (1926)
von uns für Ralf und Knud

NTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++ INTERVIEW +++



INHABER PASCH. CHRISTOFORIDIS
SCHANZENSTR. · 87 · 2000 HAMBURG 6 · TELEFON : 040/ 43 66 20

Mo.- Sa. 17 - 1 Uhr
So. 12 - 1 Uhr

Buchhandlung **YOL** Kitabevi

Schanzenstr. 5, 2000 Hamburg 36, Telefon 43 54 74

Bücher über die Türkei — Türkische Sprachbücher
Bücher von türkischen Autoren — Musik-Kassetten
Bücher über die Migration — Türkei-Reisebücher

Vermittlung von Türkisch-Kursen — Übersetzungen
Handarbeiten aus der Türkei — Aktuelle Informationen

★ *Montags -Freitags 11.00 - 18.30 Uhr* 



Umzüge: Nah-Fern-Übersee
Beiladungen: europaweit
Büroumzüge
huckepack
Behringstraße 14 · 2000 Hamburg 50
040/ 39 16 33
Einlagerungen · Möbelmontage · Verpackungsservice · Kartonverkauf · Behördenabrechnungen







Schanzenstraße 25 2000 Hamburg 36
Telefon 040 · 43 77 19







Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht





die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Lederdesign
Reparaturen



Bergiusstraße 12 · 2 Hamburg 50 · Tel. 39 67 79
Di - Fr 14 - 18.00 Uhr · Sa nach Vereinbarung





HOLLAND KAAS IMPORT GMBH

naturgereifte Käse

Schulterblatt 60





Taverna Olympisches Feuer
Schulterblatt 63 - 2000 Hamburg 6 - Telefon 43 55 97
Geöffnet von 13.00 Uhr bis 2.00 Uhr morgens



Begrüßung von Ralf und Knud vor der Roten Flora nach ihrer Entlassung am 27.1.1992.



Spendenkonto für Verteidigungskosten:
RA Beuth
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50
Anderkonto "Knud und Ralf"